Montag, 1. August 1983 - D ***

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 176 - 31.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 90 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 100,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Steuerreform: Schon Anfang 1984 will Finanzminister Stoltenberg eine Entscheidung über die geplante Senkung der Lohn- und Einkommensteuertarife herbeiführen. Offen bleibt, wann die Entlastung von 12 bis 14 Milliarden Mark wirksam werden soll. In der Regierungserklärung war vom Ende der Legislaturperiode gesprochen worden.

Moskau droht: Verteidigungsminister Ustinow hat erneut mit „Gegenmaßnahmen" gegen eine eventuelle Nato-Nachrüstung gedroht.

Hilferuf aus Moskau: Fünf in Straflagern der Sowjetunion inhaftierte Dissidenten haben den US-Kongreß um Hilfe gebeten. Nur der „entschlossene Kampf gegen das Böse" und nicht Randerfolge in Diplomatie und Handel könnten den Menschen helfen.

Hoppe kontra Geißler: Der stellvertretende FDP-Fraktionschef Hoppe hat die Familien- und Sozialpolitik Minister Geißlers kritisiert. Pläne zur „finanziellen Beglückung" gefährdeten die Verzichtbereitschaft der Bürger (WELT-Interview).

Supermacht gefährdet: Die Sowjetunion kann ihre Weltmachtstellung nach einer US-Geheimdienst-Analyse nur behaupten, wenn sie ihre Wirtschaft von Grund auf reformiert.

Normalisierung: Israel und Spanien planen nach Meldungen aus Tel Aviv die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen.

Peking konzessionsbereit: Die Volksrepublik China ist zu Zugeständnissen an Taiwan bereit, um eine Wiedervereinigung Chinas zu erreichen. Oberbefehlshaber Deng: Taiwan könnte sein Gesellschaftssystem behalten.

Kuba lenkt ein: US-Präsident Reagan hat Kubas Bereitschaft zum Rückzug aller „Berater" aus Zentralamerika begrüßt, hegt aber Zweifel an der Ernsthaftigkeit Castros.

Parteien verboten: Die kommunistische Partei Sri Lankas und zwei marxistische Gruppierungen sind verboten worden. Die Regierung macht eine „ausländische Macht" für die andauernden Unruhen verantwortlich, will dieses Land aber nicht nennen.

Erfolge in Tschad: Regierungstruppen haben die von Libyen unterstützten Rebellen zurückgeschlagen und Faya Largeau wieder besetzt. Libyen unterstützt den Aufstand mit der Luftwaffe.

„Solidarnosc" will kämpfen: Die Mitglieder der verbotenen polnischen Gewerkschaft haben nach Aussage Lech Walesas den Mut, in der Zukunft „zu kämpfen". Walesa begrüßte die Amnestie, auch für „Solidarnosc"-Anhänger. – Regimekritiker Kuron durfte nicht an der Trauung seines einzigen Sohnes teilnehmen.

Heute: Craxi führt die entscheidenden Verhandlungen über eine Regierungskoalition. – Genscher trifft bei Salzburg seinen österreichischen Kollegen Lanc. – Der neue Nahost-Beauftragte Präsident Reagans, Robert McFarlane, reist nach Syrien, Libanon und Israel. – In Frankreich wird Brot ab heute teurer.

ZITAT DES TAGES



» Angesichts der fortbestehenden Gefahr durch sowjetische Raketensysteme wird die Regierung fest zum NATO-Beschluß von 1979 stehen müssen. «

Der designierte sozialistische Ministerpräsident Italiens, Bettino Craxi. FOTO: DPA

WIRTSCHAFT

China–USA: Abschluß eines neuen Textilabkommens (nach Streit wegen einseitig verhängter US-Importquoten).

US-Handelsbilanz: Defizit verringert, aber Handelsminister Baldrige erwartet wegen des starken Dollars ein 70-Milliarden-Defizit für 1983 und ein 100-Milliarden-Defizit für 1984.

BMW: „Insgesamt wieder sehr befriedigender" Halbjahresverlauf; 23 Prozent mehr Neuzulassungen (90 000) als Vorjahresniveau.

Rentenversicherer: Laut Verbandspressesprecher Simon vor „schwerstem Jahr"; Reserven schrumpfen von 20,5 Milliarden 1982 über 13,85 Milliarden 1983 auf 10,58 Milliarden (1,1 Monatsausgaben) 1984.

ASM: Bittere Kritik der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft an der Bundesregierung: Politik zu zaghaft, kein Konzept und keine Entschlußkraft erkennbar.

Bauern: Bauernverband und Raiffeisenverband lehnen EG-Vorschläge zur Reform der Landwirtschaftspolitik ab.

Stockholm: Datatronic AB, eine der expansivsten schwedischen Elektronikfirmen, will wegen der geplanten Arbeitnehmerfonds ihren Schwerpunkt ins Ausland verlagern.

KULTUR

Festspiele: Nach dem „theatralisch geglücktesten" Abend in Bayreuth mit „musikalisch hinreißender" Götterdämmerung Buhrufe enttäuschter Modernisten. – In Salzburg großer Erfolg des Dirigenten Muti mit Cosi fan tutte.

Luis Buñuel: Der spanische Filmregisseur („Viridiana"; „Der diskrete Charme der Bourgeoisie") starb mit 83 Jahren in Mexiko-Stadt.

Bach-Woche: Jubel für Mstislaw Rostropowitsch (Violoncello) und den Pianisten Rudolf Buchbinder bei der Eröffnung der Ansbacher Bach-Woche.

SPORT

Fechten: Erfolgreichste Nation bei den in Wien zu Ende gegangenen Weltmeisterschaften war diesmal Deutschland mit zwei Gold- und drei Silbermedaillen.

Leichtathletik: Der Bonner Jürgen Winkler stellte mit 5,66 m in Rhede neuen deutschen Rekord im Stabhochsprung auf. Rekordhalter war Günter Lohre mit 5,65 m.

AUS ALLER WELT

Giftmorde: Eine 67jährige Frau aus Kempen (Niederrhein) soll die Vergiftung ihrer beiden Ehemänner sowie eines Freundes gestanden haben.

Exilkroate: Der Verleger Stepan Durekovic ist in Wolfratshausen erschossen aufgefunden worden; Belgrads Geheimdienst wird verdächtigt.

Wetter: Vorübergehende Abkühlung (bis 25 Grad) durch eine Kaltfront. Danach wieder wärmer. Hitzewelle auch in den USA: bisher 189 Tote.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Stoltenberg gibt Hinweise auf eine Steuer-Entlastung

Anfang 1984 wird entschieden / Größenordnung: 12 bis 14 Milliarden Mark

HEINZ HECK, Bonn

Anfang 1984 will die Bundesregierung über eine Senkung des Lohn- und Einkommensteuertarifs entscheiden. Finanzminister Gerhard Stoltenberg (CDU) nannte allerdings gestern in einem Interview mit den „Lübecker Nachrichten" noch keinen Termin für das Inkrafttreten. Zugleich kündigte er „einschneidende Beschlüsse" bei „notleidenden Bundesunternehmen wie dem Salzgitter-Konzern" an.

Stoltenberg bezifferte die Entlastung bei der Lohn- und Einkommensteuer auf 12 bis 14 Milliarden Mark jährlich, knüpfte aber die Maßnahme an bestimmte Voraussetzungen. So müsse „Klarheit darüber bestehen", daß der Abbau der „immer noch überhöhten" Haushaltsdefizite konsequent bis 1987 fortgesetzt werde. Stoltenberg schloß nicht aus, daß zur Finanzierung der Lohn- und Einkommensteuerreform „bestimmte Steuervorteile abgebaut oder auch andere Steuern erhöht werden müssen", äußerte sich jedoch nicht zu der Frage, welche Steuerarten das sein könnten. Die Finanzlage des Bundes, der Länder und der Gemeinden sei aber noch zu kritisch, „um eine Steuerentlastung von 12 bis 14 Milliarden Mark ohne ein Element des Ausgleichs tragen zu können".

Anfang nächsten Jahres soll über die Reform im Gesamtzusammenhang der weiteren steuerpolitischen Pläne entschieden werden. Für die kommenden Monate sagte der Minister „sehr intensive Gespräche" in der Koalition über die steuerpolitischen Prioritäten der nächsten drei Jahre voraus.

Stoltenberg beurteilt die wirtschaftliche Entwicklung zuversichtlich. Für 1984 rechnet er „mit erheblich verstärkten Privatinvestitionen und mit einem Wachstum von real 2,5 bis 3 Prozent bei einer dann leichten Trendverbesserung auf dem Arbeitsmarkt". Dieser bleibe allerdings über einen längeren Zeitraum „sehr kritisch".

Notleidenden Bundesunternehmen bleibe ein Kapazitätsabbau nicht erspart. Für den Salzgitter-Konzern erwartet er im zu Ende gehenden Geschäftsjahr 600 Millionen Mark Verlust. „Es soll doch kein Mensch glauben, daß wir auf einschneidende Beschlüsse verzichten können. Wir können nicht in jedem Jahr 400 oder 500 Millionen Mark an Steuermitteln in ein solches notleidendes Unternehmen stecken, wie es die Vorgänger getan haben."

Mit großer Sorge sieht er die Pläne der IG Metall, die in der nächsten Tarifrunde auf die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich zugehen wolle. Damit würden „die Existenz des Schiffbaus und auch weitere Bereiche der Stahlindustrie in Frage" gestellt.

„Einen begrenzten Preis" will sich Stoltenberg ein Abkommen mit der „DDR" über den Abbau der Verschmutzung von Werra und Weser kosten lassen. Bei der Elbe sei man „noch nicht so weit". Doch müsse sehr sorgfältig auf die „Angemessenheit" der von Bonn zu übernehmenden Kosten geachtet werden.

DER KOMMENTAR

Drückende Last

HEINZ HECK

Das Signal des Bundesfinanzministers ist nicht so deutlich, wie es sich der Steuerzahler wünscht. Die Ankündigung, Anfang 1984 über die nächste Senkung der Lohn- und Einkommensteuer zu entscheiden, läßt die weit wichtigere Frage nach dem Inkrafttreten unbeantwortet. Bisher weiß man nur, daß der Termin in diese Legislaturperiode fällt. Doch das ist eine bare Selbstverständlichkeit; denn die Koalitionsparteien können 1987 nicht in den Wahlkampf gehen, ohne die bereits von der Regierung Schmidt 1984 angekündigte Reform verwirklicht zu haben.

Kohl und Stoltenberg sind gut beraten, sie so rasch wie möglich auf den Weg zu bringen. Wenn Leistung sich wieder lohnen soll, wie es in offiziellen Bonner Ankündigungen heißt, darf nicht von jeder zusätzlich verdienten Mark mehr als die Hälfte in Steuersäckeln und Sozialkassen verschwinden.

Mit zwölf bis vierzehn Milliarden Mark Steuerentlastung bewegt sich die geplante Aktion für den einzelnen Steuerzahler ohnehin an der unteren Grenze der Wahrnehmung. Gerade weil immer mehr Lohnempfänger in die Progression des Steuertarifs rutschen, wäre ein Beschluß über einen regelmäßig – zum Beispiel alle zwei Jahre – stattfindenden Abbau der dadurch bedingten heimlichen Steuererhöhungen nicht nur sachgerecht.

Dabei sollen die Schwierigkeiten der Finanzierung nicht verniedlicht werden. Der Mehrwertsteuersatz von inzwischen 14 Prozent läßt sich nicht beliebig erhöhen. Außerdem kann eine „Rückgabe" der heimlichen Steuerhöhungen nicht nur mit einer – verteidigungspolitisch problematischen – Umschichtung finanziert werden. Andererseits soll auch keine höhere Neuverschuldung in Kauf genommen werden. Der Trend muß abwärts gerichtet bleiben – in der Hoffnung, eines Tages in den neunziger Jahren mit dem Schuldenabbau beginnen zu können.

Bleibt die Möglichkeit, den Subventionsabbau so beherzt anzugehen, wie man dies nach offiziellen Ankündigungen hätte erwarten können, und außerdem im Parlament die Regierungsbeschlüsse zur Verwendung des 3,5-Milliarden-Pakets (Ermäßigung der Vermögensteuer, Erleichterungen bei Abschreibungen) noch einmal gründlich auf seine Stichhaltigkeit abzuklopfen. Die Reform des Lohn- und Einkommensteuertarifs hat Vorrang. Je schneller und beherzter sie kommt, desto eher hat der Aufschwung eine Chance.

„Offensive" für Sicherheitspolitik

Bonn will Aufklärungskampagne starten / Dokumentation der USA über Genf?

dpa/AP/AFP/rtr, Bonn/Moskau

Die Bundesregierung will die Bevölkerung angesichts des von Gegnern der Nato-Nachrüstung angedrohten „heißen Herbstes" verstärkt über ihre sicherheitspolitischen Ziele aufklären und damit zu einer Versachlichung der Diskussion beitragen. In einem Interview der „Neuen Osnabrücker Zeitung" sagte der Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium, Lothar Ruehl, Bonn werde offensiv vertreten, „daß die Menschenrechte, die staatsbürgerlichen Rechte, nur so lange gelten, wie Freiheit herrscht, und die Freiheit nur so lange besteht, wie sie gesichert wird".

Der Staatssekretär sprach von einer „Kampagne der falschen, irreführenden Parolen", die zur Täuschung der Deutschen über die Bedingungen der Sicherheit und Freiheit, ja ihrer nationalen Existenz, beitrügen. Dem müsse entgegengetreten werden, „und zwar mit sachlichen Argumenten, die wir haben und ausbreiten werden".

Als einen „sehr wichtigen informativen und argumentativen Beitrag" dazu bezeichnete Ruehl das neue Weißbuch zur Verteidigung, das im Oktober erscheinen und sich auch kritisch mit der Nato-Strategie auseinandersetzen werde. Ebenfalls im Herbst werden die USA nach seinen Angaben möglicherweise eine Chronik der Genfer Verhandlungen mit der UdSSR über die Mittelstreckenraketen veröffentlichen.

Die „Offensive" der Bundesregierung für ihre Sicherheitspolitik erfordert nach den Worten Ruehls auch eine „Auseinandersetzung mit Teilen der christlichen Kirchen".

Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt hat bekräftigt, daß ein Kompromiß in Genf im Sinne des „Waldspaziergang"-Modells ihn nicht zufriedenstellen würde. In einem Interview des Senders Freies Berlin sagte er, das Interesse des deutschen Volkes spreche dafür, daß keine zusätzliche Stationierung von Nuklearraketen stattfinde und die Sowjetunion dafür das abbaue, „was eine solche Null-Lösung auf unserer Seite möglich macht".

Moskau hat ein weiteres Mal mit Gegenmaßnahmen für den Fall der Nato-Nachrüstung gedroht. In einem Interview der amtlichen Nachrichtenagentur Tass sagte Verteidigungsminister Ustinow, falls Pershing 2 und Marschflugkörper in Westeuropa stationiert würden, werde die Sowjetunion dergestalt darauf antworten, „daß beim potentiellen Angreifer der Selbsterhaltungstrieb stärker als der Angriffswille sein wird". Er betonte nachdrücklich, der Bedrohung der UdSSR und ihrer Verbündeten werde eine gleichwertige Bedrohung der USA und ihrer europäischen Verbündeten entgegengestellt werden.

Dagegen nannte Frankreichs Verteidigungsminister Charles Hernu am Sonntag im Südwestfunk den „Waldspaziergang"-Kompromiß, bei dem auf die Stationierung der Pershing-2-Raketen verzichtet werden soll, einen guten Ausgang für weitere Verhandlungen.

Craxi: Koalitionsregierung noch in dieser Woche

Parteien in Italien zeigen sich zuversichtlich

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

Der mit der Regierungsneubildung in Rom beauftragte sozialistische Parteisekretär Betino Craxi scheint kurz vor dem Ziel zu stehen. Nach einer ersten gemeinsamen Koalitionsberatung mit den Christdemokraten, den Sozialdemokraten, den Republikanern und den Liberalen zeigte sich der designierte Ministerpräsident zuversichtlich, sein Fünf-Parteien-Kabinett Mitte dieser Woche präsentieren zu können. „Es ist gut gelaufen", sagte er. „Wir haben einen substantiellen und entscheidenden Fortschritt erzielt."

Ähnlich positiv äußerten sich Christdemokraten, Sozialdemokraten und Liberale. Auch der ehemalige republikanische Ministerpräsident Spadolini, der bei dem Koalitionstreffen eine Reihe von Präzisierungen im Blick auf das von Craxi vorgelegte Wirtschaftsprogramm verlangte, gab sich optimistischer als in den vergangenen Tagen.

Auf politischer Ebene brachte die Koalitionsrunde, wie von allen Teilnehmern versichert wird, einen Grundkonsens in der wichtigen Frage des Verhältnisses zur KPI. Craxi und seine sozialistische Partei akzeptierten die These der Christdemokraten, daß die Fünf-Parteien-Koalition als langfristige Alternative zur KP-Opposition konzipiert werden müsse. Die christdemokratische Forderung, daß die Sozialisten ihr Bekenntnis zu dieser Alternative auch durch die Aufkündigung der Linksallianzen in den Regionen, Provinzen und Gemeinden unter Beweis stellen sollten, wurde zwar von Craxi nicht uneingeschränkt akzeptiert, aber auch nicht zurückgewiesen. Er versprach, daß die Sozialisten in Zukunft überall dort, wo sich das anbietet, auch auf lokaler Ebene Fünf-Parteien-Koalitionen anstreben und die bestehenden Linksallianzen von Fall zu Fall überprüfen würden.

Grundsätzliche Einigung wurde auch über das außenpolitische Regierungsprogramm erzielt, dessen heikelster Teilaspekt die Raketennachrüstung der NATO bildet. In Craxis Programmentwurf heißt es dazu: „Das internationale Szenarium wird beherrscht von zwei großen Fragen: Des Friedens und der Sicherheit. An beiden Fronten muß die Regierung dafür sorgen, daß Italien in der Lage ist, eine in den Zielen klare und in den Mitteln wirksame Initiative zu ergreifen." In enger Zusammenarbeit mit den anderen europäischen Ländern und in „ausgewogener Verantwortung" gegenüber den USA müsse jede Anstrengung unternommen werden, um bei den Genfer Verhandlungen positive Ergebnisse zu erreichen. Angesichts der fortbestehenden Bedrohung Italiens durch sowjetische Raketensysteme „muß die Regierung fest auf den 1979 bezogenen Positionen beharren, die zu den vorgesehenen Terminen operativ werden, wenn die Verhandlungen in den nächsten Monaten scheitern sollten".

Einige Meinungsverschiedenheiten ergaben sich bei der Koalitionsberatung noch auf wirtschaftlichem Gebiet. Craxi hatte sich hier in seinem Programmentwurf die Zielvorstellung der Christdemokraten und Republikaner weitgehend zu eigen gemacht.

Koalition: FDP fordert Ende der „Fingerhakelei"

DW. Bonn

Führende FDP-Politiker haben am Wochenende auf die Wiederherstellung des Koalitionsfriedens in Bonn, vor allem im Verhältnis zur CSU, gedrängt. So rief die FDP-Generalsekretärin Irmgard Adam-Schwaetzer zur Beendigung der „Fingerhakeleien" auf und der stellvertretende FDP-Fraktionsvorsitzende, Hoppe, sprach von „unterschiedlichen Ansichten". Er appellierte an Bundeskanzler Kohl, sich als Streitschlichter einzuschalten. Der stellvertretende FDP-Bundesvorsitzende und Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff sprach davon, daß die Koalition im wesentlichen zwar „beinahe reibungslos" funktioniere, aber es gebe Konflikte.

Im Saarländischen Rundfunk warnte er, die „nutzlosen Trockenübungen" am Demonstrationsstrafrecht fortzusetzen. Die FDP éerde dem von der CSU und Teilen der CDU angestrebten Vermummungsverbot nicht zustimmen.

Der FDP-Vorsitzende Hans-Dietrich Genscher trat am Wochenende erneut Spekulationen um eine angebliche Amtsmüdigkeit und einen Wechsel ins Bundespräsidentenamt entgegen: „Niemals" könnte er in die Villa Hammerschmidt wechseln, um so einem Außenminister Strauß den Weg zu ebnen.

Seite 4: Hoppe über Geißler
Seite 6: Der FDP zuvorgekommen?

Contadora-Konferenz sieht Fortschritte

Reagan begrüßt Castros Erklärung / El-Salvador-Hilfe

DW. Panama-Stadt/San Salvador

Ohne konkretes Ergebnis, aber mit erheblichem Optimismus, daß die Krise in Mittelamerika auf friedlichem Wege gemeistert werden kann, haben am Wochenende die Außenminister von neun lateinamerikanischen Staaten ihre Konferenz in Panama-Stadt abgeschlossen. Der kolumbianische Minister Rodrigo Lloreda Caicedo sprach von einer „sehr positiven" Tagung. Wenn das erreichte Verhandlungsklima aufrechterhalten werde, „werden wir in Kürze befriedigende Ergebnisse haben können". Die Dringlichkeit einer raschen Lösung wurde von dem panamaischen Außenminister Juan José Armado unterstrichen. Er sagte, die lateinamerikanischen Staaten müßten ihre diplomatischen Bemühungen beschleunigen, bevor die militärische Krise einen Punkt erreiche, „an dem es kein Zurück mehr gibt". In diesem Monat laufen amerikanische Großmanöver in Zentralamerika an.

Grundlage der Beratungen in Panama-Stadt war ein von den Präsidenten der sogenannten „Contadora-Gruppe" verabschiedetes Dokument, in dem unter anderem vorgeschlagen wird, daß die einzelnen Staaten ihre Waffenarsenale auf dem jetzigen Niveau einfrieren und über ihre Verringerung verhandeln, den Waffentransport von einem in ein anderes Land unterbinden, ausländische Militäreinrichtungen verbieten und den Abzug aller ausländischen Militärberater bewirken.

In einem Abschlußkommuniqué bekräftigten die Außenminister, sie hätten „eine neue Phase im Prozeß der Entspannung begonnen, der von einem flüssigen Dialog und einem klaren politischen Willen gekennzeichnet ist".

Verhalten positiv hat US-Präsident Reagan auf die Offerte des kubanischen Staatschefs Castro reagiert, Kuba werde seine Militärhilfe an Nicaragua einstellen, wenn auf Grund einer Vereinbarung auch alle anderen Staaten Waffenlieferungen und die Entsendung von Militärberatern nach Mittelamerika stoppten. Reagan erklärte in einem Fernseh-Interview auf die Frage, ob er Castros Anregungen ernst nehme, er sei bereit, was Verhandlungen angehe, im Zweifelsfall für Castro zu entscheiden.

Washington hat mit El Salvador fünf Zusatzabkommen über Wirtschaftshilfe in Höhe von 42,6 Millionen Dollar abgeschlossen. Die Regierung des mittelamerikanischen Landes teilte unterdessen mit, die für Dezember vorgesehenen Präsidentschaftswahlen würden aus technischen Gründen erst im ersten Quartal '84 stattfinden.

217 000 Soldaten in Rumäniens Streitkräften

700 000 Mann Heimatwehr / „Militärisch unabhängig"

GREGOR KONDEK, München

Die rumänische Armee hat 217 000 Mann unter Waffen, verfügt darüber hinaus über eine Art Heimatwehr – die sogenannten „Patriotischen Garden" – mit 700 000 Mitgliedern und über eine ausgebildete Reserve von 500 000 Mann, wie einem Bericht von 30 Mitgliedern der Schweizer Offiziersgesellschaft in der „Schweizerischen Allgemeinen Militärzeitschrift" zu entnehmen ist, die auf Einladung Rumäniens die militärischen Probleme im Lande studieren konnten.

Einen besonderen Schwerpunkt der rumänischen Landesverteidigung bildet die „Patriotische Garde", die von seiten der Regierung hohe Priorität genießt, zu der auch in Kürze Frauen zum Einsatz kommen sollen. Nach Angaben der schweizerischen Offiziere habe man im Land den Eindruck gewonnen, daß die „Patriotischen Garden" vor allem im Hinblick auf die Erkenntnisse im Zusammenhang mit dem sowjetischen Überfall auf die Tschechoslowakei und Afghanistan zum Aufbau kamen.

Nach Angaben des Schweizer Berichtes umfaßt die rumänische Armee unter der Leitung des amtierenden Generalstabschefs im rumänischen Verteidigungsministerium, Generaloberst Milae, zur Zeit etwa 140 000 Mann im Heer, 30 000 bei den Luftstreitkräften und 10 000 Mann in der Marine. Hinzu kommen 37 000 Mann Grenztruppen und Bereitschaftspolizei. Die aktive Dienstzeit mit allgemeiner Wehrpflicht beträgt für Land- und Luftstreitkräfte 16 Monate, für die Marine und die Truppen des Innenministeriums zwei Jahre und für Studenten acht Monate.

Die schweizerischen Offiziere registrierten als sehr bedeutungsvoll, daß ihnen bei ihrer Inspektionsreise durch das Land nur Waffensysteme und Geräte rumänischer Produktion gezeigt wurden. Die Gastgeber hätten dabei immer wieder den Willen nach Eigenständigkeit und militärischer Unabhängigkeit zum Ausdruck gebracht.

Als besonders bemerkenswert wurde von den Schweizern auch festgestellt, daß das rumänische Militär als umfangreicher Planer und Unternehmer bei Großprojekten mit militärischen Einheiten beteiligt ist. Das größte Armeeprojekt ist zur Zeit der Kanalbau zwischen dem Schwarzen Meer und der Donau.

Bürgerrechtler schreiben an Kongreß

Auf „Sklavenarbeit in UdSSR" hingewiesen / Erstmals Emigrant zum Tode verurteilt

AP/DW. Moskau/Bonn

Fünf sowjetische Bürgerrechtler, die in einem Lager festgehalten werden, haben am Wochenende in einem Schreiben an den US-Kongreß auf die „Sklavenarbeit in der UdSSR" hingewiesen. Der Brief der Verfasser, die sich als „Bewohner der millionenfachen kommunistischen GULags" bezeichnen, ging westlichen Korrespondenten in Moskau am Wochenende zu. Die fünf Dissidenten appellieren an den amerikanischen Kongreß, nur „ein entschlossener Kampf gegen das Böse" und nicht „Randerfolge" in Diplomatie und Handel könnten die normale Existenz der sowjetischen Bürger garantieren.

Unterzeichnet ist das Schreiben von den Bürgerrechtlern Iwan Kowaljow, Waleri Senderow, Anatoli Martschenko, Andrej Schilkow und Stepan Chmara, die sich ihren Angaben zufolge in einem Lager in Perm befinden. Der Biologe Kowaljow wurde 1982 zu fünf Jahren Lagerhaft, der Mathematiker Senderow im März zu sieben Jahren verurteilt. Der Schriftsteller Martschenko verbüßt seit 1981 eine zehnjährige Strafe.

Erstmals ist ein sowjetischer Emigrant unter Beschuldigung des Vaterlandsverrates von einem Militärtribunal in der Kalmückischen Sowjetrepublik zum Tode verurteilt worden. In einem Telegramm an den Vorsitzenden des Obersten Sowjets hat die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte in Frankfurt an den sowjetischen Parteichef appelliert, das Urteil aufzuheben. Der 70jährige Arbeiter Jermak Lukjanow, ein Angehöriger der ethnischen Minderheit der Kalmücken, hatte 1944 die Sowjetunion verlassen und danach in Belgien gelebt, wo er die belgische Staatsbürgerschaft 1967 erhielt. Im gleichen Jahr besuchte Lukjanow seine Verwandten in der UdSSR. Die Reise verlief normal. Erst ein Jahr später, als er im Juni 1968 erneut in die UdSSR einreiste, wurde er verhaftet. Ohne Gerichtsverfahren wurde Lukjanow in die psychiatrische Sonderanstalt in Dnepropetrowsk eingewiesen. Nach 15jährigem Zwangsaufenthalt in verschiedenen sowjetischen Gefängnis-Psychiatrien wurde Lukjanow Anfang des Jahres 1983 überraschend für zurechnungsfähig erklärt und von einem Kriegsgericht am 8. Juli zum Tode durch Erschießen verurteilt.

Beobachter nehmen an, daß mit dem Fall Lukjanow ein Exempel zur Abschreckung gegenüber den rund zehn Millionen Flüchtlingen statuiert werden soll, die während des Zweiten Weltkrieges die Sowjetunion verlassen haben.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Kein Krieg wegen Ihnen

Von Eugen Wolmarshof

Wenn nur ein Bruchteil der Erregung, die um die britische Todesstrafendiskussion laut wurde, in Richtung UdSSR gelenkt würde, dann könnte Yermak Lukjanow vielleicht noch gerettet werden. Im Vaterland aller Werktätigen nämlich gibt es noch die Todesstrafe, und nicht etwa für Mord allein. Yermak Lukjanow ist des Landesverrates für schuldig befunden worden, und dafür soll er sterben.

Wann hat der heute 69jährige Kalmücke seinen Landesverrat begangen? Ob man es nun der mächtigen friedliebenden Sowjetunion zutraut oder nicht, sein Verbrechen ist vier Jahrzehnte alt. Der Offizier der Sowjetarmee geriet 1944 in Gefangenschaft und ist später nach Belgien gegangen. Er wurde belgischer Staatsbürger.

Im Jahre 1968 glaubte er sich eine Touristenreise in seine Heimat leisten zu können. Er wurde aber gleich an der Grenze in Brest-Litowsk verhaftet und in ein Irrenhaus gesteckt. Fünfzehn Jahre lang galt er als geisteskrank gemäß der Lehre: Wie kann ein Mensch normal sein, der den Sozialismus ablehnt? Jetzt soll wohl der sozialistischen Psychiatrie das Wunder geglückt sein, ihn rückwirkend für die Tatzeit gesund und verantwortlich gemacht zu haben. Der Mann, der nicht mehr in den Stalin-Staat zurückkehren wollte, soll dafür erschossen werden.

Er ist, wie gesagt, Belgier geworden; aber man erinnert sich, daß der damalige friedliebende KGB-Chef Andropow zu dem in Rußland geborenen britischen Staatsbürger Bulat Scharygin (zehn Jahre wegen „Landesverrats") tröstend sagte: „Ihretwegen wird uns die Queen nicht den Krieg erklären." Immerhin, Scharygin kam mit dem Leben davon. Weil er Brite geworden war; ist das mehr als Belgier? Oder soll Lukjanow wirklich sterben, wie die „Gesellschaft Kontinent e. V." vermutet – sie machte Lukjanows Fall bekannt –, um weitere Touristen aus dem Kreis der zehn Millionen „Landesverräter" von 1945 abzuschrecken? Wer weiß, ob es nicht vielmehr darum geht, neue „Landesverräter" zu entmutigen, in Afghanistan oder wo immer.

Ent-Rüstung für Honecker

Von Hubertus Hoffmann

Die 1393 Kilometer lange Demarkationslinie durch Deutschland, Trennlinie zwischen den freiheitlich-demokratischen und den marxistisch-leninistisch geprägten Staatsphilosophien, konzentriert über 600 000 Schützenminen, ungefähr 55 000 Selbstschußanlagen SM-70, Tausende Kilometer Metallgitterzäune, 336 Kilometer Hundelaufanlagen mit 534 Wachhunden, 666 Wachtürme, elektrische und akustische Signalanlagen.

Die Grenze durch Deutschland ist damit das am offensichtlichsten militarisierte Gelände in Europa. Nun spricht Honecker oft von der spezifisch deutschen Verantwortung für Frieden, Entspannung und Abrüstung. Abrüstung – heißt das nicht auch weniger Mauern, weniger Minen, Abbau der Selbstschußanlagen? Abrüstung könnte mit kleinen Schritten beider deutschen Staaten beginnen.

Wer – wie Honecker – eine 600 Kilometer breite atomwaffenfreie Zone entlang der Grenze propagiert, kann sich der Forderung nach Entmilitarisierung der innerdeutschen Demarkationslinie – nach einer einigermaßen schußwaffenfreien Grenze – vernünftigerweise nicht verschließen. Kohl und Windelen, Genscher und Strauß sind gefordert: Warum sollten die Deutschen (West) nicht mit den Deutschen (Ost) in Verhandlungen über einen Abbau der Sperranlagen eintreten? Wer eine Milliarde verbürgt, hat ein Anrecht auf Verhandlungsbereitschaft.

Atomare Rüstung und Abrüstung sind primär eine Angelegenheit beider Supermächte. Der Abbau der Grenzanlagen wäre der wohl beste spezifisch deutsche Beitrag zur Abrüstung und Entspannung in Europa. Er entspräche dem Wunsch der Deutschen und dem Geist des Grundlagenvertrages und der KSZE-Schlußakte. Als eine vertrauensbildende Maßnahme wäre die Entmilitarisierung der innerdeutschen Grenze ein positiver Beitrag zum Frieden.

Mehr Leinen als scheinen

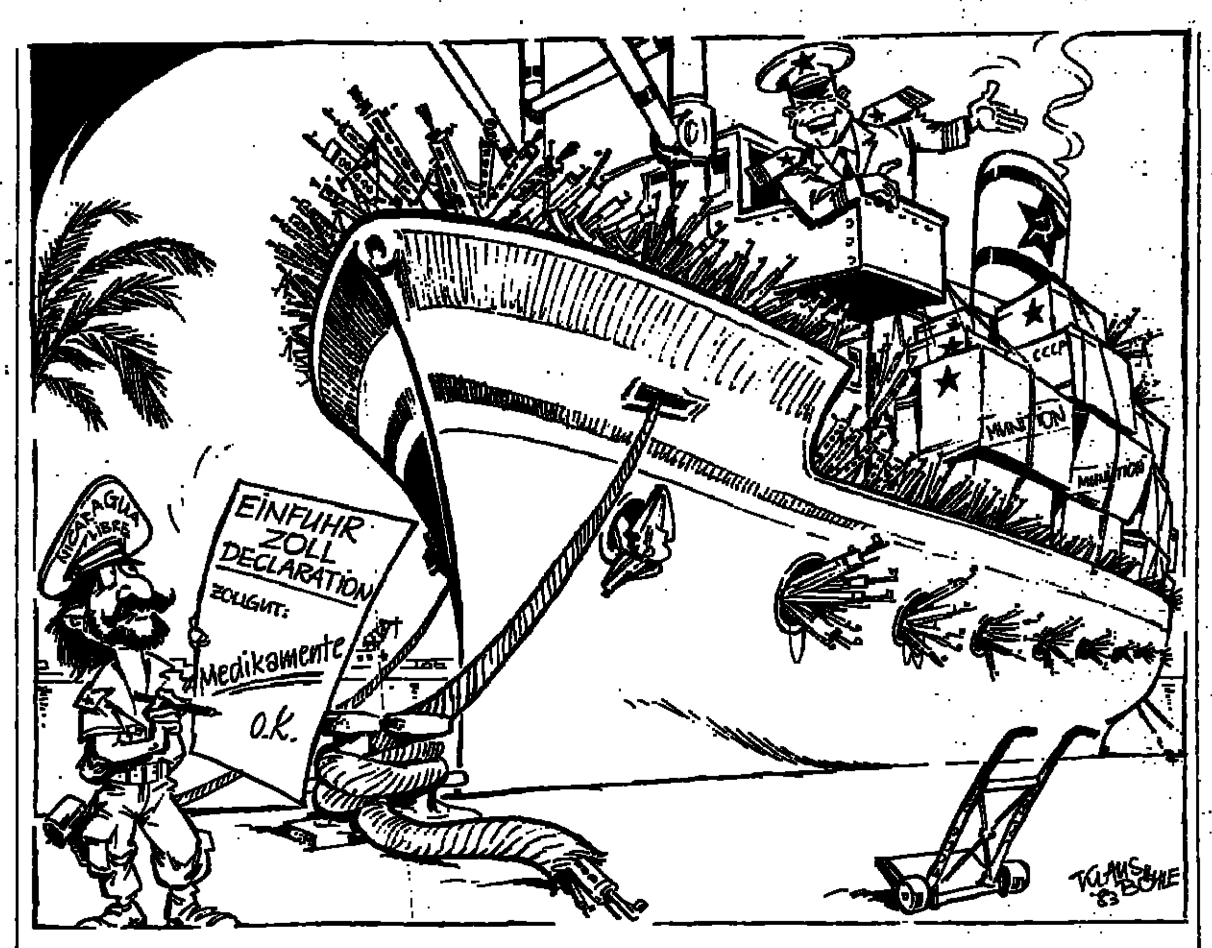
Von Detlev Ahlers

Jo Leinen ist empört. Da versuche doch tatsächlich dieser Bundesinnenminister Zimmermann, Gewaltlosigkeit als Gewalt zu interpretieren! Und andere Sprecher der Friedensbewegten zürnten über das „Dauergerede vom heißen Herbst", weil dem „Szenario der Gewalt", das da von der argen Bundesregierung aufgebaut werde, jede Grundlage fehle. Die Regierung trachte nur, dem Bürger Angst vor der lieben Friedensbewegung einzujagen.

Wie das in der Praxis, an der sogenannten Basis, aussieht, kann man beispielsweise jeden Montag um sieben in der Hamburger Evangelischen Studentengemeinde studieren. Da tagen immer etwa fünfzig Vertreter der Gruppen aus den Gemeindehäusern, der kommunistischen Parteien, der Kriegsdienstverweigerer und der vielen selbständigen Bewegungen; auch kommen diejenigen, denen in Krefeld nach Ansicht der Anwesenden das Grundrecht auf Demonstration vom Staat zerprügelt wurde.

Ihre Gewaltlosigkeit sieht so aus: Sie „haben nichts dagegen, wenn Steine auf Polizisten geworfen werden". Für sie ist „die Gewaltlosigkeit der Friedensbewegung noch nicht beschlossen". Sie wollen Bundeswehrgelände besetzen – und wenn dann die Polizei und Feldjäger nicht nur gegen die Drahtscheren, sondern auch gegen die friedvollen Besetzer vorgehen, dann sind es wieder die Bullen, die systemimmanent zuerst Gewalt anwenden.

Da wird unwidersprochen gesagt: „Ich bin dafür, daß Sabotage verübt wird." Und man war sich einig, wie eine Abstimmung mit dem Ergebnis von 40:4 ergab, daß man das Wasser sein will, in dem die gewalttätigen Fische schwimmen. Schließlich gibt es, wenn viel Blut fließt, noch die Möglichkeit der Distanzierung. Aber kompliziert ist das alles. Wer das studiert, der versteht auch, warum man neuerdings die „Gewaltlosigkeit" – von der jeder normale Bürger glaubt, die komme einem doch ganz natürlich – eigens „trainieren" muß.



„Alles nur Medizin – contra Contra!" ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Das Elend mit der Planification

Von William François

In Frankreich haben die Dinge seit Mai 1981 eine tiefe Veränderung erfahren. Die chronischen wirtschaftlichen Schwächen, an denen unser Land seit dem Zweiten Weltkrieg leidet, haben sich plötzlich in einem neuen politischen Licht als noch verheerender erwiesen. Schon die vierte Republik hatte sich auf ein Nationalisierungsprogramm eingelassen, welches unseren Banken- und Versicherungsapparat sowie unsere Basisindustrie einer straffen fünfjährigen Planung unterwarf. Die fünfte Republik hat an diesen Dispositionen nie etwas geändert, Dispositionen, welche finanziell die Großindustrie, die Banken und das Sozialwesen privilegierten auf Kosten der breiten Verbrauchsgüterindustrie.

Seit die fünfte Republik nun ihr Regime gewechselt hat, sind solche Praktiken nicht geringer geworden, sondern haben sich verallgemeinert. So hat man das Nationalisierungsprogramm der Jahre 1944 und 1945 zu Ende geführt und praktisch den gesamten Finanzierungs- und Ausrüstungsapparat des Landes unter staatliche Kontrolle gebracht.

Welche verheerende Wirkung dies hatte, liegt für alle offen dar: wachsende Inflation und Abschnürung der Konkurrenzfähigkeit. Heute sind wir so weit, daß die Planung der Finanzierung industrieller Unternehmen unabhängig von der Frage erfolgt, ob man sie auch verwirklichen kann. Dabei wissen wir, daß bisher noch kein Plan seine Ziele je erreicht hat. Immer wieder mußten „Zwischenpläne" gemacht werden.

Andererseits stellt der nationalisierte Sektor ein wahres Monopol dar, das seine Produkte und seine Preise aufzwingt und gleichzeitig die Möglichkeit der Wahl des Verbrauchers einschränkt. Aktionäre und Käufer haben keinen Einfluß auf den Produktionsapparat. Die Folge sind unfehlbar Defizite, die es immer wieder durch Subventionen und Kapitalerhöhungen aufzufangen gilt. Das System erhält sich nur, indem es immer wieder neue Inflationsexzesse schafft, statt Expansion zu erzeugen. Der private Sektor erstickt, die Konkurse nehmen zu.

Wir leben also seit Jahren in einer langen und tödlichen Krankheit, deren Ausgang nahezu gewiß ist. Eine Zeitlang konnte die französische Wirtschaft expandieren, dank der guten Weltkonjunktur, wenn auch schwierig und mit immer größer werdender technologischer Verspätung. Unsere Entschuldigung mit dem Ölschock gilt nicht, denn andere Länder gleich großer Wirtschaftskraft wußten ihn zu überwinden. Schließlich sind wir in eine Phase der Desindustrialisierung geraten, verbunden mit einer fortschreitenden Unterentlohnung der Arbeit und des Kapitals. Wenn ich ein Bild gebrauchen sollte: Wir fahren mit einem veralteten Automobil auf einer Straße, die zum Abgrund führt und auf der wir den größten Teil der Strecke bereits hinter uns haben. Den Chauffeur zu wechseln nützt nichts mehr. Wir müssen die Straße und das Automobil wechseln.

Dies ist der Kernpunkt. Wenn wir wie in England immer wieder nur eine linke gegen eine rechte Mannschaft tauschen, ohne zu einer völligen Umschichtung unserer Wirtschaft zu gelangen, wäre alle Hoffnung auf eine Rückkehr Frankreichs unter die großen Wirtschaftsmächte USA, Bundesrepublik und Japan aussichtslos. Denn was können wir schon hoffen hinter den Barrikaden unserer Grenzen, mit unseren staatlich geregelten Preisen, einem schwächer werdenden Franc und Verwaltungserlassen? So weiterzuwursteln wie bisher?

Zu der Notwendigkeit unserer internen Reformen kommen auch Erwägungen, ob wir der europäischen Politik noch genügen, zu der wir uns einst verpflichtet haben. Hat der „Sozialismus à la française" wirklich zur freien Bewegung der Güter, der Kapitalien und der Menschen in Europa, zur Niederreißung der inneren Grenzen beigetragen?

Ich glaube, sagen zu können, daß die amerikanischen, die deutschen und die englischen Wahlen zu einer Änderung der Natur und vielleicht der politischen Achse Europas, wie sie einst de Gaulle und Adenauer festgelegt hatten, führen werden. Wir sind im Begriff, uns von einem europäischen Binnenmarkt wieder in eine Freihandelszone zurückzuverwandeln, die sich mehr als bisher auch der Dritten Welt öffnen wird. Es scheint, als ob die großen internationalen Finanzierungs- und Entwicklungsorganisationen sich bereits auf eine solche Entwicklung einzustellen beginnen. Man spürte dies in Williamsburg und Stuttgart. Wir müssen uns auf diese Entwicklung einstellen.

Unsere Verfassung wacht über die moralischen und politischen Freiheiten unserer Bürger und eine saubere Gewaltenteilung. Aber sie garantiert keineswegs die Freiheit in ihren täglichen wirtschaftlichen Aktivitäten. Der Staat hat sich im Laufe der Jahre zu einem immer mächtigeren Wirtschaftsdiktator entwickelt. Auf diesem Wege ist er dabei, sogar den Geist unserer Verfassung zu verändern und zu gefährden. Würde man unsere Bürger danach fragen, so würden sie wie ein Mann die Wiederherstellung ihrer wirtschaftlichen Freiheiten verlangen, auch dann, wenn dies mehr Risiko und persönliche Verantwortung bedeutet.

GAST-KOMMENTAR



Der französische Industrielle William François trat mit einer „Erklärung über die Prinzipien einer freiheitlichen Wirtschaftspolitik" hervor FOTO: DIE WELT

IM GESPRÄCH Karl Wand

Botschafter im Bürgerkrieg

Von Evi Keil

In einer afrikanischen Frontstadt wie Luanda als Botschafter zu leben, in der westlichen Diplomaten des öfteren in den Gärten ihrer Residenzen verirrte Pistolenkugeln der Kubaner um die Ohren fliegen, erfordert gute Nerven. Das Auswärtige Amt hat inzwischen einige solcher gefährlichen Posten. In Angola hält für Bonn Botschafter Dr. Karl Wand die Stellung.

Bonn hat 1979 die Regierung der MPLA, der „Volksbewegung für die Befreiung Angolas", anerkannt. Als Karl Wand 1982 nach Luanda ging, als zweiter Botschafter Bonns, hatte er bereits 13 Jahre afrikanische Erfahrungen hinter sich. Er kam aus dem friedlichen Malawi, wo er drei Jahre Botschafter war, und hatte ebenfalls eher friedliche Zeiten als Botschafter in Benin, dem früheren Dahomey, erlebt, wo er vier Jahre blieb. Auch sein erster afrikanischer Posten, Nigeria, war recht problemlos. Seine schwedische Frau Dagny, früher Ballettänzerin der Stockholmer Oper, hatte dort mit großem Erfolg eine Yoruba-Tanzschule eröffnet, was dem Ehepaar Häuptlingswürden eintrug.



In Angola, wo es gelegentlich knallt: Wand FOTO: DIE WELT

In der früheren Weltstadt Luanda mit annähernd einer Million Menschen spüren auch die Diplomaten heute das Elend des Bürgerkriegs. Die Infrastruktur wird zwar vor allem von den Kubanern aufrechterhalten, man schätzt ihre Zahl in Angola auf rund 20 000, dazu kommen rund 2000 bis 3000 sogenannte Experten aus der „DDR" und mindestens ebenso viele Sowjets. Aber die regierende MPLA mit ihrem Präsidenten Dos Santos empfindet offensichtlich immer stärker die Last der östlichen Militärhilfe. Botschafter Wand weist darauf hin, daß Dos Santos selbst mehrfach in jüngster Zeit erklärt hat, man wäre dort froh, wenn man die „Unterstützung" durch den Ostblock wieder los wäre, zumal man die Militärhilfe mit angolanischen Öldollars bezahlen muß. Aber von Südangola aus kämpft die Swapo gegen die Südafrikaner in Namibia, und in Luanda fühlt sich die MPLA unter zunehmendem Druck, nachdem die Freiheitsbewegung des Dr. Jonas Savimbi, die Unita, immer stärker vorrückt. Karl Wand also ist Botschafter bei einer Regierung, die andere angreifen läßt, selber angegriffen wird und für das eigene Volk kaum zu sorgen vermag – eine Gastrolle, die man nur mit Humor meistern kann. In der Tat ist Wand von Konrad Adenauer entdeckt worden, als diesem politische Karikaturen auffielen, die Dr. phil. Wand als Volontär der „Kölnischen Rundschau" malte. „Der Mann versteht etwas von Politik", so Adenauer. Er holte sich Karl Wand 1956 als Pressereferenten ins Palais Schaumburg.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

WESTFALEN-BLATT

Zum Streit um den fälschungssicheren Personalausweis heißt es in der Bielefelder Zeitung:

Als der Terrorismus der mörderischen Marke „Baader-Meinhof/Rote Armee-Fraktion" hierzulande bombend und schießend seine Blutbahn zog, da gab es eine 100prozentige Allparteien-Koalition der überzeugten Fürsprecher in Bonn. Einhellige Meinung: Denjenigen, die zur Tarnung und Täuschung Hand anlegen an (gestohlene) Personalausweise, müsse das verbrecherische Handwerk endlich schwergemacht werden. Seit Donnerstag dieser Woche aber soll nun alles anders sein – wenn man keinem Geringeren als Hans-Peter Bull folgt, wovor freilich zu warnen ist. Der Mann, der es (besser) wissen müßte, war sich nicht zu schade dafür, in einem „Zeit"-Beitrag zu schreiben, der neue fälschungssichere Bundespersonalausweis sei angeblich „noch wesentlich gefährlicher als die Volkszählung". Denn – welch eine „Argumentation" des ehemaligen Bundesbeauftragten für den Datenschutz! – dieser Ausweis könne zu einem Werkzeug verstärkter Überwachung werden. Die Wahrheit, die Bull natürlich kennt, ist: Auch der neue Personalausweis soll mithelfen, Terrorismus und Verbrechertum einzudämmen. Es wäre schlimm, würden sich CDU/CSU, SPD und FDP von Bull und seinen Nachbetern ins Bockshorn jagen lassen.

HEILBRONNER STIMME

Den Auftritt von Frau Sölle in Vancouver kommentiert das Blatt:

In welcher Republik lebt eigentlich die evangelische Theologin Dorothee Sölle, bundesdeutsche Referentin auf der Vollversammlung des ökumenischen Rates der Kirchen? Der Bundesrepublik mag manches negative Attribut zukommen, sie als militaristischen Staat abzuqualifizieren, wie Frau Sölle es in Vancouver getan hat, ist ein schlimmes Horrorgemälde. Damit nicht genug: Ihrer nach schriller Agitation klingenden Schilderungen der Lage der Bundesrepublik entspricht es, wenn sie in den kommenden Monaten Tote auf seiten der Friedensfreunde sieht – und in zweiter Linie denn auch bei der Polizei. Wird hier bewußt oder unbewußt der totalen Gewalt das Wort geredet?

Schwarzwälder Bote

Das Oberndorfer Blatt kommentiert die Äußerungen von Strauß:

Mit bewußter Anspielung auf Strauß hat Staatsminister Mertens (CDU) vom Auswärtigen Amt die in dieser Woche beschlossene drastische Verschärfung des polnischen Straf- und Zensurrechts als „schlimmen Schritt in die falsche Richtung" kommentiert. Das entspricht den Tatsachen mehr als die Warschauer Äußerung von Strauß vom letzten Wochenende, die formale Aufhebung des Kriegsrechts sei ein „richtiger Schritt in die richtige Richtung". Noch schlimmer ist, daß Strauß während der schwebenden Postverhandlungen mit der DDR öffentlich von einem bis zu 100 Millionen DM höheren Angebot Bonns sprach, als die Bundespost für vertretbar hält. Sie hat bisher überhaupt kein Angebot gemacht. Damit gefährdet Strauß Bonns Verhandlungsposition.

Le Monde

Über die „DDR"-Reise von Strauß und die „DDR"-Einladung an Bundespräsident Carstens schreibt die Pariser Zeitung:

Es sieht ganz danach aus, als hätte Ost-Berlin nach der kräftigen Abkühlung im Frühling entschieden, wieder auf Gegenkurs zu gehen und mit Bonn wieder Beziehungen anzuknüpfen. Das bedeutet zumindest, daß die westdeutsche Rechte wieder als ein qualifizierter Gesprächspartner angesehen wird. Zu dieser Umkehr könnte auch die Moskau-Reise von Kanzler Kohl Anfang Juli weitgehend beigetragen haben ... Ohne dem Klischee zu verfallen, daß die Sowjets nur den respektieren, der ihnen die Stirn bietet, ist es sicher nicht übertrieben, in dem Verführungs-Bemühen der DDR gegenüber der Bundesrepublik eines der Ergebnisse der Festigkeit zu sehen die Kohl gegenüber seinen Gesprächspartnern im Kreml bewiesen hat.

Das deutsche Recht und Kater Bubu in fremden Gärten

Tiere und die Justiz: Zwischen Sentimentalität und Gedankenlosigkeit / Von Enno v. Loewenstern

Tiere haben es schwer mit der Justiz. Der Hund Rocky wurde dieser Tage in Seattle (US-Bundesstaat Washington) zum Tode verurteilt. Der Kater Bubu, in Passau und somit im Geltungsbereich des Grundgesetz-Artikel 102 („Die Todesstrafe ist abgeschafft") lebend, kam mit lebenslanger Haft davon.

Rockys Eigentümer, ein Straßenräuber, stand vor Gericht, weil er den scharfen Bullterrier bei einem Überfall auf sein Opfer gehetzt hatte. Herrchen muß ins Gefängnis; Rocky aber soll, sobald das Urteil rechtskräftig ist und der Hund nicht mehr als Beweismittel gebraucht wird, eingeschläfert werden. „Denn es ist gegen das Gesetz in Seattle, einen gefährlichen Hund zu besitzen", erläuterte der Staatsanwalt.

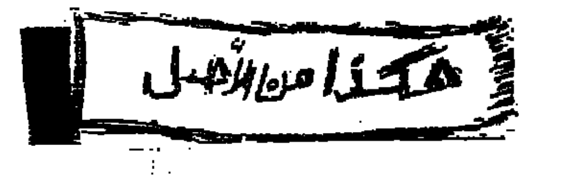
Bubus Herrchen wurde von einem ergrimmten Hausbesitzer verklagt, weil der Kater bei seinen nächtlichen Ausflügen den Garten des Klägers zu durchqueren pflegte; doch nicht einmal zu einem „Lied, das Stein erweichen, Menschen rasend machen kann". Der Kläger machte lediglich geltend, daß kein fremdes Tier seinen Garten ohne Erlaubnis betreten dürfe. Amts- wie auch Landgericht Passau untersagten daraufhin Bubus Herrchen im Namen der Heiligkeit des Eigentums, den Kater noch einmal wandern zu lassen; unter Androhung eines Ordnungsgeldes bis zu einer halben Million Mark.

Weder Bubu noch Rocky also standen selber vor Gericht. Das war früher anders. In Sauvigny (Frankreich) beispielsweise wurden 1457 ein Schwein und seine drei Ferkel wegen Mordes angeklagt, weil sie ein kleines Kind zerrissen hatten. Die Sau wurde auf dem Marktplatz gehängt; die Ferkel wurden in Anbetracht ihrer Jugend begnadigt, wenn auch mit einer Verwarnung. In Basel wurde ein Hahn 1474 zum Tode verurteilt und verbrannt, weil er ein Ei gelegt hatte; aus Hahneneiern pflegte, wie man wußte, der Basilisk mit dem tödlichen Blick auszuschlüpfen. In Lausanne wurden 1451 die Blutegel durch Gerichtsbeschluß zum Verlassen der Gegend aufgefordert und, als sie der Weisung nicht nachkamen, exorziert – erfolgreich, wie die Chronik berichtet.

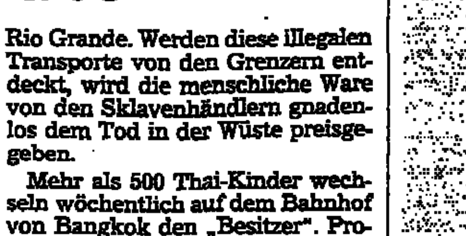
Aber Tiere als Prozeßparteien hatten auch eine Chance. Rechtsanwalt Chassensée beispielsweise setzte im fünfzehnten Jahrhundert die Aufhebung eines Ausweisungsbeschlusses gegen die Ratten von Autun mit dem Einwand durch, sie könnten nicht zu ihrer Verteidigung vor Gericht erscheinen, bevor nicht sämtliche Katzen am Ort zur Friedenswahrung verpflichtet würden. Die Katzenbesitzer brachten dagegen vor, daß sie unmöglich für das Verhalten ihrer Katzen verantwortlich gemacht werden könnten. Das Gericht sah das ein; damals verstand man mehr von Katzen als heute, zu Bubus Zeiten.

In Frankreich standen zwischen 1120 und 1740, soweit es sich aus den Akten rekonstruieren läßt, 92 Tiere vor Gericht. Vielleicht ist es dieser schrankenlose Glaube an die Selbstverantwortung, der Frankreich zu einer Wiege der Menschenrechte werden ließ. Aber damit erhob sich der aufgeklärte Mensch zum alleinigen Maß aller Dinge über die Natur, mit der er auch nach Verlassen der Bäume eins gewesen war, und verstieß seine stummen Freunde endgültig ins Sachenrecht. Dem Juristen wurde das Tier zum bloßen Objekt; dem Laien im Grunde auch. Man trieft Rührung über die Schlachtung „süßer" Robbenbabys und bleibt völlig nüchtern gegenüber der Schlachtung ordinärer Kälber; man wünscht den Hund bei Fuß und billigt ihm keine Chance auf Resozialisierung zu, wenn die Dressur fehlgeht; man ist mißtrauisch gegenüber der Individualität der Katze.

Wie, wenn Bubus Herrchen seinem Kater gemäß römischer Manumissionsordnung die Freiheit schenkte (bei Wohnrecht und Naturentlohnung fürs Mausen) – wie wollte die Justiz besagtes Herrchen für außerdienstliche Übertretungen seines vierbeinigen Personals belangen? Eben der Gedanke an diese Möglichkeit hätte die Richter zu der Einsicht führen müssen, daß auch „herrenlose" Katzen gelegentlich fremde Gärten durchstreifen, wie überdies Vögel, Mäuse oder Schmetterlinge. So daß man dem Gartenbesitzer eher empfehlen sollte, durch eigene Vorkehrungen unerwünschte Besucher fernzuhalten. Aber in einer Zivilisation, die sich ohnehin über das Schicksal von Tieren mehr erregen kann als über das von Kindern, liegen Sentimentalität und Gedankenlosigkeit näher beieinander, als man sich's gern eingesteht. Und Maître Chassensée ist lange tot.



Wenn Menschen zur Ware werden: Sklaverei heute



Der Kampf gegen die Sklaverei ist mehr als 200 Jahre alt, doch bis heute ist dieser Kampf vielerorts noch nicht gewonnen. Es gibt den Handel mit Kindern, Frauen, Arbeitskräften.

Von GITTA BAUER

Sklaverei ist der Status oder der Zustand einer Person, über die einige oder alle Macht, die mit dem Recht des Eigentümers verbunden ist, ausgeübt wird." Das ist die Definition, die der Völkerbund 1926 für die bis heute gültige Sklaverei-Konvention fand. Die Vereinten Nationen erweiterten 1956 in einer ergänzenden Konvention die Definition auf Schuldknechtschaft, Leibeigenschaft, auf die Praxis des Frauenkaufs und der „Vererbung" einer Frau beim Tode ihres Mannes und die Ausbeutung von Kindern unter 18 Jahren.

Gibt es in diesem Sinne noch Sklaverei? Immerhin hat die Menschheit einen weiten Weg zurückgelegt seit dem 16. Jahrhundert, als Portugal und Spanien ihre riesigen Kolonialreiche in der Welt mit Hilfe afrikanischer Sklaven kolonisierten, als das britische Empire hundert Jahre später das gleiche mit seinen amerikanischen Besitzungen und karibischen Kolonien tat. Weder Holland noch Dänemark noch Frankreich waren von der aus der Antike stammenden Vorstellung verschont, daß Menschen anderer Zunge, anderer Hautfarbe, anderen Stammes eine Ware seien, die man beliebig erwerben und verkaufen könne. Noch waren es die Araber oder die Afrikaner, weder Christentum noch Islam schützten vor dieser Barbarei.

Erst 1792 rang Dänemark sich zum Verbot des Sklavenhandels durch, 1807 folgten Frankreich und England. Vor hundertfünfzig Jahren wurde durch einen Akt des englischen Parlaments endlich auch die Sklaverei selbst abgeschafft. In Amerika bedurfte es eines Bürgerkriegs zwischen den seit 1766 unabhängigen Kolonien, um auch im Süden der Union die Sklaven zu befreien. Seitdem, sollte man glauben, ist das Problem ausgerottet.

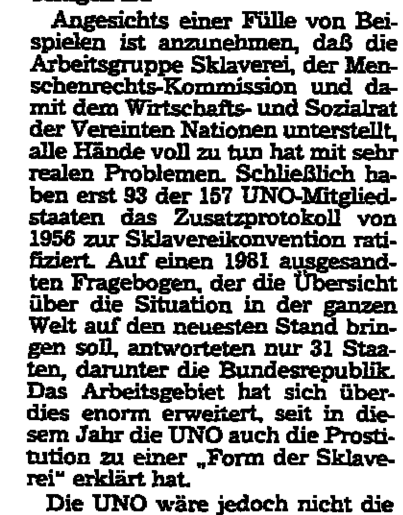
Ist es das wirklich? Die britische Anti-Sklaverei-Gesellschaft berichtete erst kürzlich von der Befreiung von hundert indischen Sklavenfamilien aus einem Steinbruch in Haryana. Sie waren durch Verschuldung in diesen sklavenähnlichen Zustand geraten, in dem sie ihre Schulden abarbeiten mußten. Nicht viel anders klingt ein Augenzeugenbericht aus Itaipu im nördlichen Brasilien: „Anwerber aus dem Amazonas-Bassin mit seiner Hochkonjunktur kommen und bieten ‚freien' Transport, Essen, Wohnung und Kleider im Austausch gegen zwei Jahre Arbeit ohne Entgelt. Am Ende der Zeit ... hat der Mann Schulden für zusätzliches Essen gemacht und bleibt verpflichtet, bis er zu alt oder zu krank ist. Mir wurde erzählt, daß Leute, die zu entkommen suchen und eingefangen werden, oft umgebracht werden." So Paul Harrison in „Die Anatomie der Armut".

Es ist schließlich erst zehn Jahre her, daß im Mont-Blanc-Tunnel zwei versiegelte Lastwagen mit 59 illegal von Mali nach Frankreich verbrachten Arbeitern entdeckt wurden. „Der Fall ging weit über das Problem von illegalem und heimlichem Transport hinaus, er hatte eher mit Sklaverei zu tun", sagte der Vertreter einer britischen Gruppe für Minderheitenrechte vor dem UNO-Unterausschuß zum Schutz von Minderheiten. Ein immer wieder die USA aufschreckendes Problem ist die illegale Einfuhr von Mexikanern, Kolumbianern und anderen lateinischen Nationalitäten gegen teures Geld über den Rio Grande. Werden diese illegalen Transporte von den Grenzern entdeckt, wird die menschliche Ware von den Sklavenhändlern gnadenlos dem Tod in der Wüste preisgegeben.

Mehr als 500 Thai-Kinder wechseln wöchentlich auf dem Bahnhof von Bangkok den „Besitzer". Professionelle „Kinderfänger" machen sich die Armut in den ländlichen Gebieten Thailands zunutze und verkaufen die Kinder zum Preis von 7,50 bis 50 Dollar an Bordelle, Fabriken und Massagesalons. Das berichtete die gleiche Organisation für Minderheitenrechte der UNO-Arbeitsgruppe Sklaverei.

Die auch in der Bundesrepublik wohlbekannte Organisation „Terre des Hommes" klagt immer wieder über das Unwesen irregulärer Adoptions-Vermittler, die Babys aus armen Ländern per Versandkatalog anbieten. Papst Johannes Paul II. sprach auf seinem Besuch in den Philippinen von den niedrigen Löhnen der Filipino-Landarbeiter als „praktischer Sklaverei".

Schließlich hat ein Land wie Mauretanien offiziell die Sklaverei erst vor drei Jahren abgeschafft. Dennoch fand ein UNO-Report aus dem Jahre 1982, daß „noch schätzungsweise hunderttausend Menschen der eine Million zählenden Bevölkerung Sklaven sind. Weitere 300 000 sind Teilzeitsklaven oder Exsklaven, die rassisch diskriminiert werden". Immerhin, fand die Arbeitsgruppe Sklaverei der UNO, habe die mauretanische Regierung – die eine Untersuchungskommission einreisen und sich umschauen ließ – mehr Verantwortungsbewußtsein bewiesen „als andere Regierungen, die so tun, als gebe es innerhalb ihrer Grenzen nie Probleme". Ein mauretanischer Diplomat sagte seufzend: „Wir sind uns klar darüber, daß eine tausend Jahre alte gesellschaftliche Praxis nicht mit einem Federstrich zu beseitigen ist."



Angesichts einer Fülle von Beispielen ist anzunehmen, daß die Arbeitsgruppe Sklaverei, der Menschenrechts-Kommission und damit dem Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen unterstellt, alle Hände voll zu tun hat mit sehr realen Problemen. Schließlich haben erst 93 der 157 UNO-Mitgliedstaaten das Zusatzprotokoll von 1956 zur Sklavereikonvention ratifiziert. Auf einen 1981 ausgesandten Fragebogen, der die Übersicht über die Situation in der ganzen Welt auf den neuesten Stand bringen soll, antworteten nur 31 Staaten, darunter die Bundesrepublik. Das Arbeitsgebiet hat sich überdies enorm erweitert, seit in diesem Jahr die UNO auch die Prostitution zu einer „Form der Sklaverei" erklärt hat.

Die UNO wäre jedoch nicht die UNO, wenn ihr in ihrem neuesten Bericht nicht die gleiche Einäugigkeit gegenüber dem Problem der Sklaverei unterlaufen wäre wie bei allen ihren politischen Manifestationen. So legt sie besonderes Gewicht auf „sklavereiähnliche Praktiken wie Apartheid und Kolonialismus". Da sie „Kolonialismus" nur noch in Namibia (Südwestafrika) erkennt (mit einer einzigen, kurz erwähnten Ausnahme in Ost-Timor, das sich Indonesien angeeignet hat), ist der Hauptschwerpunkt also Südafrika geworden.

Die Arbeitsgruppe hat sich dabei „wesentliche marxistische Analysen" von Sklaverei als einer Form der kapitalistischen Ausbeutung und des Neo-Kolonialismus zu eigen gemacht. So kann es nicht verwundern, daß zum Thema Zwangsarbeit lediglich ein Satz aus den Enthüllungen Nikita Chruschtschows über das unter seinem Vorgänger Josef Stalin errichtete System der Zwangsarbeitslager in der Sowjetunion verwandt wird. Weder wird von den zwanzig Millionen Menschen gesprochen, die schätzungsweise in solchen Lagern am Polarkreis zugrundegegangen sind, noch von der unveränderten Existenz solcher Zwangsarbeitslager in der heutigen Sowjetunion. (SAD)

Modernes Sklaventum: Prostituierte in Bangkok
FOTO EWALD WLADIKA





Zwischen Verfolgung und Triumph: Lech Walesa Ende vorigen Jahres in seiner Danziger Wohnung und im August 1980 auf der Lenin-Werft
FOTOS: FRANCOIS LOCHON/STUDIO X/DPA

Lech Walesa – mehr als eine Episode

Vor seinem Einfluß fürchteten sich die Regime in Warschau und Moskau, mit seiner „Solidarität" setzte er ein historisches Datum im Ostblock. Hat die Unterdrückung aus dem Arbeiterführer Walesa eine schlichte Privatperson gemacht? Es gibt Gründe, dies zu bezweifeln.

Von CARL G. STRÖHM

Lech Walesa, der polnische Arbeiterführer und Vorsitzende der Gewerkschaft „Solidarität", ist schon mehrfach für politisch tot erklärt worden. Von der Vatikan-Zeitung „Osservatore Romano" – deren stellvertretender Chefredakteur Monsignore Levi deshalb den Hut nehmen mußte – bis zum stellvertretenden polnischen Ministerpräsidenten Rakowski und diversen anderen Sprechern des Warschauer Regimes beeilten sich in jüngster Zeit viele Zeitgenossen, einen Nekrolog auf einen Mann zu sprechen, der sicher zu den ungewöhnlichsten Gestalten des gegenwärtigen politischen Lebens gehört.

Die polnische Geschichte kennt keinen Mangel an tragischen Helden – an Männern und Frauen, die in scheinbar auswegloser Situation Großes vollbrachten und die dann dennoch tragisch endeten. Auch über das künftige Schicksal des noch relativ jungen, knapp vierzigjährigen Elektrikers von der Lenin-Werft, der zur Symbol- und Führungsfigur des Streiks von 1980 wurde, läßt sich noch kein endgültiges Urteil fällen. Tragik und Martyrium sind hier ebenso Möglichkeiten wie ein späterer Triumph.

Was Walesa aus der Schar anderer Akteure im Umkreis der polnischen Ereignisse der Jahre 1980 und 1981 heraushob, war eine Verbindung von charismatischen Führungseigenschaften mit politischem Augenmaß und einer, man möchte fast sagen, menschlichen Unverbildetheit und Unverdorbenheit. Walesa ließ sich selbst in den Augenblicken des größten Triumphs nicht zu ungerechtfertigtem Optimismus hinreißen.

Im Gegensatz zu manchen radikalen Heißspornen in der „Solidarität" und ihrem Umfeld, die nach dem August 1980 glaubten, die Schlacht sei bereits geschlagen und gewonnen, ahnte er zumindest, daß das Schwerste noch bevorstand. Als er einmal von einem Reporter – mitten im Überschwang des Erfolges – gefragt wurde, was er sich von der Zukunft erwarte, überkreuzte er beide gespreizten Hände zu einer Art Gitter und hielt sie sich vors Gesicht: Er sagte voraus, daß die Machthaber ihn einsperren würden.

Den Versuchen des kommunistischen Systems, ihn als Gewerkschaftschef zu korrumpieren, hat er mit Leichtigkeit und Nonchalance widerstanden. Da mag es in den obersten Führungsetagen des Warschauer Politbüros sicher einflußreiche Kräfte gegeben haben, die sich vorstellten, man werde diesen kleinen, mit materiellen Gütern nicht gesegneten und daher für Privilegien sicher empfänglichen Elektriker schon „einkaufen" können: ein schöner Dienstwagen, ein Büro mit Sekretärinnen, Teilhabe am Glanz des Herrschens. Aber all dem hat sich Walesa entzogen – ebenso wie er nach der Verhängung des Kriegsrechts seine Gewerkschaftskameraden nicht verriet, ihnen nicht in den Rücken fiel – auch jenen nicht, die ihn eher unsanft behandelt hatten.

Ebenso wird berichtet, daß er gewisse Pläne der Machthaber, ihn gegen die Intellektuellen, gegen die „Studierten" auszuspielen, stets sofort durchschaute. Dabei mögen sich einige Funktionäre des Machtapparats bereits ausgerechnet haben, man könne den „ungebildeten" Arbeiter gegen die Gebildeten, die Universitätsabsolventen und Schriftsteller „in Stellung bringen". Seltsam genug: Die alte Spaltungstaktik der Kommunisten, die ja von Anfang an Kleinbauern gegen Großbauern, Arbeiter gegen Mittelstand, Kleinbürgertum gegen Großbürgertum – oder auf dem nationalen Feld ein Volk gegen das andere – ausgespielt und sich dadurch (teile und herrsche) die Macht gesichert hatten, funktionierte im Falle Walesa und im Falle Polen nicht mehr so richtig.

Symbolfigur einer Bewegung ohne Beispiel

Interessant und vielschichtig bietet sich das Verhältnis Walesas zur katholischen Kirche dar. Er hat sich immer wieder als ihr „treuer Sohn" bezeichnet – und dennoch hat er sich, anders als anfangs erwartet, in seinem Denken und Handeln eine gewisse Autonomie bewahrt. Die Vorstellung, die Gewerkschaft „Solidarität" sei ein verlängerter Arm des Katholizismus oder gar der polnischen katholischen Hierarchie, hat sich bald als ebenso falsch erwiesen wie die Annahme, Walesa werde sich nach den taktischen Wünschen und Erfordernissen des Vatikans verhalten. Die polnische katholische Hierarchie hat sich, offenbar nachdem sie einsehen mußte, daß dieser Mann sich allen taktischen Überlegungen entzog, in gewisser Weise von ihm distanziert. Es ist schon nicht ganz falsch, wenn immer wieder gemunkelt wird, Walesa stehe einem Übereinkommen zwischen Kirche und Kommunismus in Polen als Hindernis im Wege – und das heißt: nicht nur er persönlich ist ein solches Hindernis, sondern die ganze Idee der Gewerkschaftsbewegung „Solidarität", die ja seinerzeit die katholische Kirche ebenso überraschend und unvorbereitet traf wie die kommunistischen Machthaber.

Damit nähern wir uns der eigentlichen Bedeutung des Elektrikers von der Lenin-Werft: Er wurde, vielleicht durch eine Kette von Zufällen, aber dennoch mit fast atemberaubender Konsequenz, der erste Mann, die Symbolfigur einer ganz neuen, in ihrer langfristigen Wirkung noch gar nicht abzuschätzenden spontanen Massenbewegung in einem osteuropäischen Land des „realen Sozialismus". So etwas wie die „Solidarität" hatte es noch nirgendwo und zu keiner Zeit im kommunistischen Machtbereich gegeben – und auch eine Gestalt wie Walesa war nirgendwo aufgetreten.

Gewiß, da waren andere tragische Gestalten: der ungarische Ministerpräsident Imre Nagy, der den Aufstand des Jahres 1956 gegen die Sowjetmacht mit seiner Hinrichtung bezahlen mußte – oder Alexander Dubcek, der „gute Mensch von Prag", dessen Reformversuch 1968 mit der sowjetischen Intervention endete und der heute eine weitgehend vergessene „Unperson" ist, ein Pensionist, der irgendwo in der Slowakei verdämmert. Den Machthabern in Warschau mag für Walesa ein ähnliches Schicksal vorschweben: Man wird immer weniger von ihm sprechen, immer weniger über ihn hören – und in zehn Jahren wird alles vergessen sein.

Doch so einfach könnte es diesmal nicht werden. Schon beim zweiten Papst-Besuch zeigte sich, daß Walesa unter den polnischen Volksmassen einen schon legendären Ruf hat. Wo immer in Polen in letzter Zeit demonstriert wurde – ob geduldet, wie zur Zeit der Papst-Reise, oder unter den Knüppeln der Polizei –, wurde Walesas Name ebenso wie der Name „Solidarität" zum Kampfruf. Die polnischen Behörden wußten schon, warum sie das Treffen zwischen Papst und Walesa auf geradezu komische Weise geheimgehalten und dann irgendwo in den Beskiden stattfinden lassen mußten – unter höchster Abschirmung von der Öffentlichkeit. Nicht auszudenken, wenn sich Johannes Paul II. und der „geächtete" Gewerkschaftsführer gemeinsam der Volksmenge gezeigt hätten, etwa in Tschenstochau.

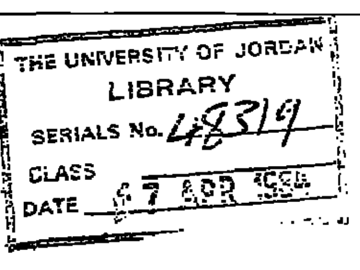
Schon am Verhalten der Machthaber zeigte sich, daß Walesa eben nicht nur irgendeine „Privatperson" ist, wie es der Sprecher Jaruzelskis, Jerzy Urban, wiederholt zu behaupten trachtete. Welcher Privatperson würde die polnische Luftwaffe eine Sondermaschine zur Verfügung stellen, damit sie von Danzig nach Krakau samt Familie zu einem Treffen mit dem Papst fliegen kann?

Ein Prüfstein für die katholische Hierarchie

Sogar wenn Walesa selber wollte, er könnte nie wieder eine „Privatperson" sein. Die Polen, die ein geschichtsbewußtes Volk sind, haben ihn längst zu einer Symbol- und Führungsgestalt erhoben. Eine Nation, die heute den legendären Marschall Pilsudski noch nicht vergessen hat, wird schwerlich Lech Walesa vergessen. Um so mehr, als jene 16 Monate gewerkschaftlicher Freiheit, die mit seinem Namen verknüpft sind, heute geradezu in einem nostalgischen Licht erscheinen.

Walesa könnte sogar – ohne daß er es selber gewollt hätte – zu einem Prüfstein für die katholische Hierarchie seines Landes werden. Denn an ihm könnte sich erweisen, daß es – bei aller unzweifelhaften Bedeutung, welche die Kirche als nationale und religiöse Institution in Polen besitzt – nun auch ein zweites, gewerkschaftlich-gesellschaftspolitisches Instrument, eine zweite Linie polnischer nationaler Selbstverwirklichung gibt. Dies wäre ein in seinen Folgen noch gar nicht überschaubares Phänomen.

Wer menschliche Geschicke und Geschichte bestimmt, befindet sich stets in der Gefahr des persönlichen Scheiterns. So ist auch die Gestalt Lech Walesas nicht gefeit vor persönlichem Unglück und Katastrophen – auch nicht vor solchen, die von interessierter Seite bewußt herbeigeführt werden. Aber die Vorstellung, eine solche Gestalt ließe sich – vielleicht unter dem Gemurmel einiger anerkennender, freundlicher Worte – einfach auf ein Abstellgleis schieben, geht an der Wirklichkeit vorbei. Der geschichtliche Prozeß, der im August 1980 in Bewegung gesetzt wurde, läßt sich nicht mehr ungeschehen machen – auch wenn es die Gewerkschaft „Solidarität" und den Menschen Walesa eines Tages nicht mehr geben sollte.



Spaltet sich Spaniens KP im Dezember?

dpa, Madrid

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Spaniens hat gestern in Madrid mit der Billigung des vom neuen KP-Chef Gerardo Iglesias präsentierten Grundsatzpapiers für den XI. Kongreß dem früheren Generalsekretär Santiago Carrillo eine weitere Niederlage bereitet.

Beobachter schlossen nach dem Ablauf der zweitägigen kontroversen ZK-Sitzung die Möglichkeit einer Spaltung der Partei auf dem für Dezember geplanten Kongreß nicht aus. Hauptstreitpunkt war die Haltung der Partei, deren Vertretung im Parlament bei den Wahlen vom 28. Oktober von 23 auf vier Mandate zusammenschmolz, gegenüber der sozialistischen Regierung. Die „kritische Unterstützung" durch die Mehrheit der Parteiführung wurde von Carrillo abgelehnt, der auf Konfrontation bestand. Als weiterer Streitpunkt erwies sich die Haltung gegenüber den Ostblockländern. Während die Mehrheit unter Iglesias zu beiden Militärblöcken in Europa auf Distanz ging, schrieb die Gruppe um Carrillo allein dem Westen die Verantwortung zu.

Armenier widerruft Geständnis

rtr, Paris

Der 29 Jahre alte Armenier Varadjan Garbidjan hat sein Geständnis widerrufen, Haupttäter des Bombenanschlages auf dem Flughafen Paris-Orly gewesen zu sein, bei dem am 15. Juli sieben Menschen ums Leben kamen. Sein Anwalt sagte am Wochenende, Garbidjan habe mit seiner Falschaussage Armenier in Frankreich schützen und die Freilassung von 51 Landsleuten erreichen wollen, die nach dem Anschlag in Haft genommen worden waren. Garbidjan bestätigte unterdessen, daß er der „Armenischen Geheimarmee zur Befreiung Armeniens" (ASALA) angehöre, die die Verantwortung für den Anschlag übernommen hat. Im Zusammenhang mit den Ermittlungen gegen Armenier gingen auch am Wochenende weitere Bombendrohungen gegen den Flughafen Lille ein.

Helfer Bani Sadrs in Iran exekutiert

AFP, Paris

Acht Angehörige der iranischen Luftwaffe sind nach Angaben des iranischen „Nationalen Widerstandsrats" hingerichtet worden. Wie das frühere Mitglied des Widerstandsrats, Massud Radschawi, am Wochenende in Paris mitteilte, fanden die Hinrichtungen am Donnerstag zum Jahrestag der Flucht des früheren Präsidenten Bani Sadr aus Iran statt. Den Hingerichteten sei zur Last gelegt worden, mit den Volksmudjahedin sympathisiert zu haben und an der Vorbereitung der Flucht beteiligt gewesen zu sein.

Deng bestätigt Angebot an Taiwan

AP/rtr, Peking

Zum zweitenmal in zwei Wochen hat der chinesische Spitzenpolitiker und Oberbefehlshaber der Streitkräfte, Deng Xiaoping, die Kuomintang-Behörden auf Taiwan zu Kontakten mit Peking aufgefordert. Die amtliche Pekinger Nachrichtenagentur Xinhua bestätigte am Wochenende entsprechende Äußerungen Dengs bei einem Gespräch mit dem amerikanischen China-Spezialisten Winston Young.

Erneut versicherte Deng, daß Taiwan nach einer Wiedervereinigung sein Gesellschaftssystem und eigene Streitkräfte behalten dürfe. Der Insel würde auch eine „unabhängige Rechtssprechung" erhalten bleiben.

Neuer Angriff Irans auf Irak

rtr/AP, Bagdad

Im iranisch-irakischen Krieg haben beide Seiten gestern jeweils Erfolge im Kampfgebiet 160 Kilometer östlich von Bagdad gemeldet. Die irakische Nachrichtenagentur INA berichtete, die irakischen Truppen hätten einen neuerlichen iranischen Angriff im zentrlalen Abschnitt der Front zurückgeschlagen.

Dagegen berichtete der Rundfunk in der iranischen Hauptstadt Teheran, die iranischen Soldaten seien nach ihrem Angriff am Samstag 160 Kilometer östlich von Bagdad weiter auf dem Vormarsch. Irakische Stellungen auf iranischem Gebiet bei Mehran seien angegriffen und ein Grenzposten zurückerobert worden. Insgesamt seien 1200 Iraker getötet oder verletzt worden.

100 Prominente kommen zu Blockade

epd, Sensbachtal

An der von mehreren Gruppen der Friedensbewegung geplanten „Prominenten Blockade" gegen die Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen vom 1. bis 3. September am Raketenstützpunkt Schwäbisch Gmünd/Mutlangen wollen sich etwa 100 Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens beteiligen. Wie die Gruppe „Friedens-Manifest" am Wochenende mitteilte, haben neben Bundestagsabgeordneten der Grünen auch mehrere SPD-Politiker, so Erhard Eppler, Oskar Lafontaine, Bremens Jugendsenator Henning Scherf sowie die Bundestagsabgeordneten Peter Conradi, Hans-Ulrich Klose, Michael Müller, Horst Peter, Ottmar Schreiner und Gerd Weisskirchen ihre Teilnahme zugesagt.

Das Thema Frieden und der nahende Wahlkampf

Von D. GURATZSCH

Wird aus dem „heißen Herbst", den die Friedensbewegung in der Bundesrepublik inszenieren möchte, in Hessen womöglich ein vorgezogener „heißer Altweiber-Sommer"? Noch ist die Stimmung lau im Herzland der Bundesrepublik. Aber wenn nach dem 4. August, an dem der Landtag aufgelöst und der Weg zu vorgezogenen Neuwahlen freigemacht werden soll, der Wahlkampf auflodert, kann es über Nacht hitzig werden um die Themen Nachrüstung, Raketenstationierung, Hubschrauberlandeplätze und Militärdepots.

Der Boden dafür ist in den vergangenen Wochen jedenfalls bereitet worden. Wegen zahlreicher Aktionen kam das Friedensthema aus den Schlagzeilen der Regionalpresse gar nicht mehr heraus. Zugleich wurde auch deutlich, wieviele Gruppen und Grüppchen auf den Beginn größerer Aktionen warten und schon jetzt, sozusagen, unruhig von einem Bein auf das andere treten. Dabei darf man sich von der Terminierung zahlreicher Hauptaktionen auf die Zeit nach der (voraussichtlichen) Hessenwahl nicht täuschen lassen. Allein die Vorbereitung solcher Aktionen heizt die Stimmung an.

Landesbericht Hessen

So wollen die hessischen Friedensinitiativen für den 22. Oktober zur „Volksversammlung" in Bonn mobilisieren. Im „Sprecherkreis" der Organisationsspitze, dem Frankfurter Ostermarschbüro, sitzen unter anderem die SPD-Politiker Heidemarie Wieczorek-Zeul und Heiner Halberstadt, der Ex-Sozialdemokrat und Spitzenkandidat der Demokratischen Sozialisten, Manfred Coppik, „Startbahnpfarrer" Kurt Oeser und der grüne Landtagsabgeordnete, Pfarrer a. D. Reinhard Brückner. Eine Regionalkonferenz der Friedensinitiativen wurde für den Vorabend der Wahl, den 24. September, nach Vellmar bei Kassel einberufen.

Frau Wieczorek-Zeul war auch dabei, als ein tausendköpfiges „Marburger Forum – keine Atomraketen in Europa" Pläne für die Aktionstage im Oktober besprach. Sie selbst, kündigte die SPD-Politikerin an, werde an Blockadeaktionen teilnehmen. Zum Spektrum des Forums gehörten auch Vertreter des DGB und der IG Metall, der Liberalen Demokraten, Grünen und Kommunisten.

Inzwischen haben Friedensinitiativen bereits überall im Lande sogenannte „Trainingseinheiten" für gewaltfreie, direkte Aktionen im Herbst geschaffen, bei denen auch die Jusos fleißig mittun.

Die Städte Alsfeld und Groß-Gerau erklärten sich zu „atomwaffenfreien Zonen". Noch einen Schritt weiter gingen die Grünen und die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratikher Juristen im SPD-Bezirk Hessen-Süd. Anknüpfend an die Traditionen der hessischen Startbahnbewegung verlangten sie eine Volksbefragung zur Verteidigungspolitik.

Den Boden dafür haben die Grünen in wochenlanger Landtagsarbeit bereitet. Im Zuge ihrer Strategie, einen „dezentralen Wahlkampf" zu führen, haben sie serienweise Anfragen und Anträge zu „militärischen Baumaßnahmen der US-Streitkräfte" an den verschiedensten Orten eingebracht. Sie sehen Planungen für „14 Nato-Lager zwischen Hanau und Fulda", einen „Ring von Sprengkammern um den gesamten Vogelsberg", militärische Computerzentralen und Verkabelungen im Raum Schotten und Gedern sowie Nervengaslager bei Hanau und Viernheim (Bergstraße). Auch neue Autobahnen und Bundesbahnstraßen stünden im Dienst der Militärstrategie. Für ganz Osthessen wird der Holocaust prophezeit: „Gleichzeitiger Einsatz von atomaren, biologischen/bakteriologischen und chemischen Waffen."

Die entstandene Unruhe und das Wieseln zahlloser Bürgerinitiativen vor Ort haben mittlerweile auch die „etablierten Parteien" angesteckt. Ein geplantes Lager der Amerikaner für Nahrung, Kleidung und Fahrzeuge im Flörsheim (Main-Taunus-Kreis) alarmierte SPD- und CDU-Stadtverordnete gleichermaßen, und auch gegen ein Nato-Versorgungslager auf dem Herzberg bei Wächtersbach äußerten die SPD-Kreistagsfraktion und der CDU-Landrat Hans Rüger gemeinschaftlich größte Bedenken.

Noch prominenteren Rückhalt fand eine Bürgerinitiative gegen die Stationierung von 135 Kampfhubschraubern und 26 Armeeflugzeugen auf dem amerikanischen Militärflugplatz Wiesbaden-Erbenheim. CDU-Oberbürgermeister Jentsch kündigte an, beim Bundesverteidigungsminister und dem US-Botschafter auf einen „Kompromiß zwischen militärischen und Bürgerinteressen" dringen zu wollen, die diskutierte Größenordnung scheide als „denkbare Möglichkeit" aus. Und Regierungschef Börner (SPD) schrieb dem Bundesverteidigungsminister von „berechtigten Protesten" und von „zu erwartenden Beeinträchtigungen des internationalen Verkehrsflughafens Frankfurt/Main", aus denen ein „erheblicher wirtschaftlicher Schaden für den gesamten Rhein-Main-Raum" erwachsen könne.

Nur wenig später gelang es Bürgern von Gersfeld/Rhön, auch Börners langjährigen Konkurrenten um die Macht in Wiesbaden und CDU-Fraktionsvorsitzenden im Bundestag, Alfred Dregger, für ein militärpolitisches Statement zu gewinnen. Angesichts von Besorgnissen, die Amerikaner könnten im hessischen Wildflecken eine „Schießbahn 10" ausbauen, deren Granatendonner bis Fulda zu hören sein würde, riet Dregger zu Verhandlungen, in denen nächtliche und feiertägliche Schießverbote auszuhandeln seien sowie auf die Einhaltung von Lärmgrenzwerten gedrungen werden sollte.

In einem anderen Fall wandte sich Börner an den Bundesfinanzminister. Sollte der Eisenberg bei Schlitz tatsächlich als amerikanischer Truppenübungsplatz ausersehen sein, werde Hessen mit einem Raumordnungsverfahren kontern. In einem dritten Brief an Bundeskanzler Kohl forderte Börner dazu auf, daß die Bundesregierung ihre „bisherige Informationspolitik auf dem Gebiet der Landesverteidigung überdenkt". In einem vierten Vorstoß wandte sich Börner soeben erneut an Kohl und forderte, gedrängt vom SPD-Bezirk Hessen-Süd, Aufschluß über die angebliche Lagerung amerikanischer Atomminen in Hessen. Diese Art von Rüstung, meinte Börner, wäre „keine Verteidigung, sondern kollektiver Selbstmord".

Und doch bleibt fraglich, ob das Wetterleuchten des „heißen Herbstes" in Hessen schon im Sommer zündet. Wissenschaftler der Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung sind jedenfalls in einer sozial-psychologischen Studie soeben zu dem Ergebnis gekommen, daß sich viele Menschen davor scheuten, „über politische und militärische Risiken nachzudenken". Die Spaltung zwischen Ost und West empfänden sie nicht als Bedrohung, sondern geradezu als Sicherheit. Das trifft sich mit Beobachtungen bei den letzten „Aktionstagen" in Hessen. Trotz Aufrufen mehrerer Initiativen zu „landesweiten Großdemonstrationen" wurden an den beiden Schauplätzen in Gießen nur 300, in Wiesbaden-Erbenheim gar nur 170 Demonstranten gezählt.

„DDR"-Probleme mit der Autobahn

Im Raum Schwerin werden Umweltschützer aktiv / Sorge um Landschaftsschutzgebiete

HANS R. KARUTZ, Berlin

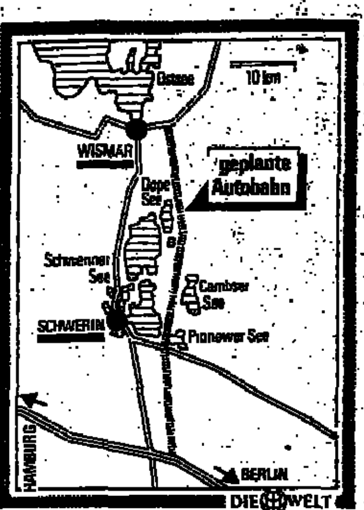
Die „DDR" sieht sich durch das erwachende und wachsende Umweltschutz-Bewußtsein der Mitteldeutschen jetzt zum erstenmal Protesten gegen einen Autobahn-Neubau gegenüber. Umweltschützer aus dem kirchlichen Raum, die sich vor allem in Schwerin gefunden haben, wollen zumindest eine andere Trassenführung der geplanten neuen Nordtrasse zwischen der Hamburg-Autobahn und Wismar erreichen. Die geplante 58,5 Kilometer lange Trasse beeinträchtigt Landschafts- und Naturschutzgebiete. In dem unberührten Gebiet rund um den Schweriner und Pinnower See sollen 40 Brücken, sechs Rastplätze und drei Anschlußstellen entstehen.

Die Proteste vor allem junger Christen, die sich gegen die Naturzerstörung oder schon gegen die erhebliche Beeinträchtigung des bisher intakten Landschaftsbildes wenden, wurden erstmals während des Rostocker Kirchentages an die Öffentlichkeit gebracht: Bei einem „Ökumenischen Forum" in der Rostocker Universitätskirche Anfang Juni ging Mecklenburgs Landesbischof Heinrich Rathke auf eine entsprechende Frage ein. Er berichtete von einer Informationsveranstaltung in kirchlichen Räumen, bei der die Teilnehmer vor dem Eingang „kontrolliert" worden seien und es protestierende Radfahrergruppen entlang der geplanten Trasse gegeben habe.

Tatsächlich war den jungen Schwerinern, die überwiegend im kirchlichen Rahmen aktiv sind, eine derartige Protestfahrt jedoch quasi vereitelt worden. Am 4. und 5. Juni – dieser Tag wird auch in der „DDR" als „Internationaler Tag der Umwelt" begangen – stellten die mißtrauischen Behörden entlang den Fahrwegen Schilder mit der Aufschrift „Am 4. und 5. Juni Verbot für Radfahrer" auf.

Die Proteste der Mecklenburger Grünschützer wenden sich gegen ein Projekt, das die „DDR" schon seit längerem im Auge hat. Da außer der Autobahn Berlin–Rostock keine belastungsfähige Verbindung zu den Ostseehäfen besteht, Schwerin mit seinen Industriezentren und Wismar als Hafenstadt jedoch von erheblicher Bedeutung sind, sollte eine weitere Nord-Süd-Strecke angelegt werden.

Um die Kosten so gering wie möglich zu halten, warteten die Autobahn-Konstrukteure drüben offenbar erst die Fertigstellung der neuen Hamburg–Berlin-Linie ab:



Das neue geplante „DDR"-Autobahnstück durchschneidet oder berührt zumindest die Landschaftsschutzgebiete zwischen dem Schweriner, Döpe- und Pinnower See.

Sie wurde mit 1,2 Milliarden D-Mark aus der Bundeskasse bezahlt und ermöglicht nun, die vorgesehene Trasse erheblich zu verkürzen und damit enorme Mittel zu sparen. Aus „DDR"-Finanzquellen müssen nur noch 60 Kilometer bezahlt und die für 100 Millionen D-Mark aus der Bundesrepublik für die Hamburg-Autobahn gekauften Spezialmaschinen und Fahrzeuge können bei diesem jüngsten Projekt des „DDR"-Autobahnbaus ebenfalls eingesetzt werden.

Bereits im vergangenen April begannen die ersten Erdarbeiten für das Projekt. Transitreisende können auf der Autobahn nach Hamburg an der Anschlußstelle Neustadt-Glewe schon die Erdbewegungen für den Bau einer neuen Anschlußstelle erkennen.

Die mitteldeutschen Planer haben auch längst den Termin für die Zeremonie festgelegt, an dem das berühmte weiße Band quer über der Fahrbahn durchschnitten werden soll – am 30. Juni 1986.

Die Magdeburger SED-Zeitung „Volksstimme" schilderte den Verlauf der Trasse, die in eine der schönsten mecklenburgischen Landschaften greift und bisher für das Auto kaum erschlossene Gebiete den Blechlawinen der „DDR"-Sommerurlauber aus den südlichen Industriebezirken preisgibt.

Die Trasse soll danach von der Hamburg-Berlin-Autobahn abzweigen, sich zwischen dem Schweriner See (er ist insgesamt als Landschaftsschutzgebiet ausgewiesen) und dem ebenfalls geschützten Pinnower See hindurchzwängen, im Norden das Naturschutzgebiet Döpe umgehen und schließlich östlich von Wismar an die alte Fernstraße 105 nach Rostock anschließen. Im gesamten fraglichen Bereich befindet sich eine Reihe Naturschutzgebieten, die entweder „angeschnitten" oder zumindest unmittelbar in ihrer Ruhe und in ihrem Erholungswert merklich gestört werden.

Noch kürzlich empfahl die Ostberliner Zeitschrift „Der deutsche Straßenverkehr" dagegen, vom Auto aufs Fahrrad umzusteigen, weil das Kraftfahrzeug seine Vorteile zumindest im Stadtverkehr und auf kurzen Strecken „verspielt" habe. Zugleich rügte das Blatt die „DDR"-Mentalität, das Auto als „höchste Stufe der Fortbewegung" zu betrachten.

Dasselbe Fachorgan hatte in seiner Nr. 5/1983 die jüngste „DDR"-Autobahnstatistik veröffentlicht. Sie enthielt den Hinweis, daß zur Zeit auf „DDR"-Gebiet 1815 Kilometer in Betrieb und seit 1945 400 Kilometer neu angelegt worden seien. Wörtlich hieß es dann: „Auf Grund der steigenden Motorisierung in der DDR, der zentralen Lage der DDR im Herzen Europas und dem damit verbundenen starken Transitverkehr und der besonderen Belastung einiger Autobahnstrecken der DDR durch den Transitverkehr zwischen der BRD und Westberlin ist das Autobahnnetz unseres Landes einem hohen Verschleiß unterworfen." Deshalb seien seit 1953 rund 500 Kilometer Richtungsfahrbahnen „grundlegend rekonstruiert" worden.

Verschwiegen werden die erheblichen Zuschüsse, die Bonn dafür an Ost-Berlin gezahlt hat – rund 1,8 Milliarden D-Mark seit 1973:

- 1,2 Milliarden Mark für die Autobahn Berlin–Hamburg,
- 214 Millionen DM für die Grunderneuerung der Helmstedt-Route,
- 45 Millionen D-Mark für den sechsspurigen Ausbau des südlichen Berliner Rings,
- 268 Millionen DM für den Bau einer neuen Brücke bei Wartha und einige Neubau-Kilometer zwischen Eisenach und der Grenze.

Überdies kassiert Ost-Berlin weiterhin eine erkleckliche Straßenbenutzungsgebühr von jeweils 10 bis 40 DM pro Transit-Auto – versteckt in der Transit-Jahrespauschale von 525 Millionen DM – fixiert bis 1989.

Demonstration einer Zerrissenheit

W. ALLGAIER, Vancouver

Es war die Woche der Frauen bei der 6. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) in Vancouver. Sie haben hier überraschend ihre Begabung fürs Apokalyptische entdeckt und sogleich weidlich ausgespielt.

So traktierte die australische Kinderärztin Helen Caldicott die Versammlung mit einem Hagel von Katastrophenzahlen für den Fall einer nuklearen Auseinandersetzung. Sollten Pershing-2-Raketen und Cruise Missiles in Europa stationiert werden, sei ein endgültiges Scheitern der Rüstungskontrollverhandlungen abzusehen, wollte sie wissen. Es handele sich dabei um Erstschlagwaffen, die keine Kontrolle mehr zuließen.

Die tschechische Theologin Ebertova wieder sah die Freiheitsrechte in ihrem eigenen Land ungefährdet, wogegen in der Bundesrepublik doch Hunderttausende gegen die Militärpolitik ihrer Regierung demonstrierten, ohne daß sich konkret etwas ändere. Was das für eine Freiheit sei, wollte sie wissen, ohne zu erröten.

Mord und Totschlag kündigte auch die deutsche Theologin Dorothee Sölle für den Fall an, daß es wegen der Aufstellung der Mittelstreckenwaffen in der Bundesrepublik zu einem heißen Herbst kommen sollte. In ihrem Referat über die „Fülle des Lebens" hatte sie zuvor bereits mit der bundesrepublikanischen Wirklichkeit abgerechnet: „Wir haben ein System gewählt, das auf Geld und Gewalt aufbaut." Wer aber das Geld zu *seinem Gott gemacht* habe, *suche* die Sicherheit zur Staatsideologie zu machen und Aufrüstung zur politischen Priorität. Überhaupt sei die Bundesrepublik eine „blutige, nach Gas stinkende Geschichte". Der Vortrag von Frau Sölle wurde weithin als Tiefschlag und als Schädigung des Ansehens der Bundesrepublik empfunden. Aber der friedvolle ÖRK hatte trotz Protesten aus der EKD darauf bestanden, gerade diese für ihr Christentum eigener Art bekannte Dame als einzige für den deutschen Protestantismus einzuladen.

Immerhin gelang ihr eine Scheidung der Geister auch innerhalb der EKD-Delegation: Während der Delegationsleiter, Bischof Lohse, meinte, Frau Sölle könne nicht als repräsentativ für den deutschen Protestantismus gelten, fanden andere Mitglieder, daß sie nicht konkret genug gesprochen habe. So präsentierte sich der deutsche Protestantismus wieder ... mal in seiner ganzen Zerrissenheit. Die deutsche Delegation hat nun selbst zu entscheiden, ob sie die geistige Führung weiter einer Seiteneinsteigerin überlassen will.

Dazwischen eine Männerstimme: Der Unctad-Funktionär Jan Pronk empfahl eine neue Weltwirtschaftsordnung, das beliebte Mittelding zwischen Kapitalismus und Kommunismus, mit den Kirchen als Vermittler. Die begeistert klatschenden Delegierten kümmerten sich weder darum, daß in solchen Dingen ganz besonders viele Teufel im Detail stecken, noch darum, daß die politische Autorität der Kirchen maßlos überschätzt wird. Übrigens: Was täte eigentlich der ÖRK ohne Kapitalismus? Drei Viertel seiner Finanzen stammen aus „kapitalistischen" Ländern – ein sattes Drittel allein aus der gasstinkenden Bundesrepublik.

Praktisch ein Sieg für Schönhuber

Die Frist für Zustimmung zum Vergleichsvorschlag läuft am 9. September ab

PETER SCHMALZ, München

Die fristlose Kündigung des in Bayern beliebten Fernsehmoderators Franz Schönhuber, 60, wird für den Bayerischen Rundfunk eine der teuersten Personalentscheidungen, nachdem der Sender auch in zweiter Instanz vor dem Landesarbeitsgericht in München keine Chance hat, die Kündigung juristisch bestätigt zu bekommen. Der von Richter Peter Mayer formulierte Vergleichsvorschlag entspricht weitgehend einem Sieg Schönhubers über den Funk.

Danach soll der Sender eine Abfindung von 180 000 Mark und neun Monate Gehalt bis zum 30. Juni 1983 (94 590 Mark) zahlen. Daneben soll Schönhuber eine Altersversorgung erhalten, als wäre er bis zum Ende des 63. Lebensjahres in der Position eines Hauptabteilungsleiters beschäftigt gewesen. Beide Seiten müssen bis zum 9. September entscheiden, ob sie den Vergleich akzeptieren, sie signalisierten aber bereits nach der mehrstündigen Verhandlung grundsätzliche Zustimmung.

Den Vergleich in erster Instanz hatte der Bayerische Rundfunk als „finanziell überdimensioniert" abgelehnt. Damals war ein Jahresgehalt von 135 600 Mark als Abfindung vorgeschlagen, deren Steuern jedoch vom Sender zu bezahlen gewesen wären. Bei dem neuen Vorschlag trägt Schönhuber die Steuerpflicht.

Zahlreiche Bemerkungen des Richters deuteten bereits während der Verhandlung eine erneute Niederlage des Funks an, der durch den stellvertretenden Intendanten Albert Scharf vertreten war. Der Vorsitzende sprach von einem „Schlamassel" und machte dem Sender den Vorwurf, er habe sich Schönhuber gegenüber bis zur Kündigung nicht klar ausgedrückt: „Ein bißchen habe ich den Eindruck, daß der Rundfunk selbst lange nicht gewußt hat, wie er reagieren soll."

Zu der Auseinandersetzung mit dem „Jetzt red' i"-Moderator Schönhuber war es durch dessen Buch „Ich war dabei" gekommen, in dem er sich zur Mitgliedschaft in der Waffen-SS bekannt hatte. Schönhuber, der seit Monaten kein Gehalt mehr bezieht, konnte sich dennoch auf das finanzielle Abenteuer eines langen Gerichtsstreits mit dem Sender einlassen, nachdem das Buch ein Bestseller würde, dessen Tantiemen ihm zur Existenzsicherung mehr als ausreichen: Das Buch hat eine Auflage von über 100 000 Exemplaren erreicht, ein Nachfolgeband unter dem Titel „Freunde in der Not", in dem er unter anderem auch über seine intimen Kenntnisse aus der Führungsetage der CSU berichtet, erreichte bereits die dritte Auflage.

Der Journalist, der seit einigen Monaten regelmäßige Kolumnen für die Zeitung der Sudetendeutschen schreibt, hegt auch politische Pläne und hat in der vergangenen Woche erste Kontakte mit dem aus der CSU ausgetretenen Bundestagsabgeordneten Franz Handlos aufgenommen. Über die Gründung einer neuen politischen Gruppierung soll nach Worten von Handlos jedoch erst nach den bayerischen Kommunalwahlen im März 1984 entschieden werden.

Über seine wahren Zukunftspläne schwieg sich Schönhuber im Gericht aus. Als der Richter ihn nach der Verhandlung in Anspielung auf seine erfolgreiche bayerische Bildschirmvergangenheit scherzhaft fragte „Na, Herr Schönhuber, wo tauchen Sie denn jetzt wieder auf?", gab der Angesprochene nur knapp zurück: „Bestimmt nicht bei der ARD."

Andropow ernennt Politkommissare für Polizei

AFP, Moskau

Der sowjetische Staats- und Parteichef Jurij Andropow hat beschlossen, die sowjetische Polizei stärker an die Kandare zu nehmen. Nach Jahren der Schluderei und des Sichgehenlassens sind die Sicherheitskräfte nach Ansicht von Beobachtern heute von einer Korruption unterhöhlt, deren Ausmaß auch im Dezember bei der Absetzung von Innenminister Nikolai Schtschelokow deutlich wurde. Der Minister war das Zentrum eines weitverzweigten Systems von Bestechung und „Zuwendungen" auf allen Ebenen der Polizei. Sein Vermögen hatte astronomische Höhen erreicht.

Daß bei den Ordnungskräften ein neuer Wind wehen soll, zeigte eine jezt gefällte Entscheidung des Politbüros. Die Parteiführung teilte mit, daß innerhalb des vom ehemaligen KGB-Chef Witali Fedortschuk geleiteten Innenministeriums „politische Organe" gegründet werden sollen. Aufgabe der „Organe" wird es sein, die „politische, ideologische, erzieherische und kulturelle Aktivität" im Innenministerium zu leiten und das „Verantwortungsbewußtsein" in der Polizei zu fördern, berichtete die amtliche Nachrichtenagentur Tass. In der Praxis dürfte diese Maßnahme eine Verstärkung der Parteikontrolle über das Innenministerium bedeuten, und zwar durch die Entsendung von „Politkommissaren", so wie dies auch gegenüber der Armee üblich ist.

Nach Aussagen hoher Parteifunktionäre geht es in erster Linie darum, die Polizei zu „säubern". Der abgesetzte Innenminister und Armee-General Schtschelokow (73) steht in Erwartung seines Prozesses unter Hausarrest.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Hoppe: Geißler wird Risiko für Konsolidierung

DW. Bonn

Der stellvertretende FDP-Fraktionsvorsitzende und haushaltspolitische Experte Hans-Günter Hoppe sieht in der Koalition, aber auch innerhalb der CDU Schwierigkeiten bei der Umsetzung der künftigen Familien- und Sozialpolitik. In einem WELT-Interview übte er insbesondere an Familienminister Heiner Geißler Kritik.

WELT: Herr Hoppe, eines der beherrschenden Themen ist zur Zeit die Reisetätigkeit von CSU-Chef Franz Josef Strauß. Sind wir damit tatsächlich im Zentrum der Politik?

Hoppe: Im ost- und deutschlandpolitischen Umfeld ist Franz Josef Strauß zum Sommerlochfüller par excellence geworden. Die Wende der Deutschlandpolitik auf bayerisch ist eher pikant als amüsant. Aber sicher ist es für die deutschdeutschen Beziehungen nicht abträglich, daß Strauß sich vom Querulanten zum Informanten gemausert hat. Alle wissen jetzt, daß Deutschlandpolitik so abläuft, wie sie in der Regierungserklärung formuliert wurde. Damit sollte es gelingen, zu praktischen Verbesserungen für die Menschen zu kommen. Noch macht die Menschen in der DDR aber das Milliardending eher ratlos. Diese brennenden Probleme dürfen nicht den Blick auf das zentrale Thema unserer Innenpolitik verstellen. Denn nach wie vor ist die Sanierung der Staatsfinanzen Grundvoraussetzung für jede erfolgversprechende Politik.

WELT: Hier hat die Regierung mit dem Haushaltsentwurf 1984 und den Begleitgesetzen doch das Ihre getan. Haben Sie trotzdem Anlaß zu Kritik?

Hoppe: Keine Kritik. Die Koalitionsentscheidungen auf dem Feld der Haushalts- und Finanzpolitik können sich durchaus sehen lassen. Aber die Bewährungsprobe steht uns mit den Haushaltsberatungen noch bevor. Im übrigen bedeuten 37 Milliarden Mark Neuverschuldung ja noch keine Konsolidierung, sondern signalisieren vielmehr die Langfristigkeit der Aufgabe. Und auch der vielbeschworene Subventionsabbau ist bislang konturenlos geblieben.

WELT: *Die SPD hat bereits Widerstand angekündigt. Sie wirft der Regierung vor, sie würde sich vom Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes in bedenklicher Weise entfernen.*

Hoppe: Daß die Sozialdemokraten zu fördernden Mitgliedern der Konsolidierungspolitik werden könnten, war nicht zu erwarten. Oppositionelle Rhetorik kann aber ökonomischen Sachverstand nicht aus der Welt bringen. Es bleibt richtig, was Helmut Schmidt im Juni 1982 gesagt hat: Die Sozialausgaben sind aus drei Quellen gespeist worden – höhere Abgaben der Arbeitnehmer, Senkung des Investitionsanteils der öffentlichen Ausgaben und höhere Verschuldung. Da höhere Abgabenlast und höhere Verschuldung nicht zu verantworten sind, können arbeitsplatzsichernde Maßnahmen nur durch die Verstärkung der Investitionsmittel und nur durch einen weiteren Eingriff in die Sozialausgaben erreicht werden.

WELT: Auf dem Feld der Sozial- und Familienpolitik gibt es doch aber auch Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Koalition?

Hoppe: Ich sehe in der Tat Schwierigkeiten. Es gibt unterschiedliche Auffassungen in der Koalition und sogar *innerhalb der CDU. Aber gerade* bei der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik muß der Wählerauftrag erfüllt werden, weil der Regierungswechsel schließlich durch die Misere auf diesen Gebieten zustande gekommen war.

INTERVIEW

WELT: Wo liegen die Konfliktfelder?

Hoppe: Sozialhilfe und Familienlastenausgleich sind hier die Stichworte. Die Alternative bei der Sozialhilfe lautet: 1,5 Prozent Steigerung, wie sie Finanzminister Stoltenberg will, oder die jetzt beschlossene Anpassung an den Preisindex, die auf Familienminister Geißler zurückgeht. Diese Lösung ist aber nicht unproblematisch, weil daraus leicht ein Spannungsverhältnis in der Bevölkerung entstehen könnte. Der arbeitende Teil, der durch seine Steuern die Sozialhilfe finanzieren muß, wird kaum Verständnis dafür aufbringen. Und auch Arbeitslosen und Rentnern muß es angesichts der ihnen zugemuteten Kürzungen widerspruchsvoll erscheinen. Die anstehenden Beratungen sollten zu einer sinnvollen Lösung genutzt werden.

WELT: Zum Familienlastenausgleich: Bayern hat einen Vorstoß zum Mutterschaftsgeld gemacht.

Hoppe: Es ist schon schwer begreiflich, am Beginn einer mühsamen Konsolidierungsphase die Kürzung beim Mutterschaftsgeld für Berufstätige *von vier auf drei* Monate mit der Garantieerklärung zu erkaufen, ab 1987 würde diese Leistung allen Müttern gewährt. Da wäre dann der bayerische Vorschlag – entweder nur Mutterschaftsgeld oder nur Kindergeld und dann klotzen und nicht klekkern – sogar noch ein Hoffnungsschimmer, wenn die daraus mögliche *Ersparnis in Milliardenhöhe* auch realisiert würde. Aber so werden die Signale nicht auf Einsammeln, sondern auf Umverteilung gestellt. Ein solches Verhalten gefährdet die Konsolidierung. Wenn Herr Geißler in der künftigen Familienpolitik finanzielle Beglükkung in Aussicht stellt, wird damit nicht nur die notwendige Bereitschaft zu Sparsamkeit und Verzicht beim Bürger untergraben. Auch die Versicherung, daß die durch den Geburtenrückgang entstehenden Einsparungen ab 1986 für den Familienlastenausgleich zur Verfügung stünden, steht im Widerspruch zur mittelfristigen Finanzplanun Damit wird der Familienminister zum Konsolidierungsrisiko der Koalition.

WELT: Also Konsolidierung total?

Hoppe: Nicht total, aber konsequent. Ohne Schonkost für bestimmte Ressorts. Der aus unserer Schuldenlast resultierende Zinsdruck verbietet faule Kompromisse. Wer die Fähigkeit zum Gestalten der Haushaltspolitik zurückgewinnen will, muß diese Last abtragen.

WELT: An welche Aufgaben staatlicher Finanzpolitik denken Sie?

Hoppe: *Wir dürfen nicht nur von* der Arbeitslosigkeit als Krankheit der Gesellschaft reden, sondern auch etwas dagegen tun. Wenn die Wirtschaft mit einem Kraftakt es jetzt schaffen sollte, die notwendigen Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen, dann muß der Staat in den nächsten Jahren der Jugend beim Einstieg in das Berufsleben Hilfestellung leisten.

WELT: Also staatliche Beschäftigungsprogramme wie von der SPD gefordert?

Hoppe: Eindeutig nein. Teures Lehrgeld sollten wir immer nur einmal bezahlen. Unsere Krux ist es doch gerade, daß wir von früheren richtigen Konjunkturprogrammen auch dann nicht mehr losgekommen sind, als sich die Rahmenbedingungen völlig verändert hatten und aus dem Konjunkturproblem längst ein strukturelles Anpassungsproblem geworden war. Vom Deficit spending war nur die Gewöhnung an das Defizit übriggeblieben. Aber es bleibt als staatliche Aufgabe, Voraussetzungen für den Einstieg des jungen Menschen ins Berufsleben zu schaffen. Gezielte Überbrückungsmaßnahmen sind unverzichtbar. Eine Entwicklung, die zu einer nachhaltigen Entwöhnung von Arbeit führt, dürfen wir nicht zulassen. An einer Jugend mit null Bock auf Arbeit nimmt die Gesellschaft Schaden.

Sri Lanka gibt „fremdem Staat" die Schuld

Angebliche Verschwörung aufgedeckt / Jayewardene verbietet drei Linksparteien / Indien schickt Hilfe

P. DIENEMANN/DW. **Colombo**

Nach den schweren Ausschreitungen zwischen Singhalesen und Tamilen auf Sri Lanka hat Präsident Jayewardene am Wochenende drei Linksparteien verboten. Nur eine, die prosowjetische KP, ist mit einem Sitz im Parlament vertreten. Die größte Oppositionspartei, die Vereinigte Tamilen-Befreiungsfront (TULF), soll außerdem per Gesetz verboten werden.

Jayewardene und Ministerpräsident Premadasa machten für die Unruhen „politische Elemente" verantwortlich, die die Regierung destabilisieren wollten. Der einflußreiche Informationsminister Anandatissa de Alwis sagte außerdem, „ein fremder Staat" versuche, die internen Unruhen zum Sturz der Regierung auszunutzen. Er habe Beweise für die Verschwörung. Namen nannte er jedoch nicht.

In der Hauptstadt Colombo herrschte gestern eine trügerische Ruhe. Die Ausgangssperre wurde auf das ganze Land ausgedehnt und bis zunächst Montag morgen verlängert. Die Pressezensur verhindert eine genaue Beschreibung der Lage.

Colombos Prachtstraße, die Galle Face, lag gestern wie ausgestorben. Wo sonst Touristen entlang der Nobel-Hotels flanieren und Autoströme in Nord-Süd-Richtung fließen, passiert hin und wieder ein Armeelastwagen, vollbesetzt mit Truppen in Kampfausrüstung. Die Geschäfte sind geschlossen. Die patrouillierenden Soldaten und Polizisten haben Anweisung, auf Plünderer sofort zu schießen.

Aus den Städten Colombo, Trincomalee an der Ostküste und Kandy, im zentralen Teil der Insel gelegen, fliehen tamilische Familien zu Tausenden. Sie retten sich, teilweise nur notdürftig bekleidet und Hab und Gut in ihren brennenden Häusern zurücklassend, in eilig von der Regierung eingerichtete Flüchtlingslager in den Außenbezirken Colombos. Zwischen 30 000 und 40 000 Menschen leben inzwischen in diesen Lagern, die, mit Wachtturm und Stacheldrahtverhau, aber Kriegsgefangenen-Camps ähneln. Aber auch hier fühlen sich die Menschen nicht viel sicherer als die Tausende, die versteckt noch in der Stadt leben.

Die Spannung in den Lagern ist gewachsen. Nahrungsmittel werden knapp. In Colombo sind die Preise dafür um das Vierfache gestiegen. Gegen singhalesische Plünderer, die, mit Stöcken bewaffnet, indische Geschäfte verwüsteten, gehen die Ordnungstruppen mittlerweile scharf vor. Auf sie und auf Zivilisten, welche die Ausgangssperre durchbrechen, wird ohne Anruf scharf geschossen.

Über Rundfunk wird die Bevölkerung immer wieder zur Ruhe aufgerufen. Doch Berichte über Kämpfe in anderen Teilen der Insel werden über die Medien nicht verbreitet. Immer noch gibt die Regierung die Zahl der Toten mit 200 an, nach Aussagen von Indern, die inzwischen das Land verlassen konnten, gibt es bedeutend mehr Todesopfer. Tamilen werden brutal von Singhalesen niedergemacht, wie etwa die 16 Jugendlichen, die in der Nähe von Colombo zuerst zusammengeschlagen und dann bei lebendigem Leib auf Eisenbahnschienen mit Benzin übergossen und verbrannt wurden.

Inzwischen ist auch der organisierte Exodus von Tamilen aus der Gegend um Colombo angelaufen. Seit Freitag verläßt täglich ein Schiff mit Tamilen den Hafen der Hauptstadt Richtung Jaffna, wo diese Bevölkerungsgruppe Sri Lankas in der Mehrheit ist und Ruhe herrscht.

Die dort lebenden Tamilen, in zwei Kampfgruppen, der Befreiungsfront (TULF) und der „Tamil Tiger", zusammengeschlossen, kämpfen für Gleichberechtigung gegenüber der singhalesischen Mehrheit auf der Insel, für Autonomie und letztlich einen eigenen Staat. Rund 15 Millionen Einwohner zählt Sri Lanka, 1,8 Millionen von ihnen sind aus dem indischen Bundesstaat Tamil Nadu Eingewanderte, die inzwischen die ceylonesische Staatsbürgerschaft erworben haben. Weitere 825 000 kamen erst in den letzten 20 Jahren ins Land, um auf den Teeplantagen zu arbeiten.

Rund eine halbe Million dieser „Nachkömmlinge" gelten als staatenlos, da sie weder Papiere besitzen, die ihre indische Abstammung beweisen können, noch von den Ceylonesen als deren Staatsbürger angesehen werden. Verschiedene Abkommen zwischen Indien und Sri Lanka sollten das Tamilen-Problem regeln. Doch betreibt Colombo die Einbürgerung eines Teiles der Tamilen nur schleppend, nachdem die Regierung des indischen Bundesstaates Tamil Nadu sich weigert, mehr als 150 000 auf der Insel lebende Tamilen zu repatriieren, da sie die Arbeits- und Ernährungslage dort verschlechtern würden.

Der indische Außenminister Narasimha Rao kehrte von einem Blitzbesuch in Colombo nach Neu-Delhi zurück. Nach seiner Darstellung ist die Lage in der Inselrepublik noch nicht unter Kontrolle; Indien sei besorgt, betrachte aber die Vorgänge in erster Linie als eine innere Angelegenheit. Ein Regierungssprecher kündigte an, Indien werde Sri Lanka Hilfsgüter senden und ein Schiff zur Verfügung stellen, um verfolgte und obdachlos gewordene Tamilen aus dem Süden Sri Lankas nach Jaffna zu bringen.

Korruption in Mexiko oder Der Sturz des Diaz Serrano

Veruntreute der Senator und Geschäftsmann Millionen?

W. THOMAS, **Mexiko-Stadt**

Vor der Villa im vornehmen Stadtteil Lomas von Mexiko-Stadt stehen zehn Sicherheits-Beamte. Wenn der Hausherr, Senator Jorge Diaz Serrano, seinen Wagen in Bewegung setzt, folgen ihm acht Autos und zwei Motorradfahrer, und über der Fahrzeugkolonne rattert ein Hubschrauber.

Diaz Serrano ist in diesen Tagen der meistbewachte Mexikaner. Die Staatsanwaltschaft hat diese außergewöhnlichen Observierungsmaßnahmen angeordnet, weil sie eine Flucht des Volksvertreters befürchtet. Diaz Serrano soll sich im Zusammenhang mit einem spektakulären Betrugsfall vor Gericht verantworten. Es geht um mindestens 34 Millionen Dollar.

In der ereignisreichen Geschichte dieses Landes war selten ein Mann so tief gestürzt. Vor 25 Monaten stand Diaz Serrano noch ganz oben. Er führte den gigantischen staatlichen Ölkonzern Pemex, der vier Jahre lang aus dem vollen schöpfen konnte. Er galt als einer der aussichtsreichsten Präsidentschaftskandidaten, und er zählte zum engsten Freundeskreis des früheren Präsidenten José López Portillo und des amerikanischen Vizepräsidenten George Bush. Im Juni 1981 ließ sich die Frage nach dem mächtigsten Mexikaner neben López Portillo leicht beantworten: Jorge Diaz Serrano.

Stoff für Schlagzeilen

Der Fall Diaz Serrano bewegt die Nation zur Zeit mehr als jedes andere Thema. Er liefert der Presse seit Wochen Schlagzeilen und den Kommentatoren Spekulationsstoff. Er kann das politische System in seinen Grundfesten erschüttern, wenn es tatsächlich zum Prozeß kommt.

Nicht ganz acht Monate nach dem Ende der Amtsperiode López Portillos diskutieren die Leute erregt über die Korruption während der Ära dieses Präsidenten. Sie sind sich einig darüber, daß noch nie so viele staatliche Gelder in dunkle Kanäle geflossen waren, wie in diesen sechs Jahren. Niemand vermag genaue Zahlen zu nennen, aber die Schätzungen gehen in die Milliarden. Gerüchten zufolge ist López Portillo zweifacher Dollar-Milliardär. Da die Nation die schwerste wirtschaftliche Krise dieses Jahrhunderts durchleidet, die alle Bevölkerungskreise trifft, gerät die seit 1929 regierende Partei der Institutionalisierten Revolution (PRI) immer schärfer ins Kreuzfeuer der Kritik. Anfang Juli bezog die PRI eine empfindliche Schlappe bei den Kommunalwahlen in den Staaten Chirhuahua und Durango gegen die Konservative Nationale Aktionspartei (PAN).

Der neue Präsident Miguel de la Madrid hatte die „moralische Erneuerung" zum zentralen Thema seines Wahlkampfes gemacht. Als er Anfang Dezember 1982 die Macht übernahm, begann tatsächlich eine Kampagne gegen die Korruption, die Dutzende früherer Regierungsbeamte erfaßte. Daß jetzt auch ein Mann vom Kaliber Diaz Serrano an die Reihe kam, versetzte das Volk ins Staunen.

Druck linker Kräfte

Politische Beobachter in Mexiko City glauben, daß die Regierung auf Druck linker Kräfte innerhalb und außerhalb der PRI handelte. Diesen Kreisen war der Freund und frühere Geschäftspartner von George Bush schon immer suspekt. Der Präsident braucht in diesen schwierigen Austerity-Zeiten die Kooperation der Linken, um den sozialen Frieden zu wahren.

Diaz Serrano und de la Madrid, einst Rivalen im Kampf um die López-Portillo-Nachfolge, mochten sich noch nie. Der damalige Haushalts- und Planungsminister de la Madrid war bereits im Mai 1981 an der Entmachtung Diaz Serranos beteiligt, als ein Untersuchungsbericht seines Ministeriums über Pemex der Öffentlichkeit lanciert wurde.

Dem Ölkonzern wurden Mißwirtschaft und Unregelmäßigkeiten vorgeworfen, einen Monat später verlor Pemex-Direktor Diaz Serrano seinen Job, angeblich deshalb, weil er eine unpopuläre Ölpreis-Senkung vornahm. Er ging zunächst fünf Monate als Botschafter nach Moskau, um dann für einen Senatoren-Posten des Staates Sonora zu kandidieren. Er wurde gewählt und genoß fortan parlamentarische Immunität.

Nun beschäftigt sich der Kongreß mit Diaz Serrano, der sich beim Kauf von zwei in Belgien gebauten Erdgas-Tankern millionenfach bereichert haben soll. (SAD)

Portugal rügt Mängel seines eigenen Nachrichtendienstes

Erinnerung an Salazars „Pide" verhinderte den Aufbau

ROLF GÖRTZ, **Lissabon**

Der Überfall armenischer Terroristen auf die türkische Botschaft in Lissabon mit sieben Todesopfern, vor allem aber seine ungestörte Vorbereitung, veranlaßte Portugals Staatspräsident General Ramalho Eanes zu einer mutigen Selbstkritik: Der Sicherheitsdienst des Landes funktioniert nicht. Die Portugiesen fragen sich, ob es überhaupt eine nennenswerte Abwehr gebe. Die fünf Mitglieder des Armenier-Kommandos hatten nämlich ihre Hotelzimmer direkt aus Beirut bestellt. Und nirgendwo schrillte eine Alarmglocke!

Eigentlich hätte ein solches Kommando bereits am Flughafen in Empfang genommen werden müssen. Man hätte sich an seine Fersen heften können, um so gleich auch die Infrastruktur aufzurollen, denn es ist nicht anzunehmen, daß sie ihre Waffen bei sich trugen. Das Blutbad hätte verhindert werden können.

Ganz ähnlich versagte der portugiesische Sicherheitsapparat, als sich im Frühjahr der Mörder des palästinensischen Politikers Sartawi in einem Lissaboner Hotel einquartierte. Niemand reagierte auf den unbekannten Araber, obwohl in jenen Tagen die Sozialistische Internationale im „Algarve" mit wichtigen Politikern aus mehreren Nahost-Ländern konferierte; unter ihnen Israels Oppositionsführer Simon Peres.

Ohne einen nachrichtentechnischen Hintergrund mußte die recht publikumswirksame Gegenattacke der portugiesischen GOS-Truppe zur Vernichtung des armenischen Kommandos wie die Turnriege eines Gymnasiums erscheinen, in dem weder Latein noch Griechisch gelehrt wird. Warum diese Spezialtruppe als Ultima ratio einer normalen Abwehr aufgebaut wurde, noch bevor ein für jeden Staat obligatorischer Nachrichtendienst funktionierte, läßt sich historisch leicht begründen: Als am 25. April 1974 die Revolution ausbrach, erschien als einzig sichtbares Angriffsziel die „Pide", die keineswegs mehr geheime Polizei des Salazar-Regimes.

Der Haß gegen diese Politpolizei, in deren Gefängnissen 300 politische Häftlinge saßen, wurde systematisch von der von der sowjetischen Botschaft unterstützten kommunistischen Partei ausgenutzt und geschürt. Mit Hilfe kommunistisch orientierter Offiziere drang als erstes ein *gut* vorbereitetes Kommando der KP in das „Pide"-Archiv ein. Sie stahlen dort sämtliche Unterlagen, die ihnen wichtig erschienen. Nicht *nur*, um mit diesem Material die „Pide" mit ihren Hinter- und V-Männern im In- und Ausland bloßzustellen. Dem Rollkommando ging es vor allem darum, jene Akten in ihren Besitz zu bringen, die später ihre eigenen Leute belastet hätten, oder mit denen sie nichtkommunistische Politiker dann unter Druck setzen könnten.

Die Akten blieben bis heute verschwunden. Sie betreffen natürlich nicht nur Politiker und Militärs in Portugal, sondern auch ehemalige Untergrundkämpfer und heutige Staatsmänner in den ehemals portugiesischen Kolonien in Afrika.

Weil sie selber keinen Hehl daraus machten, weiß man inzwischen um die Ostblockverbindungen wichtiger Offiziere jener Tage: Oberst Melo Antunes, Mitglied des derzeitigen Staatsrates und langjähriger Berater von Staatschef General Eanes, Oberst Goncalves, Chef des 1975 abgelösten roten Militärregimes, Admiral Rosa Coutinho, der letzte Militärgouverneur von Angola, der die Kolonie gegen den Willen der portugiesischen Regierung an die sowjetisch gelenkte Befreiungsbewegung MPLA übergab, und schließlich General Otelo Carvalho, der Fidel Castro versprach, Portugal zum „europäischen Kuba" zu machen.

Das negative Image der „Pide" verhinderte über Jahre hinaus den notwendigen Aufbau eines neuen Nachrichtenapparates. Seine Aufgabe hatten praktisch KGB und CIA, die Geheimdienste der Sowjets und der Amerikaner, übernommen. Sie übermittelten ihre Erkenntnisse ihren jeweiligen Vertrauten, und das gewiß nicht immer nur im Interesse Portugals, sondern auch in dem jeweils eigenen. Eanes' Hinweis darf deshalb nicht als Teil der persönlichen Auseinandersetzung zwischen ihm und der Regierung Soares betrachtet werden. Hier geht es um eine schwierige Aufgabe, nämlich den Aufbau eines wirksamen Nachrichtendienstes – auch im Interesse der NATO-Verbündeten. (SAD)

Auch unter Milton Obote wird weiter gemordet

Von MONIKA GERMANI

Milton Obote, seit seinem umstrittenen Wahlsieg 1980 zum zweitenmal Staatspräsident Ugandas, kämpft einen Zwei-Fronten-Krieg: einmal, um die desolate Wirtschaft seines Landes zu sanieren, und zum anderen gegen die nationale Befreiungsbewegung (NRM), die einen großen Teil Ugandas nördlich der Hauptstadt Kampala kontrolliert.

In seiner gleichzeitigen Eigenschaft als Finanzminister hat Obote in seinem Budget für 1983/84 den wirtschaftlichen Wiederaufstieg an die erste Stelle gesetzt. Er behauptet, den Schwarzmarkt in den letzten zweieinhalb Jahren unter Kontrolle gebracht zu haben und verspricht der Bevölkerung, sie künftig, erstmalig in den letzten 10 Jahren, ausreichend mit Grundnahrungsmitteln versorgen zu können. Mit einem Seitenhieb macht Obote den von ihm 1979 gestürzten Idi Amin für die Misere der letzten zweieinhalb Jahre verantwortlich, warnt aber auch vor zu großen Erwartungen auf eine sofortige Erholung der Wirtschaft.

Wohl auch zu Recht, denn ein Kilo Kochbananen kostet umgerechnet zehn Mark, Löhne und Gehälter sind dagegen extrem niedrig. In Berichten aus Kampala heißt es, ein Beamter könne sich von seinem Monatsgehalt entweder 40 Liter Benzin oder 20 Flaschen Bier kaufen. Damit ist der Korruption im öffentlichen Dienst Tür und Tor weit geöffnet, ein Nebenerwerb lebensnotwendig. Wer ein kleines Stück Land besitzt, baut Obst und Gemüse an, um es dann auf dem Schwarzmarkt zu verkaufen. Damit schließt sich ein Teufelskreis, der in absehbarer Zeit kaum zu durchbrechen sein dürfte; Ugandas landwirtschaftliche Erzeugnisse stellen die wichtigsten Exportgüter dar, um die dringend benötigten Devisen einzubringen: Kaffee, Tee, Tabak und Baumwolle. Die Bauern sollen durch höhere Preise für ihre Erzeugnisse zu erhöhtem Anbau angehalten werden.



UGANDA

Doch die fruchtbarsten und landwirtschaftlich produktivsten Teile des Landes nördlich von Kampala liegen gerade in dem von Rebellen kontrollierten Gebiet. Darum hat Obote seit Februar eine große Offensive gegen die NRM gestartet und drei Viertel seiner rund 18 000 Mann starken Armee gegen sie eingesetzt. Die Armee selbst, von Obotes Volk, den Niloten aus dem Norden des Landes kontrolliert, griff die Guerrillas unter dem Schutz der von Nordkoreanern bemannten Artillerie an.

Sprecher der Widerstandsbewegung behaupten, sie hätten in den letzten Monaten mindestens 700 Obote-Soldaten getötet, während die eigenen Verluste sich nur auf je 20 Tote und Verwundete beschränkt hätten. Der anfänglich gute Kampfgeist der Armee sei durch die Verluste umgeschlagen, die Soldaten verweigerten die Befehle ihrer Vorgesetzten und desertierten – oft, um dann zur Widerstandsbewegung zu stoßen. Obote hat sich an seinen alten Freund, Präsident Julius Nyerere von Tansania, um Hilfe gewandt. Er verbrachte dort viele Jahre im Asyl; Nyerere half ihm auch mit seinen Truppen, Idi Amin zu stürzen und wieder an die Macht zu kommen. Inzwischen verstärken tansanische Soldaten die Reihen der regulären Uganda-Armee.

Ausschreitungen und Morde der Obote-Soldaten an unschuldigen Zivilisten häufen sich: Am 22. Juni allein wurden in dem Dorf Kisamula 20 Dorfbewohner während eines Festes von Soldaten mit Äxten in Stücke gehackt; in Namavundu wurden fünf weitere Zivilisten umgebracht, darunter ein Verwandter von Obotes Sonderbotschafter. Dieser letzte Mord war offensichtlich kalkuliert, um der NRM die Schuld zu geben und Vergeltungsschläge gegen die Zivilbevölkerung in diesem Randgebiet zwischen Rebellen- und Regierungs-Territorium zu rechtfertigen.

Scharen von Bauern, Ärzten und Lehrern flüchten vor den Regierungstruppen zur Widerstandsbewegung. Unter deren Schutz bauen sie eine eigene Infrastruktur auf: Sie betreiben Schulen und haben kleine Buschkrankenhäuser errichtet; die Bauern versorgen die Rebellen mit Lebensmitteln. Oft riskieren Männer und Frauen ihr Leben, indem sie heimlich auf ihre verlassenen Felder zurückkehren, die auf dem von Obote kontrollierten Gebiet liegen, und die Ernte zu den Rebellen schmuggeln.

Die NRM bezichtigt Obote offen des Völkermords an ihrem Volk, den Baganda. Obotes Niloten haben einen Bevölkerungsanteil von drei Millionen Menschen, bei einer Gesamtbevölkerung von 12,5 Millionen. Fast zehn Millionen gehören zur Rasse der Bantu-Neger, davon sind die Baganda die Hälfte. Die Minderheit der Niloten herrscht über das ganze Land, hat die Schlüsselpositionen besetzt. Besucher in Kampala haben den Eindruck, daß sich das Leben dort langsam normalisiert, zumindest von der Oberfläche besehen. In der Gegend zwischen von Regierungstruppen und Rebellen kontrolliertem Gebiet gehen die Kämpfe weiter – Leidtragende ist die Zivilbevölkerung, die vor beiden flüchtet. Das Rote Kreuz in Genf hat 1,5 Millionen Mark beantragt, um 60 000 Ugander in 25 Notlagern für die nächsten drei Monate versorgen zu können. Uganda ist auch in der Nach-Amin-Ära nicht zur Ruhe gekommen. (SAD)

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Zusammenraufen wichtig!

„Wenn Zensuren Kummer machen, ist guter Rat billig"; WELT vom 22. Juli

Ist das so einfach? Die Behörde richtet einen „Zeugnis-Notdienst" ein, Bildungsberater, Psychologen, Sozialarbeiter stehen bereit. Grundsätzlich ist diesen Mitarbeitern zu danken für ihr Engagement und ihre Bereitschaft zu helfen.

Daß meist Eltern anrufen, sollte man ihnen nicht vorwerfen: Bedeutung von Lernen und Bildungsweg, von Versetzung und Schulabschluß übersehen; sie bleiben für das ganze Leben Eltern!

Eine Zwischenüberschrift sagt: „Schulstreß stammt oft aus der Familie." Sollen damit Ursachen genannt und Schuldzuweisungen erteilt werden? Geben die erwähnten Fälle eine ausreichende Beurteilungsgrundlage, zumal mit „oft" sicher nicht „überwiegend" gemeint ist?

Zwar werden zum Schulstreß in wenigen Zeilen Symptome genannt wie Schulunlust, Schulmüdigkeit, Angst vor Klassenarbeiten, Zeugnisnot, Hausaufgaben, Überfrachtung des Lernstoffes: Diese Symptome liegen offenbar im Schulbetrieb begründet.

In drei Absätzen wird breit dargestellt, was den Eltern anzulasten sei; es fehlt nicht der „sozialkritische" Hinweis auf teure Nachhilfestunden und auf Eltern, die keine Zeit, aber Geld haben.

Man mokiert sich über einen Schüler, der mit möglichst wenig Aufwand ein Maximum an Erfolg buchen wolle. Hat er nicht vielleicht weitere musische, sportliche oder technische Interessen, die er gegenüber der Schule nicht vernachlässigen will? Sollen nur besonders Begabte in der Schule mitkommen? Muß man ignorieren, daß manche, die in der Schule „versagt" haben und vorzeitig abgegangen sind, schließlich doch in Wirtschaft, Wissenschaft oder Politik besonders tüchtig waren?

Wenn aus den Erfahrungen des (Bonner) „Zeugnis-Notdienstes" allgemeine Schlüsse gezogen und öffentliche Vorhaltungen gemacht werden sollen, müßte zumindest der zuständige Elternverein Nordrhein-Westfalen, vielleicht auch eine Landes-Elternvertretung, befragt werden: Dort liegen ebenfalls vielfältige Erfahrungen vor!

Schließlich sollten noch andere Ursachen in Betracht gezogen werden:

- unsystematisch aufgebaute Schulbücher, in denen der Schüler hin und her blättern muß nach Vokabeln, Grammatik-Regeln, Übersetzungshilfen, und in denen er nicht gezielt suchen und eindeutig finden kann;
- fehlender kontinuierlicher Aufbau in der Vermittlung des Lernstoffes, Mangel an Koordinierung, z. B. zwischen Deutsch (Grammatik) und Fremdsprachen;
- sprachlich schwer verständliche Schulbücher, mit Fremdworten angereichert: Die Kinder werden verführt, Eingelerntes wiederzugeben, das sie nicht begriffen und verarbeitet haben;
- wachsende Zahl mittelmäßig ausgebildeter Lehrer, für die vielleicht das Unterrichten eher ein Job als eine Lebens-Berufung war und die erst in jahrelanger Arbeit ihre pädagogischen Kenntnisse aufbauen können;
- Resignation vieler Eltern gegenüber ihren Kindern, die aus der Schule eine „Anti"-Haltung mitgebracht haben.

Mit einem nachträglichen „Zensuren-Notdienst" dürften die Probleme nicht zu beseitigen sein. Es wird höchste Zeit, daß sich Eltern und Lehrer überall in beständigen Gesprächen über das ganze Schuljahr „zusammenraufen" und daß beide Teile aufeinander hören. So könnten „viel Unzufriedenheit" – wie die WELT berichtet – vermieden und Spannungen gar nicht erst aufgebaut werden.

Mit freundlichen Grüßen
E. E. Walther,
Deutscher Elternverein e. V.,
Hamburg / Frankfurt am Main

Boom der Butterberge

Sehr geehrte Damen und Herren,
in Ihren Ausgaben vom 16. und 17. Juli wurde auf die Rekordmarke des derzeitigen Butterberges hingewiesen. Die ausgeuferte Milchproduktion kostet demnach in diesem Jahr 40 Milliarden DM. Der CSU-Abgeordnete Aigner fordert deshalb eine neue „Aktion Weihnachtsbutter".

In Kreisen der Milchwirtschaft wird man vielleicht froh sein, auf diese Weise einen Teil der unbequem gewordenen Butterbestände abbauen zu können und sich verbreitet der Hoffnung hingeben, mit dem verbilligten Preis den allgemeinen Verbrauch zugunsten des Butterverzehrs zu beeinflussen. Damit tritt die Molkereibutter in Konkurrenz zur Margarine und müßte, wenn die Rechnung aufgehen soll, den prozentualen Verzehr anderer Fette, vor allem der Margarine, zurückdrängen. Seit Jahren stehen sich hier zwei Fettsäulen gegenüber, die einander durch intensive, man möchte fast sagen, harte Werbung versuchen, sich gegenseitig den Rang abzulaufen. Dabei war die Margarinewerbung bisher im Vorteil. Durch mehr Geld und intensives Hochspielen der gesättigten Fettsäuren und ihre mögliche Bedeutung bei der Entstehung des Herzinfarktes wurde allen Halbgebildeten (und wer gehört nicht dazu?) ein eindrucksvolles Bild von der „Gefährlichkeit" der Butter vermittelt.

Angesichts dieser erfolgreichen Massage des Verbrauchers müssen die Butterwerbung und die praktischen Ergebnisse der Verkaufserfolge als unzureichend und zwiespältig angesehen werden, zwiespältig deshalb, weil einmal die Butter als das beste, wertvollste und wohlschmeckendste Fett (was es tatsächlich ist) herausgestellt wird. Andererseits wird aber mit Qualitäten älterer Sorte der Verbraucher, der vielleicht in seinen Überlegungen zwischen der Butter und der Margarine steht, schokkiert.

Frischbutter wird nicht nur wegen ihres hohen Wertes als Nahrungsmittel gegessen, sondern vor allem, weil sie hervorragend schmeckt. Der Geschmack und längst nicht mehr als Sozialprestige (viele übersehen, daß die Margarine seit Jahren gesellschaftsfähig geworden ist), ist entscheidend für die Höhe des Butterverbrauches. Wir wissen alle, wie schnell ein Stück frischer Butter verzehrt wird. Wir wissen auch, daß alte Butter im Haushalt doppelt so lange vorhält und immer wieder, insbesondere von Kindern, mit der Margarine verglichen wird, die dann oft besser abschneidet.

Hat die Hausfrau einmal das Pech, ein besonderes altes Stück Butter einzukaufen, das bei Zimmertemperaturen in der Qualität weiter schnell abfällt, dann verschwindet meist für geraume Zeit die Butter vollständig vom Tisch. Andere Fette füllen die Lücke aus. Das Ergebnis: „Alte Butter ist die beste und billigste Margarinewerbung".

Ich frage mich, warum versucht man nicht die in der Weidezeit besonders reichlich anfallende, geschmacklich unübertroffene Butter, verbilligt, ohne den Umweg über die teure Einlagerung, an den Mann zu bringen. – Das ist allemal vernünftiger, als die besten Qualitäten erst einzulagern, mit viel Kosten alt werden zu lassen und dann an die Russen zu verschenken oder zu Weihnachten mit alter Butter Margarinewerbung zu betreiben.

Freundliche Grüße
Hans Göttsche,
Peine

Vogelperspektiven

In der Ausgabe der Welt vom 25. Juli erschien ein Artikel über die Lummen auf Helgoland („Und die Eltern warten unten im Wasser"), in dem sich zwei kleine Fehler eingeschlichen haben.

Es wurde zum einen berichtet, daß die Brutdauer der Lummen nur drei Wochen betrüge, in Wirklichkeit jedoch brüten die Trottellummen meistens um die fünf Wochen.

Als zweites wurde häufig fälschlicherweise von Nest geredet, die Lummen bauen aber überhaupt kein Nest, sondern legen das kegelförmige Ei direkt auf den bloßen Felsen und brüten es auch deshalb auf den eigenen Füßen aus.

Viele Grüße, Ihr
H. Tilmann Kinkel,
Spraitbach

Marx und Mais

„Mais drüber"; WELT vom 22. Juli

Sehr geehrte Damen und Herren,
es ist gut, daß Astaf Domberg in seinem Kommentar an die unselige Rolle erinnert, die Lyssenko fast 30 Jahre lang bei den Sowjets spielen konnte. Dabei hat dieser Pseudowissenschaftler nicht nur die Entwicklung des Maisanbaus verhindert, sondern auf vielen Gebieten – insbesondere auch der Medizin – Schaden angerichtet! Und echte Wissenschaftler, die es wagten, ihm zu widersprechen, sind sogar zu Tode gekommen.

Es scheint mir nur wichtig zu sein, darauf hinzuweisen, daß es kein Zufall war, wenn Lyssenko mit Stalins Unterstützung nachweislichen Unsinn als Tiefsinn verbreiten konnte. War dieser Unsinn – im Mittelpunkt die Vererbung erworbener Eigenschaften – doch Voraussetzung für die „Wahrheit" des Marxismus.

Wann wird die Welt endlich begreifen, daß der Marxismus eine reine Utopie darstellt?

Gunther Albers,
Hamburg 90

Wort des Tages

❝Was ist Freiheit? Soll damit gemeint sein, daß jeder tun kann, was ihm gutdünkt? Alle menschliche Freiheit hat ihren Grund in der Liebe des ewigen Schöpfers, der den Menschen als freies Wesen erschaffen hat. Aber gerade darum ist Freiheit an Gott gebunden; Freiheit heißt immer auch Verantwortung, zunächst vor Gott, dann aber auch vor der Gemeinschaft und vor unserem Nächsten ...❞

Franz Hengsbach, Kath. Theologe (geb. 1910)

Personalien

ERNENNUNGEN

„Lufthanseat" **Karl-Heinz Neumeister**, seit 1977 Hauptabteilungsleiter in der Lufthansa-Hauptverwaltung in Köln, wird am 1. Oktober neuer Generalsekretär der „Association of European Airlines", des internationalen Dachverbandes der Linienfluggesellschaften in Brüssel. Neumeister wurde einstimmig von 20 europäischen Linienfluggesellschaften in Wien zum Nachfolger von **Jean-Michel Amirault** gewählt. Der Ostböhme, Jahrgang 1940, war unter anderem acht Jahre im Referat Planungsforschung und Streckenplanung der Lufthansa tätig.

*

Der Diplom-Volkswirt Dr. **Hans-Heinrich von Stackelberg** wurde in Marburg Vorstandsmitglied des Deutschen Grünen Kreuzes. Der Wissenschaftler, von 1972 bis 1976 Mitarbeiter am Institut für Allgemeine Wirtschaftspolitik der Philipps-Universität Marburg, ist bereits seit 1976 hauptamtlicher Mitarbeiter im Grünen Kreuz. Er beteiligte sich an den Aktionen „Besser Sehen" und „Besser Hören". Professor Dr. med. **Joachim Wüstenberg**, der 14 Jahre lang als Vize- und als Präsident für das Deutsche Grüne Kreuz arbeitete, und der im Juli sein Präsidentenamt an Professor Dr. med. **Heinz Spiess**, München, abgab, ist inzwischen zum Ehrenmitglied ernannt worden.

DIPLOMATEN

Dagny Wand, Frau des deutschen Botschafters in Luanda, Angola, hat auf Bitten der angolanischen Regierung die Leitung des Nationalballetts übernommen. Die Botschafter-Frau, einstige Balletteuse aus Stockholm, führt in dem trotz Bürgerkrieg geschüttelten Land die Jazz-Klasse an. Das Jazz-Ballett der Schwedin, in dem Angolanerinnen, Ehefrauen angolanischer Ministerialbeamter und Diplomatenfrauen mittanzen, präsentierte sich kürzlich zum ersten Mal während eines offiziellen Tanzabends der Regierung in Luanda und wurde mit übergroßem Beifall bedacht. Die Bundesregierung hat den persönlichen Einsatz ihrer Auslandsbotschaft sofort gewürdigt. Die Kulturabteilung des Bonner Auswärtigen Amtes sorgte dafür, daß das angolanische Nationalballett eine Kleiderspende bekam.

Dagny Wand FOTO: KEIL

Christa Mogenis, amerikanische Diplomatenfrau, deren Mann **Bronislaw Mogenis** in der Rechtsabteilung der amerikanischen Botschaft in Bad Godesberg tätig ist, verläßt die Bundesrepublik Deutschland und geht in die USA zurück. Frau Mogenis hatte im „Amerikanischen Club" in Bad Godesberg seit vier Jahren „Tea for the Elderly", Tee für Senioren aus Bonns Umgebung arrangiert, bei dem US-Diplomatenfrauen vor allem die Bewohner von Bonner Altenheimen einluden. Der Tee erwies sich als ganz großer Erfolg bei den Gästen.

GEBURTSTAG

Professor Dr. **Gerhard Veith**, wissenschaftlicher Geschäftsführer der „Gesellschaft für Epilepsie-Forschung", feierte am 30. Juli in Bielefeld-Bethel seinen 70. Geburtstag. Der frühere Chefarzt des Betheler pathologischen Instituts ist nach wie vor in der Forschung tätig.

GESTORBEN

Dr. **Anton Henze**, bekannt geworden als Kunsthistoriker, Kritiker und Publizist, starb in Rom im Alter von 69 Jahren. Sein literarisches Schaffen galt vor allem der Interpretation der christlichen Kunst. Er war freier Mitarbeiter bei der „Katholischen Nachrichten-Agentur", KNA, der deutschsprachigen Wochen-Ausgabe des „Osservatore Romano", der „Westfälischen Nachrichten" in Münster sowie zahlreicher Kunstzeitschriften und Rundfunkanstalten. Seit 1966 gehörte er dem PEN-Zentrum der Bundesrepublik Deutschland an.

In Berliner SPD Kritik an der Politik Reagans

Thesenpapier zur Deutschland- und Friedenspolitik

HANS-R. KARUTZ, Berlin

In einem Thesenpapier zur Deutschland-, Berlin- und Friedenspolitik hat der zuständige Fachausschuß der Berliner SPD jetzt die bislang erbittertste Kritik von Sozialdemokraten der Stadt an der Politik von Präsident Reagan geäußert. Zugleich fordert die Analyse dazu auf, im Verhältnis zu Ost-Berlin das Wort von der „Leistung und Gegenleistung" nicht zur „gebetsmühlenhaft wiederholten Formel" werden zu lassen. Es sei notwendig, über den Geraer Katalog von Honecker aus dem Jahre 1980 „nachzudenken", heißt es da, und die prominenten Autoren setzen sich in diesem Zusammenhang für die von Ost-Berlin geforderte Grenzziehung in der Elbe-Mitte ein.

Der 14 Seiten umfassende Text enthält die Quintessenz des Links-Rucks der „neuen" Berliner SPD nach dem Machtverlust vom Mai 1981. Zu den Autoren des Werkes, das im Vorwort ausdrücklich als „Diskussions- und nicht als Beschlußpapier" bezeichnet wird, gehören viele bis vor kurzem noch im alten SPD/FDP-Senat oder in der sozialliberalen Bundesregierung aktive Sozialdemokraten. Unter ihnen befinden sich Dietrich Stobbes letzter Bundessenator Gerhard Heimann (heute Berliner Bundestagsabgeordneter und Professor an der TU) als Ausschußvorsitzender, die ehemaligen Senatoren Gerd Löffler und Ilse Reichel, der frühere Berlin-Bevollmächtigte der Bundesregierung Dietrich Spangenberg sowie die Berliner Bundestagsabgeordnete Dagmar Luuk.

Zur Deutschland- und Berlin-Politik sowie der Anerkennung einer „DDR"-Staatsbürgerschaft – eine der Hauptforderungen Honeckers in seiner Geraer Rede vom Oktober 1980 – schreiben die Verfasser: „Ein Festhalten an der einen deutschen Staatsangehörigkeit durch die Bundesrepublik schließt aber *nicht aus, daß wir eine DDR-*Staatsbürgerschaft zur Kenntnis nehmen und respektieren ... Zum Respektieren gehört, daß wir aus dem Fortbestand der deutschen Staatsangehörigkeit kein Recht auf Ausübung von Staatsgewalt über DDR-Bürger herleiten, daß wir Kollisionen zwischen unserem Staatsangehörigkeitsrecht und dem DDR-Staatsbürgerschaftsrecht vermeiden."

Beim Thema „Elbgrenze" verweisen die SPD-Politiker zwar auf die alliierte Basis des Problems, aber entscheidend ist für sie die „Bereitschaft und der politische Wille, zu beiderseits vorteilhaften Lösungen zu kommen. Das Beharren auf ‚Nordostufer' verhindert Lösungen, die im Interesse der Anwohner auf beiden Seiten des Stromes liegen ... Nichts hindert uns also, eine Grenzfeststellung ‚Mitte Strom' zu treffen."

Der ebenfalls von Honecker geforderte Verzicht auf die Zentrale Erfassungsstelle von „DDR"-Vergehen an der innerdeutschen Grenze findet in der SPD-Analyse Zustimmung: „Sie kann schlicht entfallen. Es ist Heuchelei, juristische und politische *Anmaßung und Selbstgerechtig*keit, die dieses Fossil aus dem Kalten Krieg am Leben hält."

Im Kapitel „Sicherheit und Entspannung in Europa" räumen die *Autoren ein, daß die* „auf Westeuropa gerichteten atomaren Mittelstreckenraketen" der Sowjets „ein Bedrohungspotential" darstellen, zugleich wird jedoch der US-Regierung vorgehalten, „einseitig und ohne Rücksichtnahme auf die Interessen ihrer Partner in Europa" von der Entspannungspolitik „abgerückt" zu sein. Mit dieser Wende „gefährde" Washington auch die NATO. Es sei „umstritten, ob die entspannungsfeindliche Politik der Reagan-Administration nur der besonders reaktionären Ideologie des Präsidenten und seiner Berater entspringt", oder ob sich die amerikanischen und europäischen Interessen „langfristig auseinanderentwikkeln".

Die SPD-Autoren stellen außer*dem fest: „Die bisherige Verhand*lungsführung in Genf läßt kein Interesse der USA erkennen, auf die Aufstellung ihrer Waffen in Europa zu verzichten." Schlußfolgerung: „Die von der Notwendigkeit der Rückkehr zur Politik der Entspannung und Abrüstung überzeugten Sozialdemokraten sind sich daher einig in ihrem Nein zur Stationierung dieser Waffen."

Die vorliegende Ausarbeitung soll Ende August auf einer Klausurtagung erörtert werden.

Exilkroate von Geheimdienst ermordet?

rtr, München

In Wolfrathshausen bei München ist ein exilkroatischer Verleger ermordet worden. Nach Angaben des bayerischen Landeskriminalamtes in München wurde die Leiche des 57jährigen Stjepan Durekovic am Freitag um 13.35 Uhr von einem Verlagsangehörigen in dem Gebäude seines Verlages gefunden. Er war durch mehrere Schüsse getötet worden. Ein Kriminalamtssprecher schloß am Wochenende nicht aus, daß die Tat vom jugoslawischen *Geheimdienst verübt wur*de. Durekovic habe sich vor einiger Zeit an die Polizei gewandt, weil er sich vom jugoslawischen Geheimdienst verfolgt gefühlt habe. Die *ihm angebotenen Schutzmaßnah*men habe er abgelehnt, um nicht zusätzliche Aufmerksamkeit auf sich zu lenken. Die von der Polizei eingeleitete Großfahndung blieb bisher erfolglos. Es gebe noch keine Spur. Die Leiche des Kroaten, der sich seit Mai 1982 in der Bundesrepublik Deutschland aufgehalten und einen Asylantrag gestellt hatte, lag im Keller des Verlags „Das kroatische Buch".

KPdSU feiert Parteijubiläum ohne Prominenz

AP, Moskau

Mit einer Festsitzung im Moskauer Großen Kreml-Palast hat die Kommunistische Partei der Sowjetunion ihr 80jähriges Bestehen gefeiert. Die Festrede hielt am Freitag ZK-Sekeretär Michail Simjanin. Weder Staats- und Parteichef Jurij Andropow, noch das als Chefideologe geltende Politbüro-Mitglied Konstantin Tschernenko nahmen an der Sitzung teil.

Simjanin widmete einen großen Teil seiner Rede aktuellen außen*politischen Fragen. Er sprach von* einer „beispiellosen" Spannung in den Ost-West-Beziehungen und erklärte den sowjetischen Medien zufolge, die US-Regierung sei darauf aus, die militärische Überlegenheit der USA und der NATO gegenüber UdSSR und dem Warschauer Pakt zu erreichen. Die Antwort von Partei und Volk der Sowjetuninon darauf sei klar, sagte Simjanin: „Das wird niemals geschehen." Man werde der Stärkung der sowjetischen Streitkräfte und des Warschauer Paktes weiterhin „unermüdliche Aufmerksamkeit" schenken.

Strauß: „Wer gegen mich ist, ist gegen Kohl"

CSU-Chef über seine Reise in den Ostblock / „Ich erwarte auch keine Wende in der Politik der DDR"

DW. Bonn

Der bayerische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende, Franz Josef Strauß, hat die Kritik an seiner Reise durch Polen und die „DDR" sowie an seinen Äußerungen während dieser privaten Reise zum Anlaß genommen, seine Position grundsätzlich darzulegen.

In einem Gespräch mit dem „Spiegel" sagte er, er habe nicht damit gerechnet, daß seine „Privatreise" durch die „DDR" ein solches Echo finden würde: „Viele Leute sind nur deshalb verärgert, weil sie *mich in* einer Ecke für dauernd festnageln wollten und auf einmal festgestellt haben, daß ich schon längst nicht mehr in der Ecke stehe."

Als das wichtigste Ergebnis seines Gesprächs mit dem Staats- und Parteichef Honecker bezeichnete es Strauß, daß jetzt „beiderseits ein realistisches Urteil über Möglichkeiten und Grenzen vorliegt". Er lege Wert auf die Feststellung, daß er „nicht verhandelt" habe, „sondern den Abschluß der bisher erfolglos geführten Verhandlungen gefördert und erleichtert" habe.

Strauß betonte gegenüber dem Magazin, daß in dem von ihm „eingefädelten" Kreditvertrag mit der „DDR" sowohl aus „rechtlichen wie aus politischen Gründen" keine Möglichkeit bestand, „politische Themen einzubauen". Auf die Frage, was sich im Verhältnis zwischen Bundesrepublik und „DDR" geändert habe, antwortete Strauß: „Ich habe über die gewachsene Bereitschaft der DDR zu Änderungen und über Reiseerleichterungen ausführlich berichtet. Ich erwarte auch keine Wende in der Politik der DDR, aber pragmatische Bereitschaft zur Lösung gemeinsamer Aufgaben."

Wie im „Spiegel"-Gespräch, so unterstrich Strauß auch in einem Interview, das er am Wochenende der „Bild"-Zeitung gab, daß Bundeskanzler Helmut Kohl und nicht er die Verantwortung für das Kreditgeschäft mit der „DDR" trage. Kohl sei in der Deutschland-Politik „gegen eine wirtschaftspolitische Konfrontation" mit der „DDR" gewesen, „er hat allerdings verlangt, daß damit eine deutschlandpolitische Strategie verbunden werden müsse. Wir setzen auf den Gedanken der deutschen Einheit. Das heißt Kontinuität in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, Wende in der offenen Vertretung des Gedankens der deutschen Einheit. Helmut Kohl hat das in Moskau getan und wird es hoffentlich bald in der UNO tun."

Sowohl gegenüber der „Bild"-Zeitung als auch in dem „Spiegel"-Gespräch machte Strauß klar: „Wer diese Politik kritisiert, soll nicht feige auf mich schießen, weil er es nicht wagt, die Deutschland-Politik Helmut Kohls zu kritisieren." An die Adresse seiner Kritiker richtete Strauß die Mahnung, wer gegen diese Politik sei, müsse auch sagen: „Ich bin gegen die Deutschland-Politik des Bundeskanzlers und seiner Bundesregierung. Nur das kann er sagen und dann die Bundesregierung angreifen." Strauß: „Wer gegen mich ist, ist auch gegen Kohl."

Bereits während der „DDR"-Reise von Strauß hatte Honecker im Gegensatz zu seinem Gast erklärt, daß eine Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenwaffen auf dem Bundesgebiet auch Auswirkungen auf das innerdeutsche Verhältnis haben würde. Das Politbüromitglied der SED, Hermann Axen, hat in der Moskauer „Prawda" zusätzlich erklärt, die „DDR" werde im Falle der Stationierung der amerikanischen Raketen alles Erforderliche veranlassen, das militärstrategische Gleichgewicht zwischen dem Warschauer Pakt *und der Nato aufrecht zu erhalten*". Die Westdeutschen sollten „darüber nachdenken: Falls das Gebiet ihres Landes in eine Abschußrampe für die Mehrzahl der neuen tod*bringenden amerikanischen* Raketen verwandelt wird, wäre dies gleichbedeutend mit der Vorbereitung einer neuerlichen Aggression gegen die UdSSR von deutschem Boden aus und damit einer ernsthaften Verschlechterung der Beziehungen zu den sozialistischen Ländern, insbesondere zur DDR. Die BRD ihrerseits würde zur Hauptzielscheibe eines vernichtenden Gegenschlages."

Strauß erläuterte gegenüber dem „Spiegel" seine Äußerungen in der „DDR", die östlichen Warnungen über Folgen der Nachrüstung seien ihm *sehr routinemäßig erschienen* und er habe den Eindruck, daß „man sich drüben mit der Nachrüstung bereits abgefunden hat": Er habe „nicht von der DDR, sondern *von Moskau gesprochen*, das beim Besuch Helmut Kohls die Realitäten kennengelernt hat". Er räumte ein, daß „Erich Honecker mir gegenüber von der Gefahr der Verschlechterung gesprochen" habe.

Strauß ging auch noch einmal auf seine Äußerungen in Polen ein, wo er in einem Interview im *deutschsprachigen Dienst von* Radio Polonia am 23. Juli gesagt hatte: „Man ist auf Berichte angewiesen, die oft sehr widersprüchlich und auch verzerrt sind." Und: „Al*le Berichte, die Polen als ein Chaos* darstellen, in dem hungernde Menschen verzweifelt hin- und herirren, sind natürlich falsch." Gegenüber dem „Spiegel" erklärte Strauß jetzt: „*In Polen* droht der Hungertod für viele Menschen als Folge des Zusammenbruchs der Versorgung."

Am Wochenende gab es wieder zum Teil kritische Äußerungen zur Strauß-Reise: Der SPD-Bundestagsabgeordnete Hans-Jürgen Wischnewski forderte dazu auf, den „Wirbel über den Polit-Tourismus" von Strauß zu beenden. Der FDP-Bundestagsabgeordnete Hans-Günther Hoppe sprach davon, daß Strauß mit „deutschlandpolitischen Ladenhütern" zurückgekommen sei. *Der FDP-Vorsitzende* und Vizekanzler Hans-Dietrich Genscher lobte, er könne „mit großer Befriedigung" sehen, wie jetzt auch durch die aktive Mitwirkung *von Persönlichkeiten* aus den Unionsparteien sichtbar werde, daß sowohl die Koalitionsparteien als auch die SPD-Opposition eine Politik der Zusammenarbeit und der Verständigung auf der Grundlage der geschlossenen Verträge wollten.

Sonderbeauftragter der USA sondiert in Damaskus

Hussein in Saudi-Arabien / Kreml-Vermittlung gescheitert

DW. Damaskus/Tel Aviv

Mit einer Reise ihres Nahost-Sonderbeauftragten Robert McFarlane nach Syrien haben die USA gestern einen neuen Anlauf in ihren Bemühungen um einen völligen Abzug sowohl der syrischen als auch der israelischen Truppen aus Libanon genommen. McFarlane will die israelische Regierung morgen über den Ausgang seiner Gespräche in Damaskus unterrichten. *Im Verlauf seiner Reise* besuchte er auch Libanon, Ägypten, Saudi-Arabien und Jordanien.

Das israelische Fernsehen spekulierte am Wochenende unter Berufung auf Regierungskreise in Jerusalem, Syrien könnte sich zu einem Abzug seiner Truppen aus Libanon doch noch bereit erklären, falls es von den USA die gleichen Garantien erhalte wie Israel in einem geheimen Memorandum zu dem von den USA mitunterzeichneten israelisch-libanesischen Abkommen vom 17. Mai. Danach endet die Präsenz libanesischer Truppen 45 Kilometer vor der israelischen Grenze. Von dort bis zur Grenze sollen gemeinsame libanesisch-israelische Verbände patrouillieren.

In dem Fernsehbericht hieß es, Israel würde auch *einem Zeitplan* für den Abzug seiner Truppen aus Libanon zustimmen, der nicht den gleichzeitigen Abzug der Syrer vorsieht, wenn sichergestellt wird, daß Libanon von einem bestimmten Zeitpunkt an frei von ausländischen Truppen ist. Israel hat sich bisher geweigert, das Abkommen mit Libanon zu erfüllen, weil Syrien einen parallel verlaufenden Abzug seiner rund 50 000 Soldaten nicht zugestimmt hatte.

Aus Washington verlautete unterdessen, im US-Außenministerium festige sich das Gefühl, Syrien wolle seine Truppen überhaupt nicht abziehen, sondern Libanon auf Dauer beherrschen. Dies entspricht den Vorstellungen des israelischen Verteidigungsministers Moshe Arens, der davon ausgeht, daß Syrien nur durch diplomatischem Druck der USA und anderer *Staaten zu einer* Sinnesänderung gezwungen werden könne.

Die Lage in Libanon sowie die Spaltungserscheinungen innerhalb der PLO standen auch im Mittelpunkt von Gesprächen des jordanischen Königs Hussein, der gestern überraschend in der Sommerresidenz des saudischen Königs Fahd in Taif eintraf.

PLO-Chef Arafat hatte am Wochenende in Tunis an alle arabischen Staatschefs appelliert, sich energisch für die Beendigung der „dramatischen Auseinandersetzung" zwischen rivalisierenden Palästinensergruppen in der libanesischen Bekaa-Ebene und in Nordlibanon einzusetzen. Trotz eines zuvor vereinbarten Waffenstillstandes ist es im Bekaa-Tal am Samstag wieder zu Feuergefechten zwischen Anhängern und Gegnern Arafats gekommen, die nur durch das Einschreiten der Syrer beendet werden konnten.

Wie aus arabischen Kreisen verlautete, hat sich Mitte Juni eine hochrangige sowjetische Delegation in Damaskus aufgehalten, um in dem von Syrien gefährdeten Konflikt innerhalb der PLO zu vermitteln. Die streng geheime Mission sei jedoch gescheitert. Die Sowjets hätten den syrischen Staatschef Assad wissen lassen, Moskau wünsche eine starke, von Arafat geleitete PLO, die in ihren Entscheidungen unabhängig sei. Assad habe jedoch verlangt, daß Arafat zunächst seinen Konflikt mit den *PLO*-Rebellen beilege.

Polen: Katholischer Publizist klagt an

„Sondergesetze schmerzliches Übergangsstadium"

AP/dpa/UPI/AFP, Warschau

Der polnische katholische Publizist Jerzy Turowicz *hat scharfe Kri*tik an den nach Aufhebung des Kriegsrechts erlassenen Sonderregelungen geübt. In einem Kommentar im katholischen Wochenblatt „Tygodnik Powszechny" räumte er zwar ein, daß dank der Aufhebung des Kriegsrechts und der verkündeten Amnestie „zahlreiche Härten und Beschränkungen beseitigt sind" und viele Personen wieder die Freiheit erlangten. „Die neue Lage bedeutet jedoch nicht, daß wir aus dem Kriegsrechtszustand in einen des gesellschaftlichen Friedens übergegangen sind", schrieb Turowicz weiter. Die bis 1985 geltenden Sonderregelungen bedeuteten 900 lange Tage „eines schmerzlichen Übergangsstadiums".

Durch Gesetzesänderungen bleibe nun eine Reihe von Beschränkungen des Kriegsrechts in Kraft, bemängelte Turowicz. Auf unbestimmte Zeit vertagt sei die Möglichkeit eines gewerkschaftlichen Pluralismus, beträchtlich eingeengt werde die Autonomie im höheren Bildungswesen und vor allem auch die Versammlungs- und Koalitionsfreiheit. All diese Härten und Einschränkungen schüfen Schwierigkeiten auf dem Wege „zu echtem gesellschaftlichen Frieden", schrieb Turowicz.

Der Chef der verbotenen polnischen Gewerkschaftsorganisation „Solidarität", Lech Walesa, ist von seinem Urlaub am Wochenende nach Danzig zurückgekehrt. In einem Telefonat begrüßte Walesa die Aufhebung des Kriegsrechts in Polen und die damit verbundene Amnestie. Am Freitag abend war auch das ehemalige Präsidiumsmitglied der Nationalkommission von „Solidarität", Jerzy Jastrzebowski, aus dem Rakowiecka-Gefängnis in Warschau freigelassen worden. *Jastrzebowski*, der der Warschauer Sektion von „Solidarnosc" angehörte, war beschuldigt worden, zu den Organisatoren des Untergrundsenders „Radio Solidarnosc" zu gehören. Die polnische Nachrichtenagentur PAP meldete, nach Auskunft eines Sprechers der Generalstaatsanwaltschaft seien im Zuge der Amnestie bis zum Wochenende 238 Personen aus der Untersuchungshaft entlassen worden. Darunter befänden sich 212, die im Verdacht standen, politische Straftaten begangen zu haben.

Walesa erklärte in seinem Telefonat, er *habe während seines Ur*laubs mehr als 1000 Kilometer zurückgelegt und dabei mit mehreren Gewerkschaftsmitgliedern gesprochen. Diese hätten den Mut, in der *Zukunft* „zu kämpfen". Auch diese Reise sei von der Polizei überwacht worden.

Kurz nach Bekanntwerden der geplanten Wiederaufnahme der Umschuldungsverhandlungen mit Polen hat die Regierung in Washington erneut bekräftigt, daß sie die Aufhebung ihrer Polen-Sanktionen von der Freilassung der „überwiegenden Mehrheit der politischen Gefangenen" abhängig mache. Die 16 westlichen Staaten, bei denen Polen verschuldet ist, hatten sich in Paris geeinigt, mit Warschau erneut Umschuldungsverhandlungen aufzunehmen, nachdem die Gespräche zuvor als Reaktion auf die Verhängung des Kriegsrechts in Polen 18 Monate lang ausgesetzt worden waren. Die polnischen *Schulden gegenüber* dem Westen beliefen sich Ende 1982 auf 25 Milliarden Dollar, davon 17,5 Milliarden mit Regierungsbürgschaften.

Seite 3: Mehr als eine Episode

„Moskaus Stellung als Weltmacht bedroht"

AFP/AP, Washington

Die Sowjetunion muß nach Erkenntnissen des amerikanischen Geheimdienstes ihre Wirtschaft von Grund auf sanieren, wenn sie im nächsten Jahrzehnt und darüber hinaus ihre Weltmachtstellung behaupten will. Dies erlärte der stellvertretende Direktor des Geheimdienstes des US-Verteidigungsministeriums, Brigadegeneral Schuyler Bissell, vor einem Unterausschuß des Senats für Wirtschaftsfragen. Das auf die geringe Produktivität zurückzuführende langsame Wirtschaftswachstum gefährde langfristig die militärische Stärke der Sowjetunion, die ihre Weltmachtstellung begründe.

Seit dem Machtantritt Andropows im Kreml seien in der UdSSR bereits einige Maßnahmen zur Liberalisierung der Wirtschaft und Erhöhung der Produktivität eingeleitet worden, sagte Bissell. Die hohe Bedeutung der Militärausgaben für die sowjetische Wirtschaft bleibe aber bestehen. Gegenwärtig liege der Anteil der Rüstungsausgaben am Bruttosozialprodukt der UdSSR bei 14 bis 16 Prozent – mehr als doppelt soviel wie in den USA.

In den nächsten fünf Jahren würden die sowjetischen Rüstungsausgaben um acht bis neun Prozent weiter zunehmen. Eine *Stabilisierung der Wirtschaft* setze jedoch eine Verlangsamung des Zuwachses des Rüstungssektors voraus. Dabei werde man so lange nicht vorankommen, wie „bürokratische Schwerfälligkeit und Widerstände an den Schalthebeln der Macht" nicht überwunden seien, betonte Bissell. Wenn man hierbei Erfolg habe, könnten in zehn bis zwanzig Jahren jene „strukturellen Veränderungen erfolgt sein, die eine kontinuierliche Erhöhung der Verteidigungsproduktion zulassen".

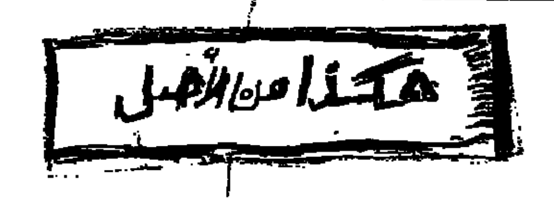
Tschad bittet Paris um Intervention

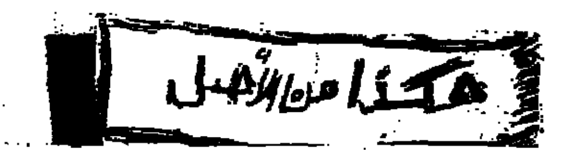
AFP/rtr, N'Djamena

Ein „dringendes *Eingreifen*" der französischen Luftwaffe in Tschad hat gestern der Staatspräsident des Landes, Hissen Habre, gefordert. In einem Brief an Frankreichs Präsident François Mitterrand habe Habre um diese Intervention gebeten, um Angriffe der libyschen Luftwaffe auf die Oasenstadt Faya-Largeau im Norden Tschads zurückzuschlagen, teilte das Außenministerium mit.

Am Samstag hatten die Regierungstruppen Tschads nach Angaben der Militärkommandatur die von Aufständischen unter dem ehemaligen *Präsidenten* Goukouni Weddeye im Juni besetzte Stadt zurückerobert. Libysche Flugzeuge und Panzerwagen hätten die Stadt verteidigt. Bei den Kämpfen um Faya-Largeau sollen elf ausländische Soldaten in Gefangenschaft geraten sein. Zehn Libyer und ein Sudanese wurden als Kriegsgefangene in der Hauptstadt N'Djamena vorgeführt.

Tausende von Demonstranten waren am Sonntag durch die Hauptstadt N'Djamena marschiert und hatten gegen libysche Luftangriffe auf die zurückeroberte Oase demonstriert. Sie übergaben danach den Botschaften Sudans, Frankreichs, der USA, Zaires und Marokkos ihre Bitten um Entsendung von Luftstreitkräften. Bislang hatte nur Zaire Kampfflugzeuge und Soldaten nach Tschad geschickt. Frankreich lieferte Militärmaterial, das es Habres Soldaten offenbar ermöglichte, eine erfolgreiche Gegenoffensive seit dem 10. Juli einzuleiten. In der vergangenen Woche haben die USA eine erste Militär- und Nahrungsmittelhilfe im Gesamtwert von zehn Millionen Dollar an Tschad geliefert.





Vor neuem Amoklauf?

J. G. – Keinen Millimeter werde die Arbeitgeberfront beim Verteidigen der 40-Stunden-Woche zurückweichen. So verkündet es in diesen auch tarifpolitisch ereignisarmen Sommertagen der Arbeitgeberverband „Gesamtmetall" nicht nur für diesen mit fast 40 Prozent aller Beschäftigten größten Bereich der deutschen Industrie. Und das mit durchaus schon aktualitätsbezogenem Unterton. Denn ihr tariflicher Gegenpart, die mächtige IG Metall, ist gleichfalls nicht publizitätsfaul. Früh trommelt sie in Vorbereitung ihres Oktober-Kongresses um Verständnis dafür, daß dort die Forderung nach 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich als allein noch sinnvoller Ausweg aus der dauerhaft hohen Massenarbeitslosigkeit aufs Schild gehoben werden soll.

Der darob drohende „härteste Tarifkonflikt der Nachkriegszeit", so schon jetzt die Arbeitgebermeinung, hat freilich noch gute Weile. Erst im kommenden Frühjahr stehen in der Metallindustrie die Arbeitszeitverträge zur Neufassung an. Zeit genug, um das Pro und Kontra der Argumente neutral zu prüfen. Und um sich zu erinnern, daß die IG Metall gegen Ende 1978 mitten in der Stahlkrise sinnlos versuchte, mit dem seit einem halben Jahrhundert ersten großen Stahlarbeiterstreik das Tabu der 40-Stunden-Woche zu brechen.

Ein Amoklauf der Gewerkschaft war's damals. Folgt nun, und voran in der Metallverarbeitung, die Neuauflage? Es muß nicht sein, wenn alle sich der demographischen Ausgangslage bewußt bleiben: Wir haben ein zeitweises Überangebot an Arbeitskraft, das in einem Jahrzehnt in den allgemeinen Schrei nach Verlängerung der Lebensarbeitszeit umschlagen wird, um dem überalterten Volk die Renten zu sichern.

Keine Spur von Sommerloch

Von ERWIN SCHNEIDER

An den internationalen Rohstoffmärkten ist der Aufschwung schon weiter vorangekommen als die allgemeine Konjunktur. Nach der dreijährigen Abstiegsphase geht es nun wieder deutlich bergauf. Das signalisieren beide Indizes. Der auf dem englischen Pfund basierende Reuters-Index erreichte im Juli mit 1898,9 sogar ein neues Jahreshoch und notierte zum Monatsende um 1,3 Prozent höher als zum Juni-Ultimo. Auch der Moodys-Index erreichte nach einem Juni-Rückgang mit einem Plus von 2,5 Prozent auf 1076,4 fast den Jahreshöchststand.

Und die Experten sind für die weitere Entwicklung sehr zuversichtlich, denn der Aufschwung in diesem Monat scheint sich auf der Basis weiterer konjunktureller Hoffnungen vollzogen zu haben, so daß der Rückschlag im Juni nur als Atempause gedeutet wird. Wenig nur deutet darauf hin, daß in diesem Jahr das Sommerloch tief ausfallen wird.

Im Gegenteil: Die Konjunkturforscher erwarten weiter steigende Notierungen und eine Preiserholung, die wieder das Niveau von 1980, als die Talfahrt begann, erreichen könnte. So prognostiziert die Bank of America einen Anstieg bis Jahresultimo um zehn Prozent gegenüber dem Vorjahr. Den Hauptgrund für die Aufwärtstendenz sieht das Institut bei den industriellen Rohstoffen, die sich mit der Erholung der amerikanischen Konjunktur seit Herbst 1982 um durchschnittlich 25 Prozent verteuert haben. Bei agrarischen Rohstoffen wird dagegen nur mit einer Zunahme von vier Prozent gerechnet.

Der Optimismus der Banker geht sogar bis ins nächste Jahr. Wenn der wirtschaftliche Aufschwung in den USA auch auf andere Industrieländer übergegriffen hat, dann dürfte der Trend nach oben anhalten, und zwar auf breiterer Basis.

Weiter in der Konsolidierungsphase befinden sich die Edelmetalle, die unter dem starken Einfluß der US-Zinsen stehen, wie die Degussa in ihrem jüngsten Edelmetallmarktbericht festhält. Starke Schwankungen der Notierungen sind deshalb zu erwarten. Beim Gold hat sich jedoch die 400-Dollar-Marke als stabile Unterstützungslinie erwiesen.

Die Analytiker, so schreibt der Informationsdienst des Brokerhauses Hornblower, Fischer & Co, erwarten erst dann eine Gold-Hausse, wenn die Notierungen in diesem Monat über 435 Dollar pro Feinunze schließen.

Für das Silber, das derzeit in den USA zwischen zehn und zwölf Dollar notiert, sind die fundamentalen Aussichten für die 80er Jahre ausgezeichnet, prognostiziert ein amerikanischer Metallexperte, der den Silberpreis bis Ende dieses Jahrzehnts auf 80 Dollar explodieren sieht. Als Grund dafür nennt er die Angebotslücke von 800 Millionen Unzen (eine Unze = 31,1 Gramm). Nach seiner Rechnung soll die Nachfrage bei 1,1 Milliarden Unzen und das Produktionsangebot bei nur 300 Millionen Unzen liegen.

Nach einem Nachfragerückgang in den letzten beiden Jahren sank der Platinpreis drastisch. Im Mai lag er dann erstmals seit September 1981 wieder über dem Goldpreis. Und als Industrierohstoff wird er nach der Überwindung der Rezession wieder stärker gefragt sein, dafür sprechen besonders die konjunkturellen Impulse aus der Autoindustrie.

Am internationalen Rohkaffeemarkt sind die Preise noch recht stabil; starke Stützungsfaktoren sind der Winter in Südamerika, der nach oben tendierende Dollar und Streiks der Hafenarbeiter in Kolumbien und möglicherweise Ende August auch in den USA. Umkippen könnte die Tendenz aber, wenn der Frost in Brasilien weiterhin ausbleibt und der amerikanische Dollar noch fester wird. Denn die aktuelle Situation in den Konsumentenländern ist nicht von Knappheit bestimmt. In den ersten sechs Monaten dieses Jahres lag die Einfuhr von Rohkaffee in fast allen Staaten über dem Vorjahresniveau.

Rohstoffe	Börse	Einheit	Ende Juli 1983	Ende Juni 1983	Hoch 1983	Tief 1983
Kupfer	L	£/t	1124,75	1121,75	1137,75	932,25
Zink	L	£/t	510,87	470,50	505,75	419,75
Zinn	L	£/t	8597,50	8811,00	9290,00	7392,50
Blei	L	£/t	261,25	267,50	312,75	257,75
Gold	L	$/Unze	426,00	416,75	511,50	402,75
Silber	L	p/Unze	808,15	757,55	948,65	680,30
Platin	L	£/Unze	292,75	277,40	322,00	244,55
Weizen	C	Cts/bu	363,25	344,00	367,00	306,25
Mais	C	Cts/bu	316,62	318,13	338,00	242,62
Kakao [1]	L	£/t	1667,00	1543,00	1667,00	1108,00
Kaffee [1]	L	£/t	1858,00	1647,00	2122,50	1569,00
Zucker	L	£/t	177,00	179,75	187,00	95,00
Sojaöl	C	Cts/lb	23,32	19,41	23,32	15,99
Baumwolle [2]	Li	Cts/kg	79,30	80,00	83,70	70,35
Schweißwolle	S	Cts/kg	567,00	563,00	576,50	527,50
Kautschuk	L	p/kg	81,75	78,75	82,00	50,00
Indices:						
Moody's (31.12.31=100)	New York		1076,40	1049,70	1084,90	1005,80
Reuter's (18. 9.31=100)	London		1890,40	1866,20	1898,90	1527,70

[1] Zweite Abladung [2] A-Index-Preis L = London C = Chicago S = Sydney Li = Liverpool
Zusammengestellt von der Commerzbank AG

AKTIONSGEMEINSCHAFT SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT / Kritik an Regierung

„Eine wirksame Gesundungsstrategie ist bisher nicht angewandt worden"

HEINZ HECK, Bonn

Die bisherige „Erneuerungspolitik" der Bundesregierung ist so zaghaft, daß man sich fragen muß, ob die Wende überhaupt stattgefunden hat. Mit dieser provozierenden Fragestellung leitet die Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft (ASM) ihre Kritik an der Wirtschaftspolitik der neuen Bundesregierung in einer „Sommerzwischenbilanz" ein. Ihr Fazit lautet: „Wirksame Gesundungsstrategie ist bisher nicht angewandt worden."

Schlimmer noch: Man müsse den Eindruck haben, daß die Union ohne konkretes gesellschafts- und wirtschaftspolitisches Programm in die Regierungsverantwortung gegangen sei, erst recht ohne ordnungspolitische Entschlußkraft. An sieben Beispielen verdeutlicht der ASM-Vorsitzende Wolfgang Frickhöffer die Kritik seiner Organisation:

1. In der Finanzpolitik sieht er auf der Ausgabenseite „gewisse Ansätze zur Haushaltskonsolidierung", auf der Einnahmenseite aber „nicht einmal die Ankündigung einer Steuerreform, die die produktive Kapitalverwendung für Investitionen mit Anlagen in Staatsanleihen, Geldvermögen und Wohnungsbau wenigstens gleichstellt". Diese Gleichstellung sei aber für Aufschwung, Strukturerneuerung und Abbau der Arbeitslosigkeit weit wichtiger als die Zinshöhe.

2. Die bisherige Entwicklung in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik der Union ist der ASM Anlaß zu „größter Sorge". Hierbei erinnert er an ein Thesenpapier des CDU-Abgeordneten Haimo George („Denkanstöße"), das vom Fraktionsvorsitzenden der Union, Alfred Dregger, „abgekanzelt" worden sei. Die ASM bescheinigt George, „endlich einmal Ansätze für ein wirksames und konsequentes Reformprogramm" vorgelegt zu haben. Sie hat dagegen Dregger im Verdacht, es „aus Gründen der inneren Parteitaktik ... mehr mit den Sozialausschüssen zu halten, die in diesen Fragen nicht für eine gesicherte Belebung, sondern für bloß scheinsoziale Instrumente einer vordergründigen Symptombekämpfung eintreten".

3. In der Wohnungspolitik seien neue Subventionen eingeführt worden. Man habe jedoch nicht „das Wohnraumkündigungsschutzgesetz als sozial nutzlose Kernübel abgeschafft". Nach Meinung der ASM sei gerade eine Phase der Konjunkturschwäche der ideale Zeitraum für die Freigabe der Kündigung, denn jetzt bestehe von der Nachfrage her nur wenig Spielraum für Mietsteigerungen.

4. Im Gesundheitswesen werde die verhängnisvolle Methode, „die Folgen administrativer Politisierung durch verschärfte administrative Politisierung bekämpfen zu wollen", fortgesetzt, ganz wie zu Zeiten der SPD-Regierung. Die ASM-Empfehlung lautet statt dessen, „mit spürbarer Selbstbeteiligung" einen marktwirtschaftlichen Weg einzuschlagen und Nachfragebegrenzung einzuführen. Dadurch könnten die Versicherten gegen Ausbeutung durch Mißbrauch, Belastungen und Übertreibungen geschützt werden.

5. Zum Stichwort Marktbefreiung und Entbürokratisierung gebe es bisher nur die Ankündigung des Wohnungsbauministers, das Baurecht zu straffen und in einem Gesetzbuch zusammenzufassen.

6. Ein zentraler Ansatz der Kritik ist für die Aktionsgemeinschaft die Sanierungsfrage. Sie sieht darin ein schlimmes Erbe früherer wirtschaftspolitischer Fehler („keineswegs nur unter der SPD"). Die Regierung fahre fort, überholten Unternehmen und Branchen Subventionen zu zahlen, „die für gesunde, in Selbstverantwortung modernisierte Unternehmen und für den Mittelstand den Wettbewerb verfälschen, den scheinbar Begünstigten aber auf die Dauer doch nicht helfen". Denn eine Verzögerung rechtzeitiger Stillegungen und Entlassungen vergrößere nur noch den Anpassungsstau und verschärfe die Probleme. Im Ergebnis nähmen Arbeitslosigkeit und Staatszuschüsse noch zu.

7. Die Bundesregierung habe bisher nichts unternommen, „radikal auf marktgerechte flexible Löhne zu drängen und notfalls auch einen Streit mit den Gewerkschaften in Kauf zu nehmen". Mit einer solchen Haltung würde sie nicht nur für die Arbeitgeber, sondern auch für die Arbeitslosen Partei ergreifen. Die ASM sieht die Gewerkschaftsideologie als „völlig veraltet" an. Sie habe kaum noch Bezug zur realen Besserung der Arbeitnehmerposition und sei „mitverantwortlich für unsere Misere".

GETREIDE

Hitze löst Befürchtungen über die Ernte-Menge aus

HENNER LAVALL, Bonn

In der deutschen Landwirtschaft und ihren Verbänden herrscht Unruhe. Nicht genug damit, daß in Brüssel an weitreichenden Beschneidungen der Preisgarantien gearbeitet wird. Das hochsommerliche Wetter in der Bundesrepublik, so heißt es allerorten auf dem Land, führe zu erheblichen Ernteeinbußen bei Getreide.

Eine Umfrage der WELT bei Landes- und Bundesverbänden der deutschen Agrarwirtschaft zeigt allerdings ein wesentlich differenziertes Bild. Danach gibt es drei Problemgebiete, die unter der Hitze stark gelitten haben: Einmal ist dies die West-Pfalz, dann Niedersachsen, wo auf leichten Böden nach Angaben der Landesverbände durchaus von einer Mißernte gesprochen werden kann, und schließlich Bayern, das regional sehr unterschiedliche Erträge schätzt.

Dies alles sind aber nicht etwa feste Angaben, denn die Getreideernten sind mit Ausnahmen bei der Wintergerste noch gar nicht abgeschlossen. Wie schwierig eine nur annähernde Schätzung der Ernten wird, zeigt sich zum Beispiel an der Saar. Dort werden für nebeneinander liegende Felder Wintergersteerträge von 26 Doppelzentnern je Hektar bis herauf zu 66 Doppelzentnern gemeldet, bei einem letztjährigen Durchschnitt von 45 Doppelzentnern an der Saar.

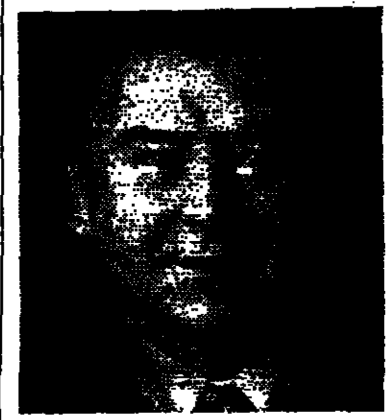
In den übrigen Bundesländern sieht es zur Zeit nicht viel anders aus. Auch wenn die Landesverbände von einer bevorstehenden schlechten Ernte sprechen, beim Nachweis durch Zahlen tun sie sich schwer. Die Spanne reicht immer noch von überdurchschnittlich bis sehr schlecht.

Einig sind sich Landes- und Bundesverbände darin, daß die Erzeugerpreise diesmal lange nicht so gut ausfallen werden, wie in den Jahren zuvor. Durch die lange Trockenheit werde das Hektolitergewicht unterdurchschnittlich ausfallen. Damit eigne sich eine große Menge nicht mehr für die Intervention, die dem Bauern garantierte Abnahme zu garantierten Preisen verspricht. Dies bedeutet auch, daß mehr Landwirte als in den letzten Jahren ihr Getreide selbst am Markt unterbringen müssen.

Insgesamt, so erklärte der Vertreter eines Bundesverbandes der deutschen Agrarwirtschaft, wird dieses Jahr keine Katastrophe werden. Für den einzelnen Landwirt aber könnte durchaus eine Katastrophe bevorstehen. Im übrigen habe die Erfahrung der letzten Jahre gezeigt, daß die endgültigen Ernten immer größer ausfielen, als zunächst geschätzt worden war. Dies gelte auch für das Rekordjahr 1982 mit einer gesamten Getreideernte von 24,6 Millionen Tonnen.

Das Bundesernährungsministerium hat das Thema nach den zahlreichen „Panikmeldungen" aus einzelnen Landstrichen ebenfalls aufgegriffen, um es zurechtzurükken. Dabei wird unterstrichen, daß trotz regionaler Ertragseinbußen durch die Hitzeperiode weiter mit einer Getreideernte von rund 23 Millionen Tonnen gerechnet werden könne. „Über die tatsächliche Erntemenge", so meint das Ministerium, „entscheidet letztlich allerdings der weitere Verlauf des Wetters".

AUF EIN WORT



„Die Vielzahl der vor uns stehenden Probleme stellt für die Wirtschaftspolitik und für die Unternehmen eine ungewöhnliche Herausforderung dar. Strukturelle Anpassung und Konsolidierung, Neubesinnung des weiteren Kurses und wirtschaftspolitische Erfolge können nicht in kurzer Frist erwartet werden. Herausgefordert ist die Marktwirtschaft, die mit strukturellen Ungleichgewichtslagen weitaus schneller und vernünftiger fertig wird als jede Außensteuerung."

Gerd Somberg, Präsident des Bundesverbandes Bekleidungsindustrie e. V., Köln FOTO: DIE WELT

Schiffahrt in der Krise

dpa/VWD, Hamburg

Die deutsche Binnenschiffahrt wurde 1982 von der Wirtschaftsflaute voll getroffen. Vom Rückgang des Verkehrsaufkommens um insgesamt 43,9 Millionen Tonnen war die Binnenschiffahrt mit 9,8 Millionen Tonnen jedoch weniger stark betroffen als der Schienenverkehr mit minus 27,5 Millionen Tonnen. Nach Angaben des Bundesverbandes der deutschen Binnenschiffahrt haben sich vor allem Kostendeckungsgrad und Wirtschaftlichkeit der Betriebe verschlechtert.

AGRARREFORM

Negatives Echo auf die Vorschläge der Kommission

HEINZ HECK, Bonn

Eindeutig negativ beurteilen der Deutsche Bauernverband (DBV) und der Deutsche Raiffeisenverband die am Wochenende bekannt gewordenen Vorschläge der EG-Kommission zur Reform der Agrarpolitik, die vor allem für eine vorsichtige Preispolitik sowie einen automatischen Abbau der Währungsausgleichsbeträge und Importbegrenzungen plädieren.

Nach Meinung des DBV sind die Brüsseler Vorschläge „nicht geeignet, die anstehenden Probleme zu lösen. Die Anpassungslast der Sparpolitik soll allein durch weitere drastische Verschlechterungen der Einkommen der Landwirte erfolgen". Als Folge des empfohlenen Preisdrucks sieht der DBV die „Zerstörung der bäuerlichen Landwirtschaft in Europa". Die Kommission nehme keinerlei Rücksicht auf die angesichts hoher Arbeitslosigkeit fehlenden Erwerbsalternativen in anderen Wirtschaftszweigen.

Die währungspolitischen Vorschläge hätten die volkswirtschaftlichen Realitäten zu berücksichtigen, was für den DBV bei den Kommissionsvorschlägen offenbar nicht gilt. In der vorliegenden Form führten sie „zu einem unerträglichen Einkommensdruck" für die Landwirte der Aufwertungsländer und zur Verlagerung der Handelsströme durch Wettbewerbsverzerrungen.

Auch für den Raiffeisenverband spielt die befürchtete Wettbewerbsverzerrung eine wichtige Rolle, speziell bei der geplanten Abgabe für Milchprodukte, mit der die Überschußproduktion entmutigt werden soll. Die Abgabe werde „die Selbstvermarktung forcieren und damit zur Wettbewerbsverzerrung unter den Erzeugern beitragen", fürchtet der Verband. Der Ministerrat dürfe keine nationalen Regelungen zulassen, die den gemeinsamen Agrarmarkt in Frage stellen.

US-AKTIENMÄRKTE

Volckers Zinswarnung führt zu neuen Kurseinbrüchen

H.-A. SIEBERT, Washington

Geschüttelt von Nervosität, befinden sich die US-Aktienmärkte auf dem Rückzug. Im Wochenverlauf sackte der Dow-Jones-Industrie-Index um 31,95 (Freitag: minus 17,13) auf 1199,22, der breiter gestreute Nyse-Index sogar um 3,47 (1,44) auf 94,27 Punkte. Damit büßte der populäre „Dow" im Juli alle Kursgewinne ein, die er im Juni erzielt hatte. Unter starkem Abgabedruck standen Öl-, Auto- und Technologiewerte; Computeraktien mußten zum Teil große Verluste hinnehmen.

An der Wall Street geht die Zinsfurcht um. Geschürt wird sie vom amerikanischen Notenbankchef Paul Volcker, der in der vergangenen Woche im Kongreß vor einer neuen Geldverteuerung warnte. Bei beschleunigter wirtschaftlicher Erholung kollidiere die private Kreditnachfrage jetzt mit dem enormen Finanzierungsbedarf des Schatzamtes. Das führe zwangsläufig zu höheren Zinsen, wenn die riesigen Haushaltsdefizite nicht schnell abgebaut würden. In dieser Woche versteigerte die Treasury Bills und Notes im Wert von 16 Milliarden Dollar.

Volcker ließ aber auch durchblicken, daß das „Fed" unter Umständen die Geldschraube selber anzieht, um eine konjunkturelle Überhitzung zu vermeiden. Die kräftige US-Wirtschaft könne das durchaus verkraften. Volcker reagierte damit auf die heftige Kritik an der Fed-Geldpolitik. Henry Kaufman von Salomon Brothers sagte am Freitag ein Anziehen der Federal Funds Rate von 9,25 bis 9,50 auf zehn bis elf Prozent voraus. Das würde eine Anhebung der Prime Rate bedeuten, die seit Monaten 10,5 Prozent beträgt. Broker rechnen nun mit einer langen Konsolidierungsphase. Dabei kann der „Dow" weitere 50 Punkte verlieren. Das Börsenklima insgesamt bestimmten die äußerst schwachen Rentenmärkte.

WIRTSCHAFTS-JOURNAL

US-Konjunkturindikatoren zeigen nach oben

Washington (Sbt.) – In den USA ist der Index der führenden Konjunkturindikatoren im Juni um ein Prozent gestiegen, verglichen mit 1,2 Prozent im Mai, 1,3 Prozent im April und zwei Prozent im März. Damit befindet sich der wichtige Index seit elf Monaten ununterbrochen in der Pluszone. Der Chefökonom des Weißen Hauses, Martin Feldstein, begrüßte die leichte Abflachung, weil „nur ein gedämpftes Tempo eine lange Wachstumsperiode garantiert". Von zehn verfügbaren Indikatoren nahmen sechs zu, darunter besonders die Zahl der Beschäftigten. Im zweiten Quartal 1983 erhöhte sich die Produktivität in den USA auf Jahresbasis um 4,3 (Januar-März-Periode: 5,2) Prozent, was für die erste Erholungsphase nach einer Rezession typisch ist.

IWF-Abstimmung gesichert

Washington (Sbt.) – Im Repräsentantenhaus sind die Weichen für die Freigabe der 8,4 Milliarden Dollar, die der Internationale Währungsfonds (IWF) als amerikanischen Anteil an der Quotenerhöhung und der Ausweitung der Allgemeinen Kreditvereinbarungen erhält, gestellt. Der Weg ist geebnet, nachdem zwei Gesetzeszusätze, die auf eine Limitierung der Umschuldungsgebühren der Banken und auf eine Verlängerung der Laufzeiten mit niedrigeren Kreditzins zielten, abgelehnt wurden. Mit der Abstimmung wird Anfang dieser Woche gerechnet.

US-Quellensteuer tot

Washington (Sbt.) – Die in den USA geplante Quellensteuer, die am 1. Juli in Kraft treten sollte, ist endgültig tot. Beide Häuser des Kongresses stimmten mit großer Mehrheit einem Kompromiß des Vermittlungsausschusses zu. Das Gesetz, das eine empfindliche Niederlage für Präsident Reagan bedeutet, enthält nur noch milde Strafmaßnahmen.

Hoher Pfandbriefabsatz

Frankfurt (VWD) – Der Erstabsatz von Pfandbriefen und Kommunalobligationen der deutschen Realkreditinstitute lag im ersten Halbjahr 1983 mit 66,0 (54,7) Milliarden Mark um 20,6 Prozent höher als in den ersten sechs Monaten 1982. Dabei wurden nach Mitteilung des Gemeinschaftsdienstes der Boden- und Kommunalkreditinstitute in Frankfurt für 53,0 Milliarden Mark Inhaberpapiere neu placiert, 10,5 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Der Pfandbriefabsatz erreichte mit 14,4 (10,7) Milliarden Mark ein Volumen, das um 34,8 Prozent über dem ersten Halbjahr 1982 lag und fast dem gesamten Erstabsatz des Jahres 1981 von 14,8 Milliarden Mark entsprach.

Kunden der Kohle
Absatz inländischer Steinkohle 1982
insgesamt 78,6 Mio Tonnen
davon:
35,2 Kraftwerke
20,8 Eisen- u. Stahlindustrie
7,5 Wärmemarkt Haushalte/Industrie
15,1 Export

Die größten Kunden der deutschen Steinkohle sind die Kraftwerke; sie nahmen mit 35,2 Millionen Tonnen im letzten Jahr fast die Hälfte der Steinkohle aus heimischer Förderung ab. Mit 20,8 Millionen Tonnen folgt die Eisen- und Stahlindustrie auf Platz zwei.
QUELLE: GLOBUS

Rumänien wertet ab

Bukarest (AP) – Zur Förderung der Tourismusindustrie hat Rumänien am Freitag den Touristenkurs des Leu gegenüber den westlichen Währungen gesenkt. Für eine Deutsche Mark erhalten Feriengäste ab sofort 5,24 statt bisher 5,12 Lei. Der Schweizer Franken wird gegen 6,46 (6,16) und der US-Dollar gegen 12,50 (13,54) Lei getauscht.

Neuer Cruzeiro-Kurs

Rio de Janeiro (dpa/VWD) – Die brasilianische Zentralbank hat mit Wirkung vom Freitag den Cruzeiro zum zweiten Mal in dieser Woche abgewertet. Das neue Kursverhältnis zum Dollar beträgt 600,88 (bisher 596,94) Cruzeiros im Ankauf und 611,92 (599,92) Cruzeiros im Verkauf. Mit dieser 31. Abwertung des Jahres verlor die Währung seit Januar 140,2 Prozent.

USA / Broker wegen Betruges angeklagt

Banken wurden geschädigt

H.-A. SIEBERT, Washington

In einem der größten Betrugsfälle in der Geschichte der Wall Street hat die Staatsanwaltschaft des Distriktgerichts Manhattan Anklage gegen zwei Wertpapierbroker und einen Buchprüfer erhoben. Ihnen wird die Veruntreuung von 291 Millionen Dollar (rund 762 Millionen Mark) vorgeworfen. Der Skandal hätte im Mai vergangenen Jahres beinahe einen Finanzkrach ausgelöst; nur mit Mühe konnte ein Run auf Amerikas drittgrößte Bank, die Chase Manhattan, verhindert werden.

Abgeführt wurden die inzwischen gegen Kaution freigelassenen Angeklagten in Handschellen. Was ihnen droht, ist eine Gefängnisstrafe bis zu sieben Jahren. Das Geld ist verloren, getragen werden müssen die Verluste von den Aktionären der geprellten Banken. Die Chase büßte 270, die Manufacturers Hanover, ebenfalls New York, 21 Millionen Dollar ein. Das Brokerhaus Drysdale Securities Corp. und die eigens für die Machenschaften Anfang 1982 gegründete Tochtergesellschaft Drysdale Government Securities Inc. sind längst pleite.

Noch heute fragt man sich am größten Finanzplatz der Welt, wie die Chase und Manufacturers Hanover derart hereingelegt werden konnten. Aber sie vertrauten der Buchprüfungsgesellschaft Arthur Anderson & Co., die Drysdale Solidität bescheinigte. Heute weiß man, daß die Brokerfirma am Tage ihrer Eröffnung keine Aktiva im Wert von 20,8 Millionen Dollar besaß, sondern mit 150 Millionen Dollar verschuldet war. Außerdem ist es üblich, daß sich kleinere Häuser von der großen Konkurrenz Wertpapiere ausleihen und damit Handel treiben.

Laut Anklageschrift hat sich die Drysdale Securities US-Schatzanleihen im Wert von zwei Milliarden Dollar geborgt, und zwar in der Hoffnung, der Kurs würde nach dem Verkauf fallen. Es war eine klassische „net open short position". Hätten sich die Erwartungen erfüllt, dann würde Drysdale die Papiere zu einem geringeren Preis ersetzt und die Differenz als Gewinn eingestrichen haben. Die Notierungen stiegen jedoch, und Drysdale verlor bei dieser Transaktion 190 Millionen Dollar.

Dieser Reinfall war nicht mehr zu korrigieren. Um ihn zu verschleiern, wurden die Bücher gefälscht und Briefkastenfirmen gegründet. Zinsen, die das Schatzamt in Washington zahlte, wurden nicht an die Eigentümer der Anleihen weitergegeben, sondern zur Deckung der Handelsverluste benutzt. Vor Gericht plädierten die Angeklagten auf „nicht schuldig"; ihre Anwälte bestreiten eine verbrecherische Absicht und suchen eine privatrechtliche Lösung.

Aber die Wall Street, die um ihr Ansehen fürchtet, verlangt harte Strafen. Dieser Ansicht ist auch Amerikas oberste Wertpapier-Aufsichtsbehörde, die ein eigenes Verfahren eingeleitet hat.

VEREINIGTE STAATEN / Handelsbilanz

Defizit nimmt weiter zu

H.-A. SIEBERT, Washington

Das Defizit in der US-Handelsbilanz hat sich zwar im Juni verringert, nichts deutet jedoch auf eine grundlegende Verbesserung der amerikanischen Außenhandelsposition hin. Vor ausländischen Journalisten erklärte Handelsminister Malcolm Baldrige, wegen des starken Dollars, der die Ausfuhren bremse und die Importe verbillige, halte er inzwischen für 1984 ein Minus von 100 Milliarden Dollar für möglich. In diesem Jahr soll es, verglichen mit 1982, von 42,7 auf 65 bis 70 Milliarden Dollar steigen.

Nach Angaben des US-Handelsministeriums sank das Defizit im Juni auf 4,9 (Mai: 6,9) Milliarden Dollar. Verantwortlich dafür waren in der Hauptsache saisonale Faktoren. So nahm der Export von Flugzeugen, Schiffen, Chemikalien und anderen Industriegütern um 11,9 und die Agrarausfuhr um 11,3 Prozent zu. Insgesamt erhöhten sich die amerikanischen Ausfuhren gegenüber Mai um 9,3 Prozent auf rund 17 Milliarden Dollar, während die Einfuhren wegen sinkender Ölbezüge um 2,3 Prozent auf 21,9 Milliarden Dollar schrumpften. Im ersten Halbjahr stieg das US-Handelsbilanzdefizit von 16 auf 27,2 Milliarden Dollar.

Baldrige führte die Aufblähung des amerikanischen Passivsaldos – das Defizit in der US-Leistungsbilanz wird jetzt für 1983 auf 25 bis 30 Milliarden Dollar veranschlagt – auf den kräftigen Konjunkturaufschwung in den Vereinigten Staaten und die schwache wirtschaftliche Erholung in den anderen Industrieländern zurück. Zugleich machte er geltend, daß der harte Dollar dem Ausland helfe.

EG-KOMMISSION / Das strukturelle Gefälle erfordert erhebliche zusätzliche Mittel

Regional- und Sozialpolitik ausbauen

WILHELM HADLER, Brüssel

Die Vorschläge der EG-Kommission zur Reform der Agrarpolitik sollen zwar die Kostenexplosionen des „grünen Europas" eindämmen, ändern jedoch nach Meinung der Brüsseler Behörde nichts daran, daß die Gemeinschaft spätestens zum Zeitpunkt ihrer Erweiterung um Spanien und Portugal höhere Einnahmen benötigt.

EG-Präsident Gaston Thorn jedenfalls ließ bei der Präsentation seiner Vorschläge keinen Zweifel, daß die geplante Agrarreform nur dann verwirklicht werden kann, wenn sie mit Beschlüssen über eine Verstärkung der Regional- und Sozialpolitik einhergehe. Zugleich legte er Vorschläge der Kommission für eine bessere Effizienz der bestehenden Finanzierungsinstrumente der Gemeinschaft vor.

Aus dem im Auftrage des Stuttgarter EG-Gipfels erarbeiteten Bericht geht hervor, daß die drei Brüsseler Strukturfonds (Strukturabteilung des Garantie- und Ausrichtungsfonds für die Landwirtschaft, Sozial- und Regionalfonds) ihre Leistungen innerhalb der letzten 10 Jahre nominal verzwölffacht und real vervierfacht haben. Das gleiche gilt für die Darlehen, die durch die Europäische Investitionsbank (EIB) und das sogenannte Neue Gemeinschaftsinstrument (NIG) vergeben wurden. Wie die Zuschüsse der Fonds sind auch die Darlehen bis 1982 auf 4,24 Milliarden ECU (9,6 Milliarden) jährlich angestiegen.

Als positiv bewertet die Kommission in ihrem Bericht, daß sich in den letzten Jahren eine stärkere Konzentration der Finanzmittel auf die besonders benachteiligten Länder und Regionen der Gemeinschaft ergeben hat: Der Anteil Italiens, Irlands, Großbritanniens und Griechenlands an den Ausschüttungen der drei Fonds ist zwischen 1974 und 1982 zusammen von 40 auf 70 Prozent gewachsen. Von den Gemeinschaftsdarlehen entfielen auf sie sogar rund 75 Prozent. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt der EG oder auch an den nationalen Gesamtaufwendungen zur Förderung der wirtschaftlichen Infrastruktur und Umstrukturierung ist der Beitrag der Brüsseler Fonds oft nur marginal.

Für einige der besonders bedürftigen Regionen hat er jedoch oft eine erhebliche Bedeutung. Der italienische Mezzogiorno z. B. erhielt 1978 bis 1980 je Einwohner 33,4 ECU (75,82 DM) an Zuschüssen. In den besonders benachteiligten Regionen der Gemeinschaft trugen die Brüsseler Mittel immerhin mit neun bis 14 Prozent zur fixen Kapitalbildung bei. Trotzdem hat die Aufgabe der Fonds, das strukturelle Gefälle in der EG zu mildern, nach Meinung der Kommission nichts von ihrer früheren Bedeutung verloren. Im Gegenteil: die Überalterung des industriellen Apparats, die Notwendigkeit zur Verbesserung der Agrarstrukturen und die Entwicklung neuer Gemeinschaftspolitiken erforderten sogar erhebliche zusätzliche Mittel.

Der Anteil der Strukturausgaben am Gesamtetat muß nach dem Vorschlag der Kommission in den kommenden Jahren stetig steigen. Sie plädiert sogar für eine reale Verdoppelung innerhalb von fünf Jahren.

SOWJETUNION / Riesige Energievorräte, aber sie lagern in unwirtlichen Gegenden

Erschließungskosten stark gestiegen

dpa/VWD, Moskau

Nicht mangelnde Energievorräte sind das Problem der Sowjetunion, sondern die Erkundung und Erschließung der immensen Vorkommen in immer unwirtlicheren Regionen, die zudem noch weitab von den Hauptverbrauchszentren liegen. Acht, zwölf oder gar 16 Milliarden Tonnen Rohölreserven, 25 Billionen Kubikmeter nachgewiesene Erdgasreserven lagern im Boden der UdSSR, aber immer weiter östlich und immer weiter nördlich.

Bei Kohle betrugen die nachgewiesenen Lagerstätten bereits 1977 rund 1,7 Billionen Tonnen Braunkohle und bei rund vier Billionen Tonnen Steinkohle. Und die Erkundung wird – wie Prof. Dr. Matvei A. Vilensky vom Wirtschaftsinstitut der Akademie der Wissenschaften der UdSSR in Moskau erklärte – noch verstärkt, insbesondere bei der Suche nach Erdöl.

Über die Steigerung der Kosten von Prospektion und Erschließung schwieg sich Vilensky aus, dies sei „Staatsgeheimnis", allerdings sehe jeder, der sich damit befasse, daß die Kosten enorm zugenommen haben und je weiter im Osten und je weiter im Norden auch weiter steigen müßten. Dennoch widersprach Vilensky entschieden westlichen Berichten, wonach die Erdölförderung der Sowjetunion so drastisch zurückgehen werde, daß das Land zum Nettoimporteur werde. Als Förderziel nannte der Wissenschaftler etwa 640 Millionen Tonnen, nachdem die Erdölförderung 1981 bei 609 Millionen und 1982 bei 613 Millionen Tonnen gelegen hatte.

1981 hat die UdSSR 114 Millionen Tonnen Rohöl und gut 40 Millionen Tonnen Erdölprodukte exportiert. Entfielen aber 1970 noch knapp 60 Prozent der sowjetischen Erdölförderung auf das Wolga-Ural-Gebiet, waren es 1980 nur noch gut 30 Prozent, der Anteil Westsibiriens stieg gleichzeitig von neun auf 52 Prozent, und dieser Trend hält an.

Vorrang beim Ausbau der Kraftwerkskapazitäten haben – wie Vilensky weiter berichtete – Kernkraftwerke, daneben werden aber auch noch in großem Umfang Wärmekraftwerke auf Kohlebasis sowie riesige Wasserkraftwerke gebaut. Die Nutzung der Wasserkraft im europäischen Teil der UdSSR ist weitgehend abgeschlossen, zur Zeit wird der Bau von Wasserkraftwerken an den sibirischen Flüssen – vor allem Angara und Jenissej – vorangetrieben, die Elektrizität für die sibirischen territorialen Produktionskomplexe liefern sollen.

Die gewaltigen bekannten Kohlevorkommen liegen in Nord-Kasachstan und an der Grenze zwischen West- und Ostsibirien. Planrückstände, die auch in der sowjetischen Presse intensiv diskutiert werden, gibt es bei der weiteren Erschließung des Braunkohlereviers Kansk-Atschinsk in der ostsibirischen Region Krasnojarsk.

In dem Braunkohlebecken lagern nach sowjetischen Angaben mehr als 110 Milliarden Tonnen an abbauwürdigen Vorräten, die geologischen Vorräte werden auf 400 Milliarden Tonnen geschätzt. Im Kanskatschinsker Brennstoff-Energiekomplex (KATEK) sollen Kraftwerke mit einer installierten Leistung von 34 000 Megawatt entstehen. Die Kohleförderung soll 1983 rund 40 Millionen Tonnen erreichen, Ende des Jahrzehnts 70 Millionen Tonnen und im Jahre 2000 zwischen 170 und 200 Millionen Tonnen.

LASTENAUSGLEICHSBANK / Antragsflut

Folgen des Aufschwungs

CHRISTIAN SCHÜTTE, Bonn

Auf eine wahre Antragsflut für Finanzhilfen zur Existenzgründung blickt die Lastenausgleichsbank (LAB) im ersten Halbjahr 1983. In der Beilage zum Jahresbericht 1982 führt die Bank als Ursache die seit letzten Oktober verbesserte Grundstimmung in der Wirtschaft an.

Nach Angaben des bundeseigenen Kreditinstitutes, das langfristige Finanzierungsprogramme für kleine und mittlere Unternehmen und für Nachwuchskräfte in den freien Berufen abwickelt, erhöhte sich das Volumen der Bewilligungen in den ersten sechs Monaten 1983 um 56 Prozent, von 380 Mill. DM auf 600 Mill. DM. Dabei verzeichnete das 1979 erstmalig aufgelegte Eigenkapitalhilfeprogramm, das den Mangel an Eigenkapital mildern und die Kreditfähigkeit des Gründers erhöhen soll, die größte Steigerung um fast 250 Prozent auf 140 (40) Mill. DM.

Die Höchstbeträge, die bei diesen beiden Programmen bereitgestellt werden, liegen bei je 300 000 DM. Die Kreditsumme kann jedoch durch einen LAB-Ergänzungskredit um weitere 300 000 DM aufgestockt werden, so daß der Existenzgründer insgesamt höchstens 900 000 DM von der LAB erhalten kann.

Im Jahre 1982 bewilligte die LAB in den drei großen Bereichen (Existenzgründungs-, Struktur- und Spezialprogramm) Kredite in Höhe von 1,4 Mrd. DM, was gegenüber dem Vorjahr einen Zuwachs von 4,9 Prozent bedeutet. Mit 824,2 (844) Mill. DM verringerte sich im Geschäftsjahr 1982 zwar die Unterstützung für gewerbliche und freiberufliche Existenzgründungen, doch stellt dieser Sektor, neben den Zusagen für Strukturprogramme (445,8 Millionen DM) und für Spezialprogramme (135,5 Millionen DM) mit 59 Prozent aller Bewilligungen nach wie vor den Hauptgeschäftszweig der LAB dar.

Als bemerkenswert bezeichnet die Bank ein starkes Süd-Nord-Gefälle. So stieg 1982 die Zahl der unterstützten Existenzgründungen in Bayern und Baden-Württemberg von 4400 auf 4800 mit 196 Mill. DM und 219 Mill. DM. Dagegen gingen in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen die Zusagen von 4700 oder 218 Mill. DM auf 3800 mit 179 Mill. DM zurück.

Die Bilanzsumme der LAB zum 31. 12. 1982 erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 182 Mill. (1,6 Prozent) auf 11,6 Mrd. DM. Das Geschäftsvolumen stieg um 72 Mill. DM (0,6 Prozent) auf 12,4 Milliarden DM. Von 6,0 Mill. DM Jahresüberschuß wurden 5,0 Mill. DM in die offenen Reserven eingestellt.

RENTENMARKT / Gerüchte über Sonderlombard

Furcht vor US-Zinsanstieg

Die Andeutungen Volckers, daß es in den USA zu einem Zinsanstieg kommen könnte und die Dollarhausse wirkten sich negativ auf den deutschen Rentenmarkt aus. Zwischenzeitlich kamen sogar Gerüchte auf, die Bundesbank werde einen Sonderlombard einführen, wie er schon einmal 1981 bestanden hatte.

Obwohl die Bundesbank solche Gerüchte dementierte, blieb der Trend am Rentenmarkt unsicher. Vor allem die Kurse öffentlicher Anleihen gaben deutlich nach. Die Rendite der Anleihen von Bund, Bahn und Post erhöhte sich nach Berechnungen der Börsen-Daten-Zentrale im Wochenverlauf von 7,62 auf 7,68 Prozent. Die Rendite der DM-Auslandsanleihen stieg von 8,16 auf 8,19 Prozent. (lf)

Emissionen	29.7. 83	22.7. 83	30.12. 82	30.12. 81	30.12. 80
Anleihen von Bund, Bahn und Post	7,68	7,62	7,45	10,05	9,30
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	7,49	7,48	7,04	10,55	9,88
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	7,85	7,85	7,11	10,26	9,43
Schuldverschreibungen der Industrie	7,75	7,69	8,24	11,52	8,35
Schuldverschreibungen öfftl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	7,81	7,81	7,05	10,12	9,37
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	7,52	7,52	7,43	10,50	9,70
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	8,26	8,26	7,94	9,75	9,05
Inländische Emittenten insgesamt	7,80	7,80	7,83	10,19	9,41
DM-Auslandsanleihen	8,19	8,16	8,45	10,32	8,32

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden, Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Friedr. W. Heering, Essen; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Fachs, Peter Philipps (stellv.); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Dr. Hellmut Jaesrich (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: i. V. Klaus Bruns; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheke (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; Johannesburg: Dr. Hans Germani; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Rom: Anna Tietjen; Tokio: Dr. Fred de la Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11; Telex 4 12 449, Anzeigen: Tel. (06 11) 77 90 11 – 13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Fischer

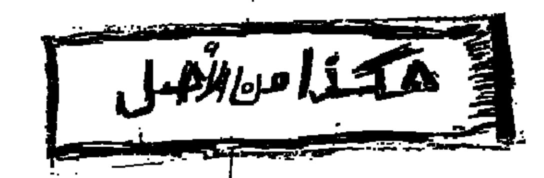
Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.



HAGEN BATTERIE / Vorsichtiger Optimismus

Erfolg trotz Preisdruck

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Unbefriedigend sei nach wie vor die Ertragslage in der Batteriebranche. Durch weltweite Überkapazitäten herrsche ein so starker Preisdruck, daß Kostensteigerungen nur zum Teil auf die Verkaufspreise abgewälzt werden konnten. Im schönen Gegensatz zu solcher Lageschilderung zeigt die Accumulatorenfabrik Wilhelm Hagen AG, Soest, für 1982 mit 3,4 (3,2) Mill. DM ihren seit langem besten Jahresüberschuß. Er wird mit 2 (1,9) Mill. DM für 10 (12) Prozent Dividende auf das nach Zusatzaktienausgabe 20 (16) Mill. DM betragende Aktienkapital ausgeschüttet. Der Rest füllt die Rücklagen auf jetzt 22,3 (25) Mill. DM wieder auf.

Der Vorstand des Familienunternehmens, das seit 1. Juli 1983 „Hagen Batterie AG" firmiert, nennt vor allem drei Gründe für das Ertragswunder: Bessere Auslastung der Kapazitäten, Umschichtung zu ertragsstärkeren Produkten und niedrigere Bleipreise. Der Umsatz der drei Inlandswerke (Soest, Kassel, Berlin) wurde bei leicht erhöhter Mitarbeiterzahl von 1151 (1127) um 3 (8,4) Prozent auf 170 Mill. DM mit nur noch 25,8 (31,5) Prozent Exportanteil gesteigert. Daneben existieren zwei produzierende Auslandsbeteiligungen, von denen die holländische „zufriedenstellend" und die italienische „unter unseren Erwartungen" arbeitete.

Die Gesamtinvestitionen wurden nochmals relativ hoch mit 12 (12,3) Mill. bei nur noch 8 (13) Mill. DM Abschreibungen fortgesetzt. Es läßt sich als Ausdruck von „vorsichtigem Optimismus" werten, den der Vorstand zumal beim Industriebatteriegeschäft auch für 1983 äußert. Im Bereich Auto-Starterbatterien freilich klingt die 1983er Prognose nach dem hier branchentypisch enttäuschenden ersten Quartal vorerst noch zurückhaltender. Lichtblicke in ihrer Sparte Anlagenbau sieht die Firma nun für die Fertigstellung der hier dominierenden zwei Iran-Fabriken (je eine für Starter- und Industriebatterien).

ERFOLGREICH IM WETTBEWERB / Basic Microcomputer: Eigenes System entwickelt

Berlin gab das Wagniskapital für die Innovation

H. G. STÜWE, Münster

Vier Jahre nach der Firmengründung, war die Erfolgsbilanz noch makellos. Das junge Unternehmen hatte sich mit der Idee, amerikanische Kleincomputer zu importieren, bis 1981 erfolgreich durchgesetzt und als Distributor für den US-Hersteller Apple den neuen, schnell wachsenden Markt erschlossen. Ein Vertriebsnetz mit 5 Geschäftsstellen und 150 Handelspartnern war aufgebaut. 70 Mitarbeiter setzten 25 Mill. DM um. Sigrid und Manfred Lettenmayer, Inhaber der Basis Microcomputer GmbH, Münster, hatten also allen Grund, zufrieden zu sein.

Doch dann kündigte Apple den Distributionsvertrag, die Grundlage des bisherigen Erfolges wurde entzogen. Die Lettenmayers entschließen sich daraufhin, ein eigenes Computersystem zu entwikkeln. Und der ehrgeizige Plan gelingt. Aufgrund der Marktkenntnis und des durch eigene Entwicklungsarbeit gewonnenen Knowhows brachte Basis gute Voraussetzungen mit, wie Sigrid Lettenmayer rückblickend feststellt. Basis habe sich „an bestehende und erprobte Technologien angelehnt", keineswegs jedoch den Apple-Computer nachgebaut.

Als die Durststrecke der Entwicklungszeit überstanden und das neue System zur Marktreife gebracht war, drohte der finanzielle Kollaps. Statt dringend benötigte neue Gelder zu bewilligen, kürzte die Münsteraner Hausbank die Kreditlinien. Mangelndes technisches Beurteilungsvermögen und wenig Einsicht in die Notwendigkeit innovativer Investitionen brachten, so Sigrid Lettenmayer, die Bank zu dieser Entscheidung. Aber auch bei anderen Kreditgebern hatte man wenig Erfolg: „Man fand unser Projekt zukunftsweisend, man bewunderte unseren Mut und wünschte uns viel Erfolg. Mit Finanzierung konnte man allerdings nicht dienen."

In dieser Phase bewahrte vor allem das Verständnis einiger Lieferanten für den Liquiditätsengpaß das junge Unternehmen vor dem Zusammenbruch. Eine neue Perspektive ergab sich erst, als Berlins Wirtschaftssenator Pieroth den Münsteranern eine Ansiedlung in Berlin schmackhaft machte.

Das Modell, das durch die Bereitstellung von Wagniskapital die finanzielle Konsolidierung ermöglichte: Stille Beteiligungen der WFG Deutschen Wagnisfinanzierungs-Gesellschaft in Höhe von 2,1 Mill. DM und des Berliner Senats (0,5 Mill. DM) an der neugegründeten Basis-Gesellschaft in Berlin sowie zu 80 Prozent vom Senat verbürgte Betriebsmittel- und Investitionskredite von zusammen 5,4 Mill. DM. Das Verhältnis zu den neuen Mit-Gesellschaftern sieht Sigrid Lettenmayer recht positiv: „Wir haben in der WFG verläßliche Partner, auch dann, wenn es Schwierigkeiten gibt."

Und Probleme wird es für Basis auch in Zukunft noch geben, schließlich ist die Expansion noch nicht abgeschlossen. Wurden 1982 vom Typ 108 4000 Einheiten produziert, so sollen die 110 Mitarbeier in diesem Jahr die zehnfache Anzahl herstellen und vertreiben. Bereits heute beträgt die Exportquote 75 Prozent, sind die Märkte in den USA und Fernost für Basis wichtiger als der europäische. Und sie werden es auch bleiben, glaubt Sigrid Lettenmayer.

Im Gegensatz zu den japanischen Herstellern sieht die Basis-Chefin für das eigene Unternehmen den deutschen Markt nicht als sehr wachstumsträchtig an, „weil es hier mit Nixdorf, Kienzle, Dietz, Siemens und Olivetti eine etablierte mittlere Datentechnik gibt". Gerade in diesen Bereich entwickelten sich aber die Personalcomputer mit zunehmender Leistung hinein. Einem vor drei Jahren für 100 000 DM angeschafften Computer sei beispielsweise heute ein Mikrocomputer für 5000 DM in der Leistung durchaus ebenbürtig.

Unter den gegenwärtigen Basis-Kunden haben die freien Berufe mit einem Umsatzanteil von 20 Prozent (bei steigender Tendenz) die größte Bedeutung. Es folgen der Ausbildungsbereich und die Großindustrie, auf die jeweils ein Viertel des Umsatzes entfällt.

Weitere Abnehmergruppen (jeweils 10 Prozent Anteil) sind private Nutzer sowie Klein- und Mittelbetriebe. Allerdings läßt sich ein Handwerksmeister in der Regel erst dann zum Kauf eines Mikrocomputers überreden, wenn ihm auf seine Branche zugeschnittene Programme offeriert werden können. Durch Kooperation mit Software-Herstellern bemüht sich Basis deshalb darum, das hier noch lückenhafte Angebot zu verbessern.

SÜDVIEH

Weniger Wurst abgesetzt

dpa/VWD, München

Der Verzehr von Wurst und Schinken ist in den ersten sechs Monaten 1983 um 2 Prozent zurückgegangen, teilten die Südvieh GmbH und die Südfleisch, nach eigenen Angaben größte genossenschaftliche Vermarkter von Lebendvieh in der Bundesrepublik, in München mit. Trotz der 1982 leicht zurückgegangenen Fleischproduktion in der Bundesrepublik blicken Südvieh und Südfleisch aber zufrieden auf 1982 zurück.

Die Südvieh konnte ihren Umsatz im vergangenen Jahr um 3,8 Prozent auf 794 Mill. DM steigern. Den größten Zuwachs erzielte das Nutzviehgeschäft mit 9,2 Prozent auf 291 Mill. DM, heißt es im Geschäftsbericht weiter. Die Preise für Schlacht- und Nutzvieh lagen um 4 Prozent über dem Niveau von 1981.

Die Südfleisch erhöhte den Umsatz 1982 um 16,5 Prozent auf 2,24 Mrd. DM. Das Wachstum war überwiegend dem Export zuzuschreiben, dessen Volumen um 29,2 Prozent auf 709 Mill. DM stieg.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Ansbach: Nachl. d. Werner Schulte, Wilburgstetten; **Berlin:** Nachl. d. Albert Otto Rudolf Schramm, Friseurmeister; Nachl. d. Margarete Moritz geb. Schaumberg; Nachl. d. Charalambos Manousakis; **Bielefeld:** Sven Schneider, Inh. d. Fa. Bild-Color-Service Schneider; **Bremen:** Roland Zahntechnik GmbH; **Donauwörth:** Nachl. d. Alfred Fey, Lauingen/Donau; **Dortmund:** SMT System Montage Technik GmbH; Hans Walter, Castrop-Rauxel; **Düren:** Bauunternehmung Beyer GmbH Hoch- und Tiefbau, Restaurierung, Langerwehe; **Essen:** Huth-Türen Handelsges. mbH; Nachl. d. Manfred Burgardt; **Frankfurt/Main:** Allgemeine Taxibetreuungsges. mbH; **Hamburg:** Grundstücksgesellschaft „Klostertor" mbH; **Heidelberg:** Brigitte Brauchle, Geschäftslokal: Boutique Jessica, Leimen; Ges. d. Fa. Julius Rein KG, Mauer; **Neustadt/Wstr.:** Hermann Hofmeister, Bad Dürkheim; **Seesen:** Ingeborg Weinrich, Altenheime „Zum Abtshof" und „Abendsonne", Langesheim; **Stuttgart:** Folk Moden Vertrieb GmbH, Sindelfingen; **Waldshut-Tiengen:** Gaspar GmbH; Regaplast Kunststoff GmbH; **Wuppertal:** Nachl. d. Alwine Emilie Hausmann geb. Reuter.

Anschlußkonkurs eröffnet: Kehl: Hess Sondermaschinen GmbH, Willstätt; **Memmingen:** Gebrüder Abt GmbH & Co. Mindelheim.

Vergleich eröffnet: Bückeburg: Heinrich Beck KG, Auetal.

VEREINIGTE WERKSTÄTTEN / Umsatzrückgang

Irak-Auftrag belastet

DANKWARD SEITZ, München

Von einer Aufbesserung der Auftragseingänge und einer Belebung im Geschäft mit Wiederverkäufern in den ersten Monaten 1983 berichtet die Vereinigte Werkstätten für Kunst im Handwerk AG, München. Mit dem Hinweis auf die noch immer unsichere Konjunktur wagt der Vorstand allerdings noch keine Prognose für das Gesamtjahr. Entscheidender Unsicherheitsfaktor ist aber ein vor längerer Zeit hereingenommener Irak-Auftrag im Wert von schätzungsweise rund 50 Mill. DM – genaue Angaben hierzu werden nicht gemacht. Ungewiß ist, ob es gelingt, Forderungen in zweistelliger Millionenhöhe durchzusetzen, die aus einer Erhöhung des Leistungsvolumens entstanden sind.

Bereits im Geschäftsjahr 1982 hinterließ dieser Auftrag, von dem bisher nur ein kleiner Teil abgerechnet werden konnte, deutliche Spuren, zumal sich auch die Vereinigten Werkstätten nicht dem allgemeinen Abwärtstrend in der Möbelindustrie entziehen konnten. Erhebliche Verzögerungen bei der Planung und Durchführung des Irak-Geschäfts, so der Vorstand, sind der Hauptgrund für den Umsatzrückgang um 15,3 Prozent auf 51,3 Mill. DM. Das wird auch in dem Absinken der Exportquote auf 26,9 (29,5) Mill. DM deutlich, obwohl ein letzter Bauabschnitt am Hyatt Regency Hotel in Kuwait und umfangreiche Ausbauarbeiten am saudiarabischen TV-Center in Riad abgerechnet wurden.

Beim Rohertrag war das Ergebnis etwas günstiger: Er sank um 12,8 Prozent auf 27,4 Mill. DM. Insgesamt muß aber ein Jahresfehlbetrag von 0,54 Mill. DM ausgewiesen werden. Im Vorjahr war noch ein Überschuß von 0,43 Mill. DM erzielt und eine Dividende von 4 (4+1) DM ausgeschüttet worden. Am Grundkapital von 3,99 Mill. DM ist das Bankhaus Merck, Finck & Co. mit über 25 Prozent beteiligt; der Rest liegt in Streubesitz.

Positives Ergebnis bei Conoco GmbH

dpa/VWD, Hamburg

Die Conoco Mineralöl GmbH (Hamburg), deutsche Tochtergesellschaft des US-Ölkonzerns Conoco Inc., weist auch für 1982 ein positives Ergebnis aus. Der Jahresüberschuß der Gesellschaft, die in der Bundesrepublik die Jet-Tankstellen betreibt, betrug 10,2 Mill. DM nach 43 Mill. DM im Vorjahr. Der Absatz lag laut Jahresbericht mit 2,1 Mill. t nur geringfügig über Vorjahreshöhe. Die Versorgung wurde überwiegend aus der Raffinerie Karlsruhe gedeckt, an der Conoco mit 25 Prozent beteiligt ist. Der Umsatz belief sich auf 3,6 Mrd. DM, 5,7 Prozent weniger als 1981.

Die Investitionen betrugen 13,4 (13,9) Mill. DM. Sie gingen hauptsächlich in das Tankstellengeschäft. Das Tankstellennetz hat sich durch Rationalisierungsmaßnahmen zum Jahresende 1982 auf 380 (410) Stationen verringert.

SEKRETÄRINNEN / Gute Erfahrungen mit der modernen Büro-Technologie

„Loyalität in jeder Situation"

PETER FLÜHR, Bonn

Wenn es drunter und drüber geht, sollten wichtige Funktionen ausübende Personen die Übersicht wahren. Patentlösungen gibt es dafür allerdings nicht. Nur ein eingearbeitetes und sich respektierendes Team weiß heikle Situationen unkompliziert zu meistern. Immer häufiger tritt der Fall ein, daß manche qualifizierte Chefsekretärin als Assistentin Führungsaufgaben übernimmt.

Dies erfordert ein hohes Maß an technischem und wirtschaftsrechtlichem Verständnis. Die Sekretärin trägt also in vielerlei Hinsicht Verantwortung.

Der diesjährige Deutsche Sekretärinnen-Tag arrangierte aus diesem Grunde einen fachlichen Gedankenaustausch mit Kolleginnen, die ihre beruflichen Aufgaben Tag für Tag „engagiert und kreativ" angehen. Bei der Münchener Fachveranstaltung vermittelten Experten die neuesten Erkenntnisse für rationelle und anwendbare Organisationsformen im Sekretariat. In informativen, praxisnahen Referaten und Seminaren wurden konkrete Lösungswege für den persönlichen Arbeitsbereich aufgezeigt. Eine erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen Chef, Sekretariat und den Mitarbeitern beruhe im wesentlichen auf der „Loyalität in jeder Situation", resümierte eine Referentin.

Auf eine Veränderung im positiven Sinne machte ein Vortrag aufmerksam, der den Erfahrungen mit dem Einsatz neuer Bürosysteme gewidmet war. Es bestehe kein Zweifel, daß durch die Technik sich wiederholende Arbeitsvorgänge erheblich erleichtert werden. Mit Sicherheit warte die Elektronik in den kommenden Jahren mit weiteren Entlastungen auf.

Diese Aspekte hatten auch bei der 6. Sekretärinnen-Fachtagung in Heidelberg Priorität. Die Themen Steigerung der eigenen Leistungsfähigkeit, „Verbesserung der Arbeitsmethodik" und psychologischer Umgang mit den Vorgesetzten standen im Vordergrund.

Das Management Institut Hohenstein gewährt den Teilnehmerinnen Einblick in das „Büro der Zukunft". Die Sekretärin müsse darüber und über innerbetriebliche Strukturen informiert sein, um den sich laufend ändernden Anforderungen gewachsen zu sein.

Wie sich die wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen der kommenden Jahre auf die Arbeit der Sekretärin auswirken werde, wurde in einer abschließenden Diskussion erörtert. Grundtendenz: Entscheidend ist die Einstellung des einzelnen. Im gesellschaftspolitischen Spannungsfeld habe jeder seine Rolle zu spielen.

BÜCHER DER WIRTSCHAFT

Institut der deutschen Wirtschaft (Hrsg.), Wirtschaftliche Entwicklungslinien und gesellschaftlicher Wandel, Deutscher Instituts-Verlag, Köln, 1983, 320 Seiten, 34,00 DM

Die gegenwärtige Situation moderner, westlich geprägter Industrienationen, auch die der Bundesrepublik, läßt sich in einem großen Paradoxon fassen: Einem wirtschaftlich-sozialen Erfolg, der einen der höchsten Zivilisationsstandards der Welt hervorgebracht hat und garantiert, steht anscheinend eine sinkende Fähigkeit gegenüber, die Probleme und Belastungen, die sich aus dieser Entwicklung ergeben, zu lösen und abzubauen. Die Artikel namhafter Wissenschaftler diskutieren die Möglichkeiten, den anstehenden Problemen im jeweiligen gesellschaftlichen Teilbereich adäquat zu begegnen. Der Sammelband, der anläßlich des 65. Geburtstages von Professor Burghard Freudenfeld von seinem Institut herausgegeben wurde, gibt Hinweise auf mögliche Lösungen – quer durch alle Disziplinen. Er fordert auf zur offenen und öffentlichen Diskussion ohne Dogmatismus und Besserwisserei.

Heirich/Neidhart/Zwerger, Schadenfälle im Ausland, für 24 europäische Länder, ADAC-Verlag, 1983, 252 Seiten, 28,00 DM

Wenn deutsche Urlauber im Ausland in einen Unfall verwikkelt werden, werden Schadenersatz, Schmerzensgeld, Anwaltskosten häufig zum Problem. Bundesdeutsche Maßstäbe können selten angelegt werden. Die Auslandsjuristen des ADAC haben deshalb das Fachbuch „Schadensfälle im Ausland" geschrieben. Für 24 europäische Länder sind in einheitlichem Schema Haftungsgrundlagen, Schadensabwicklung und Gerichtsverfahren knapp und verständlich dargestellt.

Hans E. Büschgen (Hrsg.): Handwörterbuch der Finanzwissenschaften (HWF), C. E. Poeschel Verlag, Stuttgart 1976, ungekürzte Studienausgabe, 1990 Spalten, (kart.), 72,00 DM

Der vorliegende Band VI der Enzyklopädie der Betriebswirtschaftslehre ist jetzt als ungekürzte Studienausgabe in kartonierter Form erhältlich. Ein Umstand, der das Handwörterbuch nun auch über den Preis attraktiv erscheinen läßt. Namhafte Autoren aus Wissenschaft und Praxis sorgten für einen zuverlässigen und umfassenden Überblick über die gesamte Finanzierung, angefangen mit Teilproblemen bis hin zu konzeptionellen Problemfeldern.

Paul Engels: Die Versicherungen des Betriebs, Rudolf Haufe Verlag, Freiburg 1982, 188 S., 34,80 DM Der Untertitel weist darauf hin, wie das Buch sich verstanden wissen will: als Leitfaden für Klein- und Mittelbetriebe. Die 21 wichtigsten Betriebsversicherungen werden ausführlich und verständlich vorgestellt. Eine Risiko- und Bedarfsanalyse steht am Anfang, Hinweise für die Auswahl der richtigen Versicherung und für den Abschluß eines Versicherungsvertrages schließen sich an. Tabellen und Checklisten helfen, ein individuelles Versicherungskonzept zu erstellen.

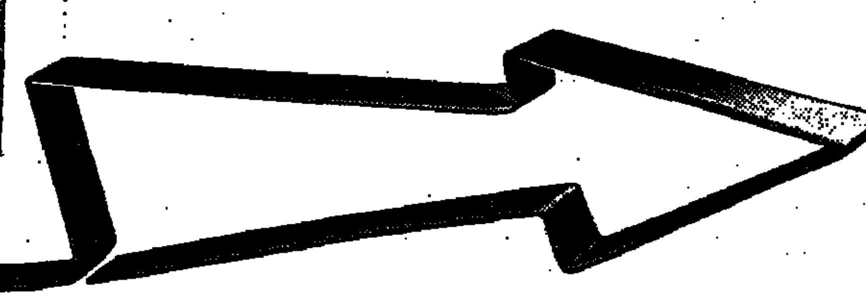
Knorr-Bremse: Umsatzrückgang

VWD, München

Die Firmengruppe der Knorr-Bremse KG, München, erwartet für 1983 geringere Umsatzerlöse. Lediglich die zur Knorr-Bremse-Gruppe gehörenden Motoren-Werke Mannheim AG (MWM), Mannheim, konnte größere Aufträge verbuchen, so daß bei MWM 1983 mit einem Umsatzzuwachs gerechnet wird.

Wie Knorr-Bremse in einem Überblick über das Geschäftsjahr 1982 weiter mitteilte, stieg der konsolidierte Umsatz aller mehrheitlich zur Gruppe gehörenden 20 Gesellschaften um 9,7 Prozent auf 1,512 (1,378) Mrd. Mark. Dabei konnten die sieben deutschen Werke ihre Umsätze um 10,2 Prozent auf 1,019 (925) Mrd. Mark steigern. Bei den ausländischen Firmen ergab sich ein Zuwachs um fünf Prozent auf 556 (530) Mill. Mark.

Mit 966 Mill. Mark blieben die Auftragseingänge hinter dem Vorjahreswert von 1,035 Mrd. Mark zurück, so daß sich der Auftragsbestand Ende 1982 auf 405 (458) Mill. Mark verringerte. Zum Jahresende 1982 und in der ersten Hälfte 1983 mußte in einzelnen Bereichen kurzgearbeitet werden. Für 1983 wird mit einem um etwa zwei Prozent geringeren Umsatz gerechnet. Die Zahl der Mitarbeiter im Inland ging 1982 leicht auf 6,936 (6,979) und in der Gruppe weltweit auf 11,273 (11,321) zurück. Für 1983 sind im Inland 51,0 (45,6) Mill. Mark Investitionen geplant. Die Investitionen der Gruppe betrugen 1982 68,9 (61,6) Mill. Mark. Das Ergebnis der Inlandsgruppe 1982 wird als „vergleichsweise günstig" bezeichnet.



DE DANSKE SPRITFABRIKKER / In Dänemark marktbeherrschend

Verkauf in Deutschland stagnierte

H. HILDEBRANDT, Kopenhagen

Beim Konsum von Aquavit, der Spirituose, die unter Verwendung eines Destillats aus Kräutern und Gewürzen hergestellt wird, sind die Dänen unangefochten Weltmeister. Ihr größter Produzent, die A/S De Danske Spritfabrikker (DDSF), Kopenhagen, konnte 1982 den Umsatz um fast 7 Prozent auf 2,02 (1,89) Mrd. dänische Kronen (rund 567 Mill. DM) erhöhen. Der Gewinn des Unternehmens betrug 43 Mill. dkr (rund 12 Mill. DM).

Insgesamt füllte die DDSF 21,7 Mill. 0,7-l-Flaschen ab. Weit über drei Viertel der Aquavitproduktion hat die Spritfabrikker im Inland verkauft, der Rest wurde exportiert. Der Aquavit-Marktanteil der DDSF in Dänemark erreichte rund 90 Prozent.

Die Exportinteressen von Dänemarks größtem Spirituosenhersteller werden von der Danisco-Gruppe, Kopenhagen, vertreten. Mit 33 Tochter- und Beteiligungsgesellschaften erzielte dieses Unternehmen im vergangenen Jahr einen Gewinn von etwa 16,2 Mill. DM. Die Interessen der A/S Danisco reichen vom traditionellen Aquavit-Export bis hin zur Herstellung von Kosmetika, Parfüm und chemischen Produkten. Weiter gehören zum Konzern Firmen, die auf dem Gebiet der Wasserbehandlung und Abwässerreinigung tätig sind.

Im Gegensatz zum dänischen Markt konnte die Danisco in der Bundesrepublik Deutschland, einem ihrer wichtigsten Exportmärkte, keine so erfreuliche Entwicklung feststellen.

Die deutschen Abnehmer dänischer Spirituosen reagierten wesentlich allergischer auf die drastischen Maßnahmen des Fiskus, via Branntweinsteuer-Erhöhung seine Einnahmen zu verbessern.

Die deutsche Tochtergesellschaft des dänischen Produzenten, die Danisco-De Danske Spritfabrikker GmbH, Berlin, hat sich bei der derzeitigen Misere auf dem deutschen Spirituosenmarkt allerdings noch relativ gut gehalten. Während hierzulande 1982 der Branchenabsatz um 15 Prozent zurückging, waren es bei der Berliner Gesellschaft „nur" 12 Prozent. Dies bedeutete allerdings eine Umsatzminderung um 8 Prozent auf 63,5 (69) Mill. DM.

Betroffen von der Misere war vor allem der in Berlin produzierte „Malteserkreuz Aquavit", von denen mit 2,5 Mill. Flaschen 13 Prozent weniger abgesetzt wurden als im Vorjahr. Dagegen hat sich die Spitzenmarke des Unternehmens, der aus Dänemark importierte „Aalborg Jubiläums Akvavit", als äußerst marktstark erwiesen. Mit einer Million abgesetzten Flaschen gab es keinen Mengenverlust, im Lebensmitteleinzelhandel sogar noch ein leichtes Plus.

Demgegenüber wurde auch hier die derzeitige Umsatzschwäche in der Gastronomie deutlich. Regional gesehen liegt übrigens der Absatzschwerpunkt für Aquavit deutlich im Norden und Nordwesten der Bundesrepublik sowie in Berlin, der Süden holt aber leicht auf.

Die ersten fünf Monate 1983 geben laut Bernd Gröning, dem Geschäftsführer der Berliner Gesellschaft, keinen Grund zur Euphorie. Er erwartet jedoch eine Stabilisierung des Marktes „wenn der Branche für längere Zeit keine erneuten Steuererhöhungen zugemutet werden".

FECHTEN / Bei der WM in Wien das olympische Ergebnis von 1976 noch übertroffen

Wütender Pusch: „Ich hatte einen Filmriß"

ANDREAS SCHIRMER, Wien

Alexander Pusch riß fassungslos, wütend die Maske vom Gesicht und stapfte verärgert von der Planche. Auch sein viertes Duell hatte er im Finale des Degen-Mannschaftswettbewerbs der Fecht-Weltmeisterschaften in Wien gegen Frankreich verloren. Die 7:9-Niederlage gegen das französische Team schmerzte, wurde aber von den zuvor errungenen Erfolgen mehr als wettgemacht.

„Ich hatte einen Filmriß, einfach einen Blackout. Den Titel habe ich fast allein verschenkt", übte Pusch Selbstkritik, als am Schlußtag die Wettkämpfe in Wien zu Ende waren. Erklären konnte sich der zweimalige Weltmeister und Olympiasieger von 1976 diesen rapiden Leistungsabfall nicht. Bis zum Zweikampf mit dem französischen Titelverteidiger um Gold war der 28jährige Pusch herausragender Akteur im Kreis seiner Tauberbischofsheimer Teamkollegen Elmar Borrmann, Rafael Nickel, Volker Fischer und Ersatzmann Gerhard Heer.

Am Vorabend der Finalrunde von seinen Vereinskameraden noch in voller Montur in den Hotel-Swimmingpool geworfen, behielt Alexander Pusch einen kühlen Kopf und gewann alle seine 15 Gefechte. Mit brillanten Kunststößen auf Hand und Fuß, fast Filigranarbeit mit der Klinge, ließ er seine enttäuschende Leistung in der Einzel-Konkurrenz (33. Platz) vergessen. In der Degen-Nationalmannschaft hatte Pusch selten zuvor so aufgetrumpft, galt er doch mehr als eigenwilliger Individualist, weniger als treibende Kraft im Teamgefüge. „Sie haben mich so auf die Mannschaft gedrillt", scherzte der Porsche-Fahrer noch vor dem WM-Titelkampf.

Seit fünf Jahren – 1978 in Hamburg wurde Pusch zuletzt Weltmeister – müht er sich, noch einmal die Degen-Elite zu entzaubern. „Er wird noch einmal ganz oben stehen. Darum werde ich kämpfen wie ein Löwe", versucht Bundestrainer Emil Beck seinen Musterschüler zu motivieren.

Wie ein Löwe im Käfig irrte der Meistertrainer im Degen-Finale um die Planche. Gefangen in der sportlichen Leidenschaft und im Streben nach Erfolg, mußte er fast tatenlos mit ansehen, wie die deutsche Mannschaft sich Gefecht um Gefecht von der Medaille entfernte. Seine Anweisungen und Zurufe verhallten in einer Atmosphäre der Nervosität.

Kein einziges Mal konnte die deutsche Equipe gegen die Franzosen in Führung gehen. Ohne den verletzten Ex-Weltmeister Philippe Riboud waren sie zu schlagen, doch zeigten die vier französischen Athleten in entscheidenden Augenblicken mehr Kampfgeist – allein fünf Gefechte verloren die Deutschen mit 4:5 Treffern.

Zwar konnten Rafael Nickel, er hatte Geburtstag und wurde 25 Jahre alt, und Elmar Borrmann das Tauberbischofsheimer Quintett nach einem fast aussichtslosen 5:8-Rückstand noch einmal auf 7:8 heranbringen, doch Volker Fischer fehlte die Nervenkraft und das Glück, um auszugleichen.

„Unmittelbar nach dem Kampf bin ich natürlich enttäuscht gewesen. Im Zusammenhang mit den anderen Erfolgen ist diese Silbermedaille jedoch eine großartige Leistung", meint Emil Beck, dessen Degen- und Florett-Fechter ihm vier Medaillen bescherten.

Anders als seine Herren-Florett-Mannschaft, die in Wien zum dritten Mal Weltmeister wurde, ist die Degen-Garde keine homogene Einheit. Es sind fünf Individuelle, teils sogar exzentrische Typen. In der WM-Vorbereitung war der „tägliche Hauskrach" (Beck) programmiert. Daß sie trotzdem bis ins Finale vorstoßen konnte, war Balsam für die arg strapazierten Nerven des Bundestrainers. Nach dem ersten Goldgewinn auf Degen 1973 in Göteborg war der zweite große Erfolg einer deutschen Equipe in dieser Waffe nicht mehr so greifbar nahe.

„Diesen Titel hätte ich auch noch gerne mit nach Hause genommen", erklärt Elmar Borrmann, der drei Tage vorher im Einzel gewonnen hatte. „Tausend Mark hätte ich auf einen Sieg gesetzt."

Wette verloren, Silber gewonnen.

Meilensteine auf dem Weg nach Los Angeles

ANDREAS SCHIRMER, Wien

Die Franzosen verhinderten, daß in die Erfolgskette des Deutschen Fechter-Bundes (DFB) noch ein weiteres goldenes Glied eingefügt werden konnte. Enttäuscht reagierten die Degenfechter, fast erleichtert die Funktionäre. „Mit noch einem Titel in der Tasche wäre der Erfolgsdruck bei den Olympischen Spielen 1984 in Los Angeles noch viel größer", warnte der Hamburger Mannschaftsführer Horst Wauschkun. Seine Präsidiumskollegin Erika Dienstl schlug den gleichen Ton an: „So leicht werden wir nicht wieder Degen-Gold holen können, aber man sollte nicht maßlos werden."

Schnell kann das vorolympische Strohfeuer im Fechten verglühen. „In keiner Sportart ist die Weltspitze so dicht gedrängt. Um so wertvoller ist unser Abschneiden in Wien zu beurteilen", weiß Bundestrainer Emil Beck.

Im letzten Jahr in Rom waren die deutschen Fechter erfolglos geblieben. Der tödliche Unfall des sowjetischen Ex-Weltmeisters Wladimir Smirnow, in den Matthias Behr unglücklich verwickelt war, hatte sie gelähmt. Fehler in der Vorbereitung waren ein weiterer Grund für das Leistungstief. Treff- und zielsicher wie niemals zuvor in der Geschichte der Weltmeisterschaften waren die Deutschen in Wien. Sogar das Hoch der Olympischen Spiele von 1976 wurde übertroffen, insgesamt wurden fünf Medaillen geholt.

Der Tauberbischofsheimer Mathias Gey (23) scheiterte nur knapp am fünfmaligen Weltmeister im Herren-Florett, dem Sowjetrussen Alexander Romankow. Wenn seine sportliche Entwicklung weiter solche Fortschritte macht, könnte der Architekturstudent schon 1984 aus der Kronprinzen-Rolle herausschlüpfen. Nach 1977 und 1976 schaffen die Florett-Asse den Titel-Hattrick.

Nicht ganz so glücklich endeten für die Damen die Wettkämpfe. Sie empfinden sich als Opfer der Kampfrichter, die trotz elektronischer Trefferanzeigen im Fechten immer noch über Sieg und Niederlage entscheiden können.

Souverän hat Elmar Borrmann die WM-Konkurrenz ausgefochten. In Erinnerung wird bleiben, wie der 26jährige Degen-Gewinner in der Manier eines Pokerspielers zwei Finalgefechte mit dem letzten Treffer gewann. Überlegen, wie er Weltcup- und Weltmeisterschaft beherrscht hat, ist Borrmann Medaillenanwärter Nummer eins für den olympischen Fecht-Wettbewerb. Gleichfalls war er tragende Säule in der Degenmannschaft, die am WM-Schlußtag noch Silber holte.

Bundestrainer Emil Beck erlebte in Wien seine Renaissance: 21 WM-Medaillen in einem Jahrzehnt sind seine Erfolgsmarke.

Die Weltmeisterschaftsmedaillen sind für den Fechterbund Meilensteine auf dem Weg zu den Olympischen Spielen 1984. „Alle Mannschaften haben sich für 1984 qualifiziert, damit haben wir unser wichtigstes Ziel erreicht", resümiert Vizepräsident Horst Wauschkun. Im Schatten des Medaillenplatzes haben auch die deutschen Säbelfechter ihre Olympia-Tickets in der Tasche. Mit dem achten Platz haben sie die Qualifikationsnorm des Nationalen Olympischen Komitees (NOK) erfüllt.

„Bisher haben wir nur mit drei Waffen Punkte für die Nationenwertung geholt. Wenn im Säbel weiter Fortschritte gemacht werden, können wir stärkste Fechtnation werden", hofft Emil Beck. In Wien wurde dieses Ziel noch verfehlt. Zum drittenmal in der Nachkriegsgeschichte wurden die sowjetischen Fechter gestürzt. Ungarn konnte bereits 1963 und 1972 die UdSSR niederringen. An die Spitze der Fechtwelt 1983 setzte sich in Wien Italien vor Deutschland und der UdSSR.

Der BR drehte eine kostspielige Fernsehserie über den „Trotzkopf"

Aus der Welt der höheren Töchter

Wenn die Mädchen in Fräulein Möders strengem Pensionat in Eisenach ein Paket von zu Hause bekamen, wurde es von der Direktion geöffnet, und es wurden nicht nur die darin enthaltenen Süßigkeiten gleichmäßig auf die Schülerinnen verteilt, sondern auch, falls es darin liegen sollte, das Buch „Trotzkopf" der Emmy von Rhoden entfernt und der Adressatin erst nach Verlassen der Anstalt ausgehändigt. Denn es handelte sich – wie der Titel ahnen läßt – um ein etwas aufsässiges literarisches

Der Trotzkopf – ARD, 17.20 Uhr

Porträt jener Einrichtung zur Heranbildung von höheren Töchtern.

Die Autorin bezog ihre Kentnisse aus erster Hand, von ihrer Tochter, die eine Insassin war – ob nun ganz so trotzig wie ihr Ebenbild, ist nicht bekannt. Sicher ist dagegen der ungeheurere Erfolg, den das Buch der Baronin Rhoden hatte, ein Erfolg, den sie nur um ein Jahr überlebte. Als die Leserschaft und der Verlag auf eine Fortsetzung drängten, sprang die Tochter selber ein, und später dann eine Holländerin namens Suse Lachappelle-Roobol, die den Lebensweg der kleinen Ilse vom Pensionat in die Ehe und sogar bis in den Status der Großmutter weiterverfolgten.

Man hätte es vorhersagen können, daß nach Courts-Mahler, Ganghofer und Marlitt auch die Geschichte der trotzköpfigen Ilse auf den deutschen Fernsehschirmen landen würde. Die heile Welt vor der letzten Jahrhundertwende, im vollen Schmuck ihrer Möbel und Kostüme, Sitten und Gebräuche, ist von unwiderstehlicher Anziehungskraft. Literarische Werte sind bei dieser Backfischlektüre unserer Großmütter allerdings nicht einmal mit der Lupe zu entdecken. Ihre Beliebtheit erklärt sich, wie die so vieler Evergreens der Buchdruckerpresse, die sich in alle erdenklichen anderen Medien übertragen lassen, aus der Grundsituation von Held oder Heldin, die von allen Konsumenten genüßlich nachgelebt wird: dem Eintritt in eine fremde neue Welt, der man einerseits durch wetteifernde Anpassung, andererseits durch Trotz und Rebellion zu begegnen sucht.



Die 16jährige Ilse (Anja Schüte) wird von ihrem Vater (Klaus Barner) in ein Internat gebracht FOTO: TELEBUNK

Das gehört ja auch zu den Rezepten Karl Mays, in dessen Romanen immer wieder der Neuling sich bewähren muß. Was das für eine zu bewältigende Außenwelt ist, kann mehr oder weniger gleichgültig sein, wenn sie sich nur recht pittoresk darbietet. Dem Auge höchst wohlgefällig ist das Ende des vergangenen Jahrhunderts. Ob man nun eine Tendenzwende anstrebt, ist eine andere Frage, die auch das Familienprogramm des Bayerischen Rundfunks, dem die kostspielige Aufbereitung des Trotzköpfchen-Stoffes in acht Nachmittagssendungen zu verdanken ist, nicht so eindeutig beantworten wird.

Es entbehrt nicht einer gewissen Pikanterie – und manche Fernseh-Journalisten haben sich auf dies Detail gestürzt –, daß die Protagonistin, die der Regisseur Helmut Ashley ausgewählt hat, die Hamilton-Entdeckung Anja Schüte ist und in den „Zärtlichen Kusinen" mitgewirkt hat.

HELLMUT JAESRICH

KRITIK

Manches blieb unerwähnt

Dem einen verhalf der 50. Jahrestag seiner Machtergreifung, dem anderen sein 100. Geburtstag zur intensiveren Medien-Beachtung. Und so brachte dann das ZDF die Mussolini-Reportage „Der andere Führer". Beim TV-Blick auf das Mausoleum im Geburtsort Predappio und in die Versammlungen der Traditions-Partei MSI wurde deutlich: Die postfaschistische Komponente ist in Italien weitaus stärker als die postnazistische in Deutschland.

Doch bei allem Respekt vor der Fülle der Impressionen und Interviews: Die ideologiegeschichtliche Seite blieb in dem Film unterbelichtet. Den „Duce" und den „Führer" verband ja manches – bereits 1934, als der eine noch Truppen zum Schutze Österreichs am Brenner aufmarschieren ließ. Und sie trennte auch einiges voneinander – selbst als Verbündete im Zweiten Weltkrieg und vorher im spanischen Bürgerkrieg. Daß dieser genauso unerwähnt blieb wie die Annexion Albaniens mag als Lappalie hingehen. Schwerer wiegt, daß gar nicht versucht wurde, Gemeinsames und Trennendes zwischen Nationalsozialismus und Faschismus herauszuarbeiten.

Anders als die Autoren meinten, gab es keinen jähen Bruch zwischen dem frühen radikalsozialistischen und dem späteren faschistischen Mussolini. Er war in beiden Lebensphasen ein Gegner des parlamentarischen Systems und ein Anhänger des (in dem Film unterschlagenen) Syndikalisten und Gewalttheoretikers Georges Sorel, der Lenin wie auch den Duce als Erlöser von der liberalen Dekadenz begrüßte. Zwischen Großonkel Benito und dem Großneffen und heutigen kommunistischen Funktionär Claudio Mussolini besteht also nicht nur Blutsverwandtschaft.

GIESELHER SCHMIDT

STUDIO

Tagesschau-Sprecher Köpcke wird so bald nicht arbeitslos. Der zukünftige Chefredakteur von „ARD-aktuell", Heiko Engelkes, sagte dies zu Berichten über eine **neue Tagesschau-Struktur.** Ende 1985 allerdings, so Engelkes, könnte es zu Umstellungen und Änderungen bei den TV-Nachrichten kommen. Der jetzige ARD-Chefkorrespondent in Paris ließ wissen, daß sich im Auftrag der deutschen ARD-Intendanten eine Expertengruppe zusammensetzen werde, um eine neue Form der Tagesschau und der anderen Nachrichtensendungen zu entwickeln. Die Experten haben zwei Jahre Zeit. Im Oktober 1985 soll dann die „neue Tagesschau" präsentiert werden.

(SAD)

ZAHLEN

FUSSBALL

Intertoto-Runde, Gruppe 1: Enschede – Düsseldorf 1:0.

1. Enschede	6 4 1 1	14:10	9:3
2. Lüttich	6 4 0 2	12:9	8:4
3. FC Zürich	6 2 2 2	13:13	6:6
4. Düsseldorf	6 0 1 5	9:17	1:11

Gruppe 2: Kopenhagen – Sofia 0:0, Young Boys Bern – Slavia Prag 2:1. – **Gruppe 3:** St. Gallen – Bremen 1:2, Stettin – Malmö 2:0.

1. Stettin	6 3 2 1	10:10	8:4
2. Bremen	6 3 1 2	12:8	7:5
3. M7almö	6 2 1 3	7:9	5:7
4. St. Gallen	6 1 2 3	10:12	4:8

Gruppe 4: Luzern – Aarhus 1:0. – **Gruppe 5:** Innsbruck – Preßburg 3:2, Budapest – Tuzla 2:2. – **Gruppe 6:** Odense – Stavanger 0:3. – **Gruppe 7:** 1903 Kopenhagen – Göteborg 0:0, Wif – Gdingen 3:2. – **Gruppe 8:** Hammarby – Bielefeld 2:1, Bryne – Vratza 0:3.

1. Hammarby	6 6 0 0	19:3	12:0
2. Bielefeld	6 4 0 2	10:5	8:4
3. Vratza	6 2 0 4	6:9	4:8
4. Bryne	6 0 0 6	1:19	0:12

Gruppe 9: Szekesfehervar – Krakau 6:0, Graz – Cheb 1:1. – **Gruppe 10:** Braunschweig – Boras 4:0, Plovdiv – Vitkovice 5:1.

1. Vitkovice	6 4 1 1	13:11	9:3
2. Braunschweig	6 3 1 2	9:5	7:5
3. Plovdiv	6 2 1 3	11:8	5:7
4. Boras	6 1 1 4	3:12	3:9

Freundschaftsspiele: Nürnberg – Glasgow 0:0, Bad Brückenau – Frankfurt 1:11, VfB Uerdingen – Bayer Uerdingen 0:2, Saarbrücken – Ajax Amsterdam 1:1, Offenbach – Aberdeen 3:2, Helmstedt – Charlottenburg 1:1, Tennis Borussia Berlin – Hertha BSC Berlin 1:7, Gebbhardshagen – Dukla Prag 1:13, Wattenscheid – Lüdenscheid 3:1, Bergisch Gladbach – Leverkusen 0:6, Osnabrück – Dortmund 0:7, Biebesheim – Darmstadt 1:5, CSC Kassel – Hessen Kassel 1:1, Kiel – Siegen 2:2, Ulm – Köln 1:3, Hildesheim – Hertha BSC 0:6, Stuttg. Kickers – Saloniki 3:1.

– **Turnier in Dormagen:** Dormagen – Aachen 1:4, Fort. Köln – Viersen 1:2. – **Turnier in Freiburg:** Basel – Bochum 1:2, Freiburger FC – SC Freiburg 0:5. – **Turnier in Karlsruhe:** Halbfinale: Karlsruhe – Bayern München 3:2, Hamburg – Prag 3:0, Spiel um Platz 3: München – Prag 2:0, Finale: Karlsruhe – Hamburg 1:1 nach Elfmeterschießen 8:9. – **Turnier in Salzburg:** Salzburg – Alkmaar 0:2, Mönchengladbach – Wien 1:3, Mönchengladbach – Salzburg 3:0, Wien – Alkmaar 1:1, Sieger: Alkmaar. – **Turnier in Havelse:** Havelse – Hannover 96 2:4, Osnabrück – Arm. Hannover 6:1.

EISHOCKEY

Freundschaftsspiel: Rosenheim – Landshut 3:8.

VOLLEYBALL

Freundschaftsspiele, Damen: Deutschland – Japan 0:3, Deutschland – Japan 0:3.

WASSERBALL

Zweite Junioren-WM in Barcelona, 2. Vorrundenspieltag: Deutschland – Holland 7:8. – Länderspiel in Wuppertal: Deutschland – Australien 7:3.

HOCKEY

Länderspiel in Kassel: Deutschland – Polen 2:1.

GOLF

Internationale Offene Meisterschaften von Deutschland in Köln-Refrath, Stand nach der dritten Runde: 1. Pavin (USA) 67+71+68=206, 2. Brand sen. 74+67+68=209, Way (beide England) 68+70+71=209, 4. Clayton (Australien) 68+74+68=210, Frost (Südafrika) 70+72+68=210, Ballesteros (Spanien) 68+73+69=210, Hall (England) 72+68+70=210, Bishop 75+60+68=211, Woxnam (beide England) 70+67+74=211, ... 25. Langer 72+70+73=215, ... 35. Gideon 72+71+74=217, ... 43. Gögele (alle Deutschland) 72+72+74=218.

KANU

Weltmeisterschaften in Tampere, Kajak-Einer, Herren, 1000 m: 1. Helm („DDR") 4:00,57. – Kajak-Zweier, 1000 m: 1. Fischer/Wohllebe („DDR") 3:45,71. – Kajak-Vierer, 1000 m: 1. Rumänien 3:21,86, 2. „DDR" 3:23,18, 3. UdSSR 3:23,70, ... 6. Deutschland (Seack, Renner, Seack, Hessel) 3:26,39. – Canadier-Einer, 1000 m: 1. Beresa (UdSSR) 4:45,75, 2. Olaru (Rumänien) 4:48,15, 3. Vrdlovec (CSSR) 4:49,67. – Canadier-Zweier, 1000 m: 1. Patzaichin/Simionov (Rumänien) 4:15,28. – Damen, Kajak-Einer, 500 m: 1. Fischer („DDR") 2:13,75. – Kajak-Zweier, 500 m: 1. Fischer/Kühn („DDR") 1:57,76.

FECHTEN

Weltmeisterschaften in Wien, Degen-Mannschaften, Finale: Frankreich – Deutschland 9:7. – **Einzelergebnisse:** Pusch 0/4, Borrmann 4/0, Fischer 1/3, Nickel 2/3.

TENNIS

Damen-Einladungs-Turnier in Sydney: Hanika (Deutschland) – Evert-Lloyd (USA) 3:6, 6:3, 6:4, Shriver – Jaeger (beide USA) 6:2, 6:2, Turnbull (Australien) – Bonder (USA) 6:2, 6:0, Allen (USA) – Barker (England) 6:4, 4:6, 6:4.

Grand-Prix-Turnier in Neu-Ulm, Herren-Einzel, Halbfinale: Allan (Australien) – Hermann (Deutschland) 6:1, 6:4.

LEICHTATHLETIK

Internationales Sportfest in Rhede, Männer: Hochsprung: 1. Thränhardt (Köln) 2,30. – Stabhoch: 1. Winkler (Bonn) 5,66 m (DLV-Rekord). – Diskus: 1. Burns 66,50, 2. Wilkins (beide USA) 66,40, 3. Wagner (Mainz) 65,40 (DLV-Jahresbestweite eingestellt). – Frauen: 1500 m: 1. Kraus (Köln) 4:02,79 (DLV-Jahresbestzeit). – 100 m Hürden: 1. Denk (Köln) 13,09 (DLV-Jahresbestzeit). – Hochsprung: 1. Meyfarth (Leverkusen) 1,92.

Internationales Sportfest in Budapest, Männer: 800 m: 1. Koskei (Kenia) 1:46,43, 2. Juantorena (Kuba) 1:46,46. – 100 m Hürden: 1. Campbell (USA) 13,40, 2. Bakus (Ungarn) 13,49. – 400 m Hürden: 1. Moses (USA) 46,50. – Stabhoch: 1. Tschernajew (UdSSR) 5,60. – Weitsprung: 1. Szalma (Ungarn) 8,24. – Dreisprung: 1. Bakosi (Ungarn) 17,13. – Frauen: 200 m: 1. Bailey (Kanada) 22,94. – 800 m: 1. Minejewa (UdSSR) 2:00,83.

SEGELN

Admiral's Cup, inoffizielle Weltmeisterschaft der Hochseesegler vor Cowes/England, „Channel Race": 1. „Magistri" (Kanada) 48:45:16 Stunden, 2. „Sabina" (Deutschland) 48:50:07, 3. „Justine" (Irland) 48:53:45, 4. „Outsider" (Deutschland) 48:55:09, 5. „Espada" (Österreich) 49:00:24, 6. Shenendoah (USA) 49:04:23 ... 20. „Pinta" (Deutschland) 49:52:48. – Mannschaftswertung nach dem „Channel Race": 1. Deutschland 398 Punkte, 2. Australien 343, 3. USA 342, 4. Großbritannien 331, 5. Italien 316, 6. Kanada 311.

GEWINNZAHLEN

Lotto: 8, 25, 38, 41, 42, 49, Zusatzzahl: 12. – **Spiel 77:** 2 0 8 2 6 0 5. – **Toto:** Elferwette: 1, 1, 2, 1, 1, 1, 1, 1, 1, 0, 0. – **Rennquintett:** Rennen A: 7, 14, 6. – Rennen B: 26, 34, 22 (ohne Gewähr).

TENNIS

Kritikerin Hanika gab in Sydney auf

sid, Sydney

Nur eine Woche nach ihren öffentlichen Vorwürfen gegen das deutsche Federation-Cup-Team im allgemeinen und Bettina Bunge im besonderen ging der Schuß der launischen Tennis-Diva Sylvia Hanika aus Ottenbichl bei München in geradezu klassischer Form nach hinten los. Die 23 Jahre alte Linkshänderin und Weltranglisten-Siebte gab in ihrem letzten Match des mit stolzen 250 000 Dollar dotierten Einladungsturniers in Sydney nach einem 6:7 gegen die erst 17 Jahre alte Amerikanerin Lisa Bonder auf.

„Zahnschmerzen" lautete die offizielle Begründung für die Aufgabe von Sylvia Hanika, die bereits im Vorjahr bei den österreichischen Meisterschaften in Kitzbühel gegen die damals 16 Jahre alte Österreicherin Petra Huber vorzeitig den Rückzug angetreten hatte.

Sylvia Hanika hatte am letzten Montag in einer Boulevard-Zeitung nach dem Federation-Cup in Zürich die 1:2-Finalniederlage ihrer deutschen Kolleginnen kommentiert. Dabei beurteilte sie die Aufgabe von Bettina Bunge (20) gegen Hana Mandlikova: „Was Bettina Bunge gemacht hat, ist sportlich unmöglich. Man kann in einem solchen Spiel nicht einfach aufgeben, auch wenn es irgendwo ein bißchen wehtut. Ihre Lustlosigkeit war bei dieser Partie offensichtlich." Bettina Bunge, Nummer eins der nationalen Rangliste und derzeit Nummer acht in der Welt, hatte sich bei einem 2:6, 0:3-Rückstand wegen starker Ischiasschmerzen zurückgezogen und damit die deutsche Niederlage besiegelt.

Claudia Kohde, die acht Tage von Zürich trotz starker Schmerzen und dreier Zahnarzt-Besuche tapfer durchgestanden hatte, kommentierte die Nachricht von Sylvia Hanikas Rückzug trocken und ohne jede Schadenfreude: „Jetzt weiß die wenigstens, wie das ist, wenn's irgendwo nur ein bißchen wehtut ..."

Die Siegprämie beim Turnier von Sydney (100 000 Dollar) holte sich die 21 Jahre alte Pam Shriver durch einen leichten 6:2, 6:4-Sieg über ihre amerikanische Landsmännin Chris Evert-Lloyd. Chris Evert hatte zuvor auch gegen Sylvia Hanika verloren (6:3, 3:6, 4:6).

Boris Becker aus Heidelberg belegte bei den Jugend-Europameisterschaften in Genf durch einen 6:3, 6:3-Sieg über den Griechen Anastasis Bavelas den dritten Platz in der Klasse unter 16 Jahren.

Der von einer einjährigen Sperre bedrohte Argentinier Guillermo Vilas hat das Siegen offenbar verlernt. Er unterlag im Viertelfinale des Turniers in North Conway gegen Andres Gomez aus Ecuador mit 4:6, 4:6.

KANU-WM / „DDR"-Boote in Finnland klar in Front

Ulrich Eicke fuhr wieder hinterher

sid, Tampere

Ein böses Erwachen gab es für die deutschen Kanuten am ersten Finaltag der 18. Rennsport-Weltmeisterschaften in Tampere (Finnland). Der Düsseldorfer Ulrich Eicke im Einer-Kanadier als Fünfter und der mit hohen Erwartungen ins Rennen gegangene Kajak-Vierer als Sechster fuhren in den 1000-m-Endläufen auf dem durch heftigen Seitenwind aufgewühlten Wasser klar an der erhofften Medaille vorbei.

Das dritte deutsche Final-Boot mit Barbara Schüttpelz und Josefa Idem aus Essen im Zweier-Kajak (500 m) belegte abgeschlagen den neunten und letzten Platz. Hatte man im Deutschen Kanu-Verband (DKV) nach den Vorläufen noch die beste WM-Bilanz seit 1969 gezogen, dürfte es nun kaum mehr möglich sein, das Ergebnis der Titelkämpfe von 1982 in Belgrad (zweimal Bronze) zu wiederholen.

Mit Siegen in vier der sieben Bootsklassen unterstrich die „DDR" ihre Dominanz im Kanu-Rennsport. Erfolgreichste Athletin war dabei Birgit Fischer, die unmittelbar nach ihrem Erfolg im Einer-Kajak mit ihrer Partnerin Carsta Kühn auch im Zweier-Kajak brillierte und ihre WM-Titel sieben und acht erreichte. Rüdiger Helm im Kajak und der Zweier mit Fischer/Wohllebe sorgten zudem für zweimal „DDR"-Gold bei den Männern.

Rumänien stellte im Zweier-Canadier in Ivan Patzaichin und Toma Simionov sowie im Vierer-Kajak zweimal den Sieger und war damit überraschend erfolgreicher als die UdSSR, für die nur Wassili Beresa eine Goldmedaille im Einer-Canadier gewinnen konnte.

„Es ist überhaupt nichts gelaufen, das Boot kam im ganzen Rennen nie richtig in Schwung. Wahrscheinlich waren die Erwartungen zu groß", zog Matthias Seack ein enttäuschtes Fazit, nachdem er seinem Vierer-Kajak entstiegen war. In Belgrad vor einem Jahr hatten er und Zwillingsbruder Oliver mit ihren Partnern Bernd Hessel (Berlin) und Frank Renner (Krefeld) Bronze gewonnen, in Tampere mußten sie Rumänien, „DDR", UdSSR, Ungarn und Australien den Vortritt lassen.

Auf dem aufgewühlten Wasser des Kaukajärvi-Sees gingen die Hoffnungen des zweimaligen Vize-Weltmeisters über 500 m, Ulrich Eicke (Düsseldorf), unter, erstmals auch über die doppelte Distanz eine WM-Medaille zu gewinnen. Bahn zwei gab dem 31 Jahre alten Mannschafts-Senior beim Schlußspurt weniger Windschutz durch die Tribüne als dem Großteil der Kontrahenten. Eicke kam mit 5,41 Sekunden Rückstand auf den neuen Weltmeister Beresa aus der UdSSR ins Ziel, Titelverteidiger Jörg Schmidt („DDR") belegte ebenfalls abgeschlagen den vierten Rang.



ARD

III.

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 heute
10.03 Lieder – Rhythmen – Melodien
11.35 Umschau
11.55 Harald Juhnke
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD-Ferienprogramm für Kinder
15.20 **Unsere kleine Farm**
Ein Hoch auf die Bräute
16.10 **Tagesschau**
16.15 **Jeder hat sein Nest im Kopf**
Neue Reihe in 4 Folgen
Autoren besuchen ihren Heimatort
Wiederbegegnung mit Landshut
Film von Beate Rose
17.20 **Der Trotzkopf**
8teilige Serie nach Emmy von Rhoden
1. Abschied
17.50 **Tagesschau**
dazw. Regionalprogramme
20.00 **Tagesschau**
20.15 **Vom Webstuhl zur Weltmacht**
6teiliger TV-Film von Leopold Ahlsen
2. Der Schatz im Berge
21.15 **Das Volk der Nuer verliert die Heimat**
Der Jonglei-Kanal durch die Nil-Sümpfe
In der heißesten Gegend der Welt, wo noch Pest und Cholera zu Hause sind, bauen europäische Ingenieure einen Kanal, der das Wasser des Nils durch den Sudd, durch dieses afrikanische Sumpfgebiet, leiten und damit vor Verdunstung bewahren soll. Bisher zog der Fluß in riesigen Schleifen durch das Sumpfland. Künftig wird er in einem geraden Bett strömen.
21.45 **Wir vier (1)**
Show von Wolfgang Hofer und Peter Kraus
22.30 **Tagesthemen**
23.00 **Das Nacht-Studio**
Das Spiel ist aus
Franz. Spielfilm, 1947
00.50 **Tagesschau**

15.17 **heute**
ZDF-Ferienprogramm für Kinder
15.20 **Kalle Blomquist lebt gefährlich**
Film nach Astrid Lindgren
16.45 **Ferienkalender**
17.05 **Der Wunschfilm (7)**
Gewählt: Dick und Doof
Das Kind in der Wanne
17.30 **heute / Aus den Ländern**
17.45 **Tele-Illustrierte**
Zu Gast: Peter Petrel, Peter Schilling
Wunschfilm der Woche (Sa., 6. 8.)
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.25 **Wagen 106**
Gefährliche Freiheit
19.00 **heute**
19.30 **Thommys Pop-Show**
Video-Hits mit Thomas Gottschalk

WELT ● Videotext
täglich von 16 Uhr bis Sendeschluß (ARD und ZDF) unter den Nummern 601, 602, 603

20.15 **Der Sport-Spiegel**
Der Weltrekord von Bernhausen
Bilder eines Zehnkampfes
Von Rainer Deike und Peter Kaodtmann
21.00 **heute-journal**
21.20 **Belle de jour – Schöne des Tages**
Franz.-ital. Spielfilm von 1966
Mit Cathérine Deneuve, Jean Sorel, Michel Piccoli u. a.
Regie: Luis Bunuel
22.55 **Unsere Nachbarn, die Briten**
23.25 **heute**



Pierre Dumaine (Marcel Pagliero), Führer einer Untergrundbewegung, wird von Verrätern erschossen – „Das Spiel ist aus", ARD, 23.00 Uhr

FOTO: URSULA RÖHNERT

WEST
18.00 **Mein Onkel Theodor (3)**
oder Wie man viel Geld im Schlaf verdient
18.30 **Sesamstraße**
19.00 **Aktuelle Stunde**

NORD/HESSEN
18.00 **Emm wie Meikel**
18.30 **Mein Onkel Theodor (3)**
oder Wie man viel Geld im Schlaf verdient
19.00 **Mickey Rooney**
19.15 **Eine eiskalte Angelegenheit**
Forschung in der Antarktis

WEST/NORD/HESSEN
20.00 **Tagesschau**
20.15 **Kleine Computer – große Verwirrung**
Informationen für Anfänger und solche, die es werden wollen
Eine Sendung von Alexander von Cube
Der Mikro-Computer wurde zum Verkaufsschlager der Elektronik-Branche – und das bei einem Stückpreis von DM 1000 und mehr.
21.45 **Wege zu Beethoven (5)**
Sendereihe mit Leonard Bernstein, Maximilian Schell und den Wiener Philharmonikern
22.45 **Das Bild der Woche**
„Marktfrau mit Gemüse" von Joachim Beckelaer
22.55 **Letzte Nachrichten**
Nur für West
23.00 **Die Rebellen vom Liang Shan Po**
Der Herr des kupfernen Berges
Nur für Nord und Hessen
23.00 **Dallas**
Entscheidungen

SÜDWEST
15.00 **Wir bitten zum Tanz**
Dt. Spielfilm, 1941
Nur für Baden-Württemberg
19.00 **Abendschau im Dritten**
Nur für Rheinland-Pfalz
19.00 **Abendschau Blick ins Land**
Nur für das Saarland
19.00 **Saar 3 regional**
Gemeinschaftsprogramm Südwest 3
19.25 **Nachrichten und Moderation**
19.30 **Bonanza**
Die Kratzbürste
20.20 **Ferienreise am Bildschirm:**
Wo Götter heute leben würden
21.05 **Tricks mit Phantasie**
Porträt des Trickfilmers John Hubley
22.00 **Dallas für Nachzügler**
Anklage

BAYERN
18.45 **Rundschau**
19.00 **Menschen vom Varieté**
Dt. Spielfilm, 1939
Regie: Josef von Baky
20.30 **Karl Valentin und Liesl Karlstadt**
Musik zu zweien
20.45 **Rundschau**
21.00 **Blickpunkt Sport**
22.00 **Z. E. N.**
22.05 **Schamanen im Blinden Land (1)**
Religion und Medizin in Nepal
23.45 **Rundschau**

FUSSBALL

Rummenigge schon in guter Form

sid/dpa, Bonn

Auch in diesem Jahr spielte die Fußball-Bundesliga in der Intertoto-Runde nur eine Nebenrolle. Drei zweite Plätze für Eintracht Braunschweig, Werder Bremen und Arminia Bielefeld sowie ein vierter und damit letzter Rang für Fortuna Düsseldorf waren nur eine geringe Ausbeute der vier Bundesligabklubs.

Am letzten Spieltag gewannen nur Vizemeister Bremen (2:1 in St. Gallen) und Braunschweig (4:0 über Elfsborg Boras). Die Düsseldorfer mußten beim 0:1 in Enschede die fünfte Niederlage hinnehmen, Bielefeld verlor in Hammaby das Spiel mit 1:2 und Karl-Heinz Geils durch einen Platzverweis. Der Bielefelder Abwehrspieler mußte nach mehrmaligem Foulspiel das Feld verlassen, muß jedoch nicht mit einer Sperre rechnen. Liga-Sekretär Wilfried Straub: „Ich rechne nicht mit Konsequenzen. Anders sähe es aus, hätte Geils den Schiedsrichter tätlich angegriffen."

Ohne sonderlich zu überzeugen, gewann Werder Bremen sein Spiel in St. Gallen. Dabei war Uwe Reinders nicht nur bester Spieler, er erzielte auch das entscheidende Tor in der 69. Minute zum 2:1. Zuvor hatten die von dem früheren Bundesliga-Trainer Helmut Johannsen trainierten Schweizer die Bremer durch ein Eigentor in Führung gebracht.

Gegen die Schweden aus Boras zeigte Eintracht Braunschweig seine bislang beste Leistung. Ellmerich (2), Geyer und Worm erzielten die Tore. Trainer Aleksandar Ristic: „Insgesamt gab es bei uns eine Aufwärtsentwicklung, ich bin sehr zufrieden." „Es ist besser, gegen starke internationale Gegner zu verlieren, als gegen Amateurklubs hoch zu gewinnen", sagte Willibert Kremer, Trainer von Fortuna Düsseldorf. Beim 0:1 in Enschede hielt sich seine Mannschaft an das Motto. Bei fünf Niederlagen und nur einem Unentschieden gegen den FC Zürich (2:2) schnitten die Düsseldorfer am schlechtesten ab.

Zwei Wochen vor dem Start der 21. Bundesliga-Saison gibt es für die Bundesligabklubs immer noch viel Arbeit. Am deutlichsten zeigte das der Absteiger Karlsruher SC den beiden Spitzenklubs Bayern München und Hamburger SV. Obwohl Nationalspieler Karl-Heinz Rummenigge schon glänzend in Form ist, verloren die Bayern beim Turnier in Karlsruhe gegen den KSC mit 2:3. Und auch der HSV, zuvor klarer 3:0-Sieger über Bohemians Prag, schaffte den Turniersieg über den Absteiger nach einem 1:1 erst im Elfmeterschießen mit 9:8. Staunte HSV-Trainer Ernst Happel über die Gegenwehr der Karlsruher Mannschaft: „Ich hätte dem KSC zweimal hintereinander eine so tolle Leistung nicht zugetraut." Werner Olk, Trainer des KSC, gab das Lob jedoch zurück: „Der Weg zum Titel führt in der neuen Saison nur über den HSV."

Münchens neuer Trainer Udo Lattek wertete nach der 2:3-Blamage gegen den KSC den 2:0-Erfolg über Prag als einen Schritt nach vorn. Lattek: „Die zweite Vorstellung war wesentlich besser. Aber erst am 13. August zum Bundesligastart werden wir topfit sein. Vorher sind alle Ergebnisse für mich uninteressant."

Neben Rummenigges Spiellaune – der Kapitän der Nationalmannschaft erzielte in Karlsruhe drei der vier Bayern-Treffer – fand Udo Lattek vor allen Dingen Gefallen an der Leistung des jungen Rainer Maurer. Der neue Mann aus Unterhaching gefiel gegen Prag auf der Libero-Position. Auch der dänische Millionen-Einkauf Sören Lerby zeigte aufsteigende Tendenz.

Der bedeutendste Sieg in den Testspielen zur Vorbereitung auf die neue Saison gelang dem Aufsteiger Kickers Offenbach. Mit 3:2 besiegten die Offenbacher den Europapokalsieger FC Aberdeen.

SPRINGREITEN / Europameisterschaften in Hickstead – Engländer resignierten vor einem deutschen Paar.

Nur Bewunderung für Schockemöhles Pferd Deister

K. MORGENSTERN, Hickstead

Der 41 Jahre alte englische Profi Malcolm Pyrah, 1981 Zweiter der Europameisterschaft hinter Paul Schockemöhle und 1982 bei der WM Zweiter hinter Norbert Koof – der Mann also, der im heimatlichen Hickstead *endlich die Deutschen* schlagen sollte und wollte, stand schon vor dem Finale der 17. Europameisterschaft wieder als Verlierer fest. Aus Malcolm Pyrahs Worten sprach grenzenlose Resignation: „Er läuft wie eine Maschine." Malcolm Pyrah meinte das Pferd Deister. Doch dann setzte er hinzu: „Und Paul Schockemöhle auch."

Malcolm Pyrah, der ewige Zweite, sprach aus, was alle denken: „Es gibt etwa zehn gleichwertige starke Pferde in Europa. Dazu gehören auch Michael Rüpings Caletto und mein Towerlands Anglezarke. Aber Deister ist eine Klasse für sich. Ein unglaubliches Pferd."

Das „unglaubliche Pferd" und sein Reiter sind zum Alptraum der besten europäischen Springreiter geworden. Wie Pyrah, Broome, Simon, Gabathuler und Co. sind sich *einig: „Das Pferd ist seine Million* wert." Paul Schockemöhle lächelt darüber nur: „Der Verkauf Deisters stand nie zur Diskussion. Das weiß die Branche auch. Und weil sich das selbst bei den Amerikanern herumgesprochen hat, hat es schon seit Jahren auch keine Angebote mehr für Deister gegeben." Paul Schockemöhle setzt allerdings *hinzu:* „Deister wäre sehr, sehr teuer." Kein Wunder: Es ist das gewinnträchtigste Springpferd, das es gibt.

Paul Schockemöhles Konkurrenten übersehen allerdings immer wieder, daß der zwölfjährige Hannoveraner Wallach viel weniger eingesetzt wird, als es in der Öffentlichkeit oft den Anschein erweckt. „Die Europameisterschaft ist in diesem Jahr erst Deisters siebtes Turnier", stellt Schockemöhle fest. Doch wo immer Paul Schockemöhle und Deister antreten, sind sie erfolgreich. Und da es sich dabei gewöhnlich um die großen lukrativen Prüfungen handelt, strahlt sein Renommee um so nachhaltiger. Der niedersächsische *Kaufmann*, Spediteur, *Pferde*züchter und Pferdehändler formuliert es so: „Ich bin noch nie auf so wenigen Turnieren gewesen, wie in den letzten zwei Jahren. Ich habe gar keine Zeit, um auf jeder Kirmes zu reiten."

Dem Mann, über den Profi Malcolm Pyrah sagt: „Er ist überragend", sind ausgerechnet in Hickstead wieder ernsthafte Zweifel gekommen, wann er seine Laufbahn beenden soll. Noch vor sechs Wo*chen hatte Paul Schockemöhle* bei seinem vierten deutschen Meisterschafts-Triumph in Berlin durchblicken lassen, 1984 nach den Olympischen Spielen in Los Angeles *mit Deister Abschied vom* großen Sport nehmen zu wollen. In Hickstead meinte Paul Schockemöhle: „Simona war 17 Jahre alt, als Hartwig Steenken mit ihr Welt*meister wurde. Das war natürlich* eine Ausnahme. Aber Deister ist eben auch ein Ausnahmepferd."

Der Hintergrund ist einfach: Paul Schockemöhle träumt natürlich davon, wie sein Bruder 1976 im kanadischen Bromont, auch Olympiasieger zu werden, und zwar im nächsten Jahr in Los Angeles. Aber Weltmeistertitel haben im Springsport einen viel höheren Stellenwert als Olympiasieger. Und die nächste Weltmeisterschaft findet 1986 in Deutschland statt. Bei Olympia dürfen Profis wie Pyrah, Broome, Fuchs oder auch viele der besten Amerikaner nicht mitreiten. Paul Schockemöhles Haltung ist bekannt: „Der Weltmeistertitel ist für mich viel erstrebenswerter als der Olympiasieg. Bei Olympia fehlen die guten Profis. Außerdem ist das olympische Einzelspringen nur eine einzige Prüfung, bei der das Glück eine sehr große Rolle spielt. Aber die Weltmeisterschaft kann nur jemand gewinnen, der wirklich sehr stark ist."


„Deister ist ein unglaubliches Pferd, eine Klasse für sich." – So loben die Engländer. FOTO: UPI

So erfolgreich Paul Schockemöhle im Turniersport geworden ist, einer der berühmtesten deutschen Springreiter gratuliert ihm schon seit Jahren nicht mehr: Bruder Alwin. „Ich weiß es nicht, wann mir Alwin das letzte Mal zu einem Erfolg gratuliert hat. Es war auf alle Fälle vor 1981", sagt Paul Schockemöhle. Er sagt es kommentarlos. Kommentar genug. Die beiden berühmten Brüder haben sich nichts mehr zu sagen. Dabei leben beide nur ein paar Minuten voneinander entfernt, in dem kleinen niedersächsischen Dorf Mühlen im Oldenburger Land. Wer Paul Schockemöhle besucht, hört mitunter: „Hier verläuft die Grenze." Die Grenze stellt ein Tor über einem Weg dar. Davor liegen Pauls Stallungen, dahinter beginnt das Anwesen von Alwin . . .

GALOPP / Höhere Qualität bei Auktionen

Deutsche Buchmacher fürchten die Engländer

MICHAEL PLEYER, Köln

Viele deutsche Buchmacher werden an jedem Samstagmorgen unruhig, wenn sie in den Briefkasten schauen. Sie lassen sich nämlich (studienhalber) die Wochenspielpläne der britischen Buchmacherfirma „SSP Overseas Betting" kommen, und mit SSP ist das so eine heikle Sache. Großbritanniens „Bookies" nämlich, das ist bekannt, dürfen Wetten auf alles annehmen, was sich bewegt. Die Briten wetten auf Fußball, Tennis, Golf, Cricket, Billard und selbst auf den Ausgang von Miß- oder Bundestagswahlen.

Deutsche Buchmacher dürfen nur Wetten auf den Ausgang von *Pferdeleistungsprüfungen (normalerweise Pferderennen)* annehmen. So steht es jedenfalls im Rennwett- und Lotteriegesetz. Wetten auf den Gewinner des DFB-Pokals können sie *allenfalls im Freundeskreis* und auf nicht gewerbsmäßiger Basis annehmen.

SSP dagegen schickt Tausenden von deutschen Wettkunden wöchentlich einen Spielplan mit Angeboten für Festkurswetten. Für einen Sieg von Schalke 04 gegen Charlottenburg Berlin beim Auftakt der Zweiten Fußballiga am nächsten Samstag werden zum Beispiel für zehn Mark Einsatz zwölf Mark Auszahlung angeboten. Gewinnt Charlottenburg, gibt es 95 Mark (unentschieden: 50 Mark). Eine Goldmedaille für Dietmar Mögenburg bei der Leichtathletik-WM in Helsinki bringt den Anhängern des deutschen Hochsprungstars bei gleichem Einsatz 50 Mark Gewinn, mit 7:1 steht Carlo Thränhardt im Wettmarkt.

Bis zu 200 000 Mark Wochenumsatz erzielen die Briten mit diesem Deutschlandgeschäft. Das jedenfalls schätzt der Deutsche Buchmacherverband, der alles genau verfolgt. Der Verband hat bereits ein Rechtsgutachten eingeholt. „Alles rechtswidrig, was die Engländer da machen", heißt es darin angeblich. Unternommen hat man aber noch nichts. Eines Tages, wenn das Geschäftsvolumen noch größer wird, wird man wohl in den zuständigen Ministerien vorsprechen, um auf die unbillige Schlechterstellung des deutschen Buchmachergewerbes hinzuweisen.

Interessante Post erhalten in diesen Tagen auch die Besitzer von Galopprennställen: die Kataloge für die beiden traditionellen Jährlingsauktionen in Baden-Baden, *die in diesem Jahr am 1. und 3.* September stattfinden sollen. Rund 130 junge Vollblüter kommen dort unter den Hammer, wobei gerade in diesem Jahr ein deut*licher Trend zu noch höherer Qua*lität des Angebots zu verzeichnen ist. Bei der Großen Rennwoche in Iffezheim werden wohl auch wieder die Araber anwesend sein, allen voran die Maktoum-Brüder und ihr Vater Raschid in Said al Maktoum, der Staatschef der Vereinigten Arabischen Emirate. Ob sie diesmal auch zu den Auktionen kommen werden, ist allerdings fraglich. Willkommen wäre deutschen Anbietern besonders Scheich Mohammed al Maktoum, der jüngste der rennsportbegeisterten Brüder. In Keeneland/Kentukky kaufte er neulich den teuersten Jährling aller Zeiten. Zuschlagspreis: umgerechnet 26 Millionen Mark, fast die gesamte Tageseinnahme des Öl-Potentaten. Für diese Summe könnte er in Deutschland gleich sämtliche 1100 Vertreter des Vollblutjahrgangs 1982 erstehen.

LEICHTATHLETIK / Architekturstudent sprang Rekord mit dem Stab

Jürgen Winkler liebt das Bergsteigen, aber er hat oft Angst vor der Höhe

UWE FIBELKORN, Rhede

Es ist schon erstaunlich. Noch im Mai war der Bonner Jürgen Winkler so verletzt, daß Stabhochsprung überhaupt kein Gedanke war. Acht Monate lang plagte ihn schon eine schmerzhafte Ischiasentzündung. Nur zwei Monate danach ist der 24jährige Architekturstudent auf dem Sprung in die Weltelite. Beim Abendsportfest in Rhede übersprang Winkler 5,66 m, neuer deutscher Rekord.

An 5,72 m scheiterte der Bonner besonders im ersten Versuch nur ganz knapp. Winkler war hinterher außer sich vor Freude: „Das war ein runder, gelungener Sprung", sagte er über die 5,66 m. Doch sein Trainer, der Rechtsanwalt Dierk Bernhardt, sah das anders: „Der erste Versuch über 5,72 m war viel besser. Das war ein fast perfekter Sprung – wenn die Latte liegengeblieben wäre . . ."

Zwei Ursachen gibt es für den raschen Wiederaufstieg des Jürgen Winkler. Bernhardt erklärt: „Jürgen hat noch eine sehr gute Grundlage aus den Jahren zuvor. Davon zehrt er jetzt noch. Auch die Spezialgymnastik von Professor Klümper in Freiburg tat das Ihre hinzu." Wegen dieser Gymnastik fuhr der neue deutsche Rekordmann Woche für Woche nach Freiburg. Mehr als 20 000 Kilometer kamen zusammen.

Der andere Grund ist ein psychologisches Training, das Winkler bei Inge Sonnenschein an der Sporthochschule in Köln absolvierte. Winkler: „Ihr habe ich sehr viel zu verdanken." Bauchatmung, Konzentrations- und Entspannungsübungen standen auf dem Programm. „Ein Stabhochsprung-Wettbewerb dauert immer sehr lange", sagt Jürgen Winkler, „wenn ich dann die ganzen vier bis fünf Stunden angespannt bin, kann ich zum Schluß, wenn die großen Höhen anstehen, nicht mehr meine volle Leistung bringen. Deshalb muß ich mich zwischen den Sprüngen entspannen können. Am besten ist es, wenn ich zwischendurch Asterix oder den ‚Spiegel' lese."

Das Training bei Inge Sonnenschein hat Winkler auch psychisch mehr gefestigt. Er galt immer als ein besonders nervöser Athlet, der *im entscheidenden Moment* versagt. Diese Zeiten sind vorbei. Trainer Dierk Bernhardt: „Der Grund ist die Angst. Angst hat eigentlich jeder Stabhochspringer, doch Jür*gen ist ein Springer, der sie nach* außen hin am meisten zeigt. Es ist keine Angst vor der Höhe, sondern die Angst, vielleicht neben dem Sprungkissen zu landen, die Angst vor einem zu harten Start oder vor der Anfangshöhe."

Es ist eigenartig: Jürgen Winkler zeigt diese Angst nur im Stabhochsprung, in anderen Lebensbereichen neigt er eher zu wagemutigen Unternehmungen. So ist er früher regelmäßig mit einem Freund zum extremen Klettern in die Eifel oder in die Ardennen gefahren und hat sich an den Felswänden oft in gefährliche Situationen gebracht. Vor zwei Jahren wollte er neben dem Stabhochsprung auch noch Bobfahren betreiben. Doch Trainer Bernhardt verbot ihm das ebenso wie das Klettern. „Es gibt keinen schöneren und anstrengenderen Sport als das Bergsteigen", trauert Winkler seinen ehemaligen Aktivitäten nach.

Die Weltmeisterschaften stehen vor der Tür. Und dafür war Winkler, weil er acht Monate Schwierigkeiten hatte, gar nicht vorgesehen. Der Verband hat ihn aber zum Glück vorsichtshalber einmal gemeldet, pro forma. „Seine Nachnominierung ist jetzt natürlich keine Frage mehr", erklärte Otto Klappert, der Sportwart des Deutschen Leichtathletik-Verbandes (DLV). Springt Winkler in Helsinki Höhen um 5,70 m, dann scheint sogar eine Medaille möglich. „Das ist im Stabhochsprung oft nur Glückssache", meint Dierk Bernhardt.

Bei einer anderen deutschen Rekordhalterin, Brigitte Kraus aus Köln, war es in der Vergangenheit nicht etwa die Angst, die eine Leistungssteigerung verhinderte, sondern eher die Resignation. Gerade in ihrer Disziplin, dem Mittelstreckenlauf, sind die Osteuropäerinnen zu übermächtig. Der 800-m-Weltrekordlauf der Pragerin Jarmila Krachtochvilova in der vorigen Woche ist ein Beispiel dafür.

Brigitte Kraus, die 26jährige technische Zeichnerin, lief in Rhede ganz nahe an die wichtige Vier-Minuten-Grenze über 1500 Meter heran. *Die elektronische Uhr blieb* bei 4:02,79 Minuten stehen, womit Brigitte Kraus ihren eigenen deutschen Rekord von 1978 (4:01,53) nur knapp verfehlte. Das Imponie*rende an der Leistung: Sie lief in* Rhede ganz alleine vor dem Feld, die Konkurrenz hatte keine Chance. „Mit einer richtigen Gegnerin kann ich unter vier Minuten laufen. *Ich werde es beim Internationalen* Sportfest in Köln versuchen, wenn die Amerikanerin Mary Decker mit im Rennen ist", sagte Brigitte Kraus. Bei den Weltmeisterschaf*ten in Helsinki läuft sie nicht über* 1500 Meter. „Es ist besser, wenn ich mich dort nur auf die 3000 m konzentriere." Eine vordere Placierung ist dann eher möglich.

Kelly siegte im Spurt

Stuttgart (sid) – Der irische Radprofi Sean *Kelly*, Siebter bei der diesjährigen Tour de France, gewann das internationale Rundstreckenrennen über 70 Kilometer in Stuttgart im Spurt vor Werner Betz (Sindelfingen) und Horst Schütz (Dortmund). Gregor Braun (Neustadt) wurde Vierter.

Polen turnen nicht mit

Lodz (sid) – Nach einer internen Ausscheidung in Lodz beschloß der polnische Verband, keine Mannschaft zu den Weltmeisterschaften der Kunstturner im Oktober nach Budapest zu entsenden.

Volleyball: Ohne Chance

Lohhof (sid) – Auch *im zweiten* von vier Länderspielen gegen Japan war die deutsche Volleyball-Nationalmannschaft der Damen ohne Chance. Nach der 0:3-Niederlage in Augsburg unterlagen die deutschen Volleyballspielerinnen in Lohhof erneut mit 0:3.

Jiminez mit van Impe

Rom (sid) – Patrocinio Jiminez (Kolumbien) fährt in der nächsten Saison im italienischen Team des belgischen Radprofis Lucien van Impe. Mit Hilfe des in den Bergen starken Jiminez will der 36 Jahre alte van Impe zum Abschluß seiner Karriere den Giro d'Italia 1984 gewinnen.

Niederlage für Hu Na

South Orange (dpa) – Bei ihrem Profi-Debüt gab es für die chinesische Tennisspielerin Hu Na in South Orange (US-Bundesstaat New Jersey) gegen die Ungarin Anjea Temesvari eine 2:6-, 2:6-Niederlage. Im April hatte sich die Chinesin von ihrem Team abgesetzt und in den USA um politisches Asyl gebeten. Die Flucht führte damals zwischen den USA und China zu Verwicklungen.

Hockey: Gut vorbereitet

Kassel (sid) – Die deutsche Hokkey-Nationalmannschaft der Herren begann die letzte Vorbereitungsphase vor der Europameisterschaft in Amsterdam (18.–28. 8.) mit einem Sieg im Länderspiel gegen Polen. Das Team gewann in Kassel mit 2:1.

Wasserball: Zweiter Sieg

Wuppertal (sid) – Nach dem 7:2-Erfolg in Iserlohn kam die deutsche Wasserball-Nationalmannschaft gegen Australien in Wuppertal in einem zweiten Spiel erneut zum Sieg. Diesmal setzte sich der Europameister mit 7:3 durch.

Medaillen im Tischtennis

Malmö (sid) – Für die deutschen Teilnehmer bei der Tischtennis-Europameisterschaft der Jugend in Malmö gab es durch Ilka Böhning im Schülerinnen-Einzel eine Bronzemedaille. Im Schüler-Doppel haben Peter Auwärter und Jörg Roßkopf den dritten Platz bereits sicher.

Weltmeister trabte vorn

Westbury (sid) – Ein Woche nach dem Gewinn der Weltmeisterschaft an gleicher Stätte bewies der neunjährige französische Traber Ideal du Gazeau in Westbury erneut seine Klasse. Mit Eugene Lefevre im Sulky setzte sich Ideal du Gazeau bei der WM-Revanche gegen zehn Konkurrenten durch. Besitzer Pierre Morin erhielt für den Sieg seines Pferdes umgerechnet fast 135 000 Mark.

Rono nicht zur WM

München (DW.) – Henry Rono (Kenia), Weltrekordler über 3000 m Hindernis, 3000 m und 10 000 m, wird nicht an den Leichtathletik-Weltmeisterschaften in der nächsten Woche in Helsinki teilnehmen. Der Grund: erheblicher Trainingsrückstand und Übergewicht.

Tennis: Marten gab auf

Reutlingen (dpa) – Hans Engert (Mannheim) gewann das Tennis-Turnier von Reutlingen. Im Finale des Herren-Einzels profitierte er allerdings von der Aufgabe des Berliners Uli Marten, der mit Verdacht auf eine Lebensmittelvergiftung ins Krankenhaus mußte.

GOLF / 6000 Zuschauer am letzten Tag der Offenen Deutschen Meisterschaften – Bernhard Langer abgeschlagen im Mittelfeld, Amerikaner siegte

Pavin – vor neun Monaten noch Amateur

GERD A. BOLZE, Köln

Wer ist denn dieser Pavin? Das war wohl die am häufigsten gestellte Frage unter den rund 6000 Zuschauern, die mit den Golf-Cracks bei der Lufthansa-Offene Deutsche Meisterschaften in der Gluthitze über die 18 Spielbahnen zogen oder an den Abschlägen und *Grüns* in Köln-Refrath standen. Der kleine Amerikaner Corey Pavin führte vor der letzten Runde überraschend mit großartigen 67+71+68=206 Schlägen bei Standard und *Par 72. Er lag vor den* beiden Engländern Paul Way 68+70+71=209 und Gordon Brand sen. 74+67+68=209 im Feld der noch verbliebenen 70 von 137 Startern. Corey Pavin hielt auch gestern durch und gewann den Titel und 44 160 Mark. Er spielte in den vier Runden 13 Schläge unter Par.

Die Fachleute *halten* sehr viel von dem schmächtigen Lockenkopf aus Palmaretto bei Los Angeles. Schon 1981 gehörte er zum zehnköpfigen amerikanischen Walker-Cup-Aufgebot, für den alle zwei Jahre ausgetragenen Mannschaftsvergleich der Amateure gegen die Besten aus Großbritannien und Irland. *Im* letzten Herbst wechselte Pavin dann ins Profilager über, doch die zum Mitspielen an der lukrativen US-Tour notwen*dige Spielerkarte* schaffte er noch nicht auf Anhieb. So kratzte der Kalifornier alle Ersparnisse zusammen, buchte eine Billig-Charter nach Südafrika und wurde hier im *Januar als sensationeller Gewinner* der südafrikanischen PGA-Meisterschaft gefeiert. Mit gewonnenen rund 60 000 Mark wurde Pavin der Vierte der südafrikanischen Geldgewinnerliste.

Dadurch erzielte Pavin „Yankee" auch die Erlaubnis und die „Players-Card" für die Europa-Tour. *Hier war er bisher schon* Dritter der Scandinavian-Open vor drei Wochen und rangiert mit den in Stockholm gewonnenen 25 000 Mark bereits an 50. Stelle der europäischen Rangliste.

„Den kaufe ich mir noch, denn drei Schläge Vorsprung sind schnell weg, ich bin schließlich besonders motiviert", versicherte der blonde Paul Way, der 1982 in seinem ersten Profi-Jahr gleich die holländische Meisterschaft gewann. „*Vor zwei Jahren* in Cypress-Point in USA habe ich im Walker-Cup gegen Pavin verloren, in Refrath revanchiere ich mich nun", versicherte Way. Er schaffte es nicht.

Siegeschancen rechnete sich auch der spanische Favorit Severiano Ballesteros aus, der 1978 in Refrath schon einmal gewonnen hatte. Mit 68+73+69=210 Schlägen gehört der 26jährige Dollar-Millionär zur Verfolgergruppe und lag zeitweise nur um einen Schlag hinter Pavin.

Dagegen resignierte Bernhard Langer, der Offene Deutsche Meister der beiden letzten Jahre: „Es müßte ein Wunder geschehen, wenn ich Meister bleiben sollte. Doch es läuft bei mir hier einfach nicht, ein Golf-Profi ist nun einmal keine Maschine. Ich habe vor allem beim Putten nicht das Glück, das man zum Sieg auch braucht." Der 25jährige Publikumsliebling lag mit 72+70+73=215 Schlägen hoffnungslos an 26. Stelle.

Neben Langer qualifizierten sich nur noch zwei weitere Deutsche für die letzten 36 Löcher: der 25jährige Torsten Gideon (St. Dionys) mit 72+71+74=217 Schlägen an 35. Stelle und der 36jährige Golflehrer Karl-Heinz Gögele (Augsburg) mit 72+72+74=218 an 43. Stelle unter den 70 Konkurrenten. Die größte Enttäuschung lieferte wohl Heinz-Peter Thül (Hubbelrath), der amtierende Nationale Offene Deutsche Meister und auch Deutscher Golflehrer-Meister. Er schied mit 73+79=152 Schlägen als 101.–103. der 136 Konkurrenten aus.


Ein golfbegeisterter Schlagerstar, der sich nicht zu schade ist, für die Golf-Stars Mineralwasser zu schleppen: Howard Carpendale, hier mit Severiano Ballesteros, war in Köln als sogenannter Marshall eingesetzt. Er sorgte dafür, daß Spieler von Zuschauern ungestört über die Bahnen gehen und ihre Bälle schlagen konnten. FOTO: AP

Warren Jacklin Caddie beim Vater

Bob Charles, 47 Jahre alt, war der älteste Spieler in Köln-Refrath. Der Neuseeländer ist ein Evergreen seines Sports. 1963 gewann er die British Open, in diesem Jahr, zwanzig Jahre später, konnte er auf der US-Tour die Tallahasse Open für sich entscheiden. Charles wird als der „beste Linkshandspieler der Welt" bezeichnet. Doch er ist *Rechtshänder*. Charles: „Ich war 15 Jahre alt, als ich mit dem Golf anfangen wollte. Da stand mir nur ein Schlägersatz für Linkshänder zur Verfügung. Das klappte so gut, daß ich mich später nie umgestellt habe."

*

Der jüngste Caddie in Köln ist zehn Jahre alt, heißt Warren mit Vornamen und trägt einen berühmten Familiennamen. Er ist der Sohn des Engländers Tony Jacklin. Warren durfte zum ersten Mal seinem Vater die Tasche mit den Schlägern auf einer zweirädrigen schwedischen Karre hinterherziehen. Tony Jacklin ist unbestritten Englands erfolgreichster Golfer der letzten zwei Jahrzehnte. 1978 gelang ihm in Köln ein As, ein Schlag, bei dem der Ball direkt ins Loch flog. Sein Lohn war ein Mercedes im Wert von 80 000 Mark. In diesem Jahr schafften Vater und Sohn mit 147 (70+77) Schlägen so gerade noch die Qualifikation für die Runde der besten 65 Spieler. Jacklin begann die zweite Runde mit acht Schlägen auf einer Bahn, für die nur vier Schläge die Norm sind. Der Engländer wollte einen in den Wald geschlagenen Ball von einem Baum herausschlagen. Doch der Ball prallte gegen den nächsten Baum und von dort zurück gegen sein Bein. Nach den Regeln erhielt er dafür noch zwei weitere Strafschläge angerechnet.

*

Geflügeltes Wort unter den engli*schen Profis war, wo immer sie* sich trafen: „Good morning, Mister . . ." Die Betonung lag dabei immer auf „Mister". So flachsten sie sich gegenseitig an. Der Grund: „Wir werden hier in Refrath wie Amateure behandelt." Am ersten Abschlag stellte sie der Starter, ein Mitglied des Golf- und Landclubs Köln, jeweils *mit Mister und ihrem* Nachnamen vor. Eine für britische Ohren ungewohnte Aktion. In ihrer Heimat werden Profis stets nur mit Vor- und Zunamen vorgestellt. Lediglich eventuell mitspielende Amateure werden so genannt, wie es den Profis in Köln jetzt erging.

*

In seinem ersten Jahr als sogenannter Playing-Pro, hat Torsten Gideon bisher fast 6000 Mark an Preisgeldern gewonnen und steht in der Europarangliste zur Zeit an 124. Stelle. Der 25 Jahre alte Hamburger beklagte sich darüber, daß solche Summen ohne Kommentar veröffentlicht werden: „Müßt ihr denn immer schreiben, wieviel wir gewinnen. Die Leute denken dann, wir sind reich, dabei verschlingen die Kosten bei mir alles." Auch bei sparsamstem Lebenswandel, so Gideon, müsse jeder Spieler mit etwa 4500 Mark Kosten im Monat rechnen, wenn er die Europa-Tour mitspiele.

*

Brian Waits (43) war der unglücklichste und wütendste Spieler der Meisterschaften. Vor dem ersten Abschlag hatte man ihm auf der Übungswiese den sogenannten „Zebra-Putter" aus der Golftasche gestohlen. Waits: „Das ist mein wichtigster Schläger. Mit ihm habe ich nicht zuletzt durch mein gutes Putten 400 000 Mark in den letzten drei Jahren gewonnen." Doch es klappte dann beser als erwartet mit dem Ping-Putter, den er vor drei Jahren gegen den nun gestohlenen ausgetauscht hatte. Waits: „Es klappte ganz gut mit dem alten Putter. Das ist wohl wie mit einer alten Freundin, mit der man ein neues Verhältnis anfängt."

GERD A. BOLZE

Haftanstalten setzen auf „Halbpension"

Neues Freigänger-Modell in NRW: Knast nur nachts

ANDREAS SCHULZ, Bonn

In Nordrhein-Westfalen will Justizministerin Inge Donnepp die „schwedischen Gardinen" einen Spalt breit öffnen. Von heute an ist einer bestimmten Gruppe Inhaftierter ein begrenzter, aber regelmäßiger Kontakt zur freien Außenwelt gestattet. So sollen alle gewöhnlichen, zu Freiheitsstrafen bis einschließlich zwei Jahren verurteilten Kriminellen tagsüber wie gewohnt ihrer Arbeit am alten Arbeitsplatz nachgehen dürfen. Nach Feierabend, wenn die Kollegen zum Bier in die Stammkneipe einkehren, begeben sie sich zurück in ihre weniger gemütlichen Gefängniszellen. Einmal als Freigänger eingestuft, genießen sie diese Hafterleichterung vom Tage ihrer Einweisung an. Schwere Jungs, vor allem Gewalt- und Sittlichkeitsverbrecher, bleiben von der Neuregelung freilich ausgeschlossen.

Den offenen Strafvollzug praktizieren alle Bundesländer, wenn auch in unterschiedlich abgestuften Formen, wie Hafturlaub oder aber haftbezogene Außenarbeiten. Während Hessen nach dem gleichen Prinzip verfährt wie NRW jetzt, steht man in Bayern einer solch freizügigen Behandlung der Strafgefangenen skeptisch gegenüber. Freigänger wird dort nur, wer bereits eine gewisse Zeit gesessen hat und nach eingehender Prüfung der Behörden als „Sicherheitsrisiko" ausscheidet.

Auch bayerische Häftlinge müssen nicht unbedingt hinter Schloß und Riegel arbeiten. Sie dürfen allerdings nicht am angestammten Arbeitsplatz oder gar im eigenen Betrieb tätig bleiben, sondern dürfen ihre Arbeitskraft nur gemeinnützigen Organisationen zur Verfügung stellen. Ihre Lebensführung soll beschränkt sein. Freizügigkeit, wie sie Nordrhein-Westfalen gewährt, hält das bayerische Justizministerium für verfehlt. Sie gefährde die öffentliche Sicherheit und verfälsche das Wesen der Strafe.

Die sozialdemokratisch regierten Länder halten dagegen die Gefahr eines Mißbrauchs für gering. In Hessen gab es 1982 bei rund 5000 Häftlingen und 28 000 Beurlaubungen in 531 Fällen Anlaß zur Beschwerde – meist waren die Probanden zu spät in die Anstalt zurückgekehrt. Unter 1522 Freigängern gab es 107 „Überfällige" – zwölf von ihnen (etwa 1 Prozent) hatten sich als „Papillon" versucht und abgesetzt.

Positive Erfahrungen (bei 120 000 Beurlaubungen (ein Prozent Mißbrauch) ermutigen auch Nordrhein-Westfalen, das Freigänger-Modell Castrop-Rauxel von heute an auf alle offenen Gefängnisse und 3495 Häftlinge, die dafür in Frage kommen, auszudehnen. Straffällige, deren Arbeitgeber sie nicht länger haben will, werden dabei zwangsläufig schlechter wegkommen. Arbeitslose sind doppelt benachteiligt, da sie noch schwerer zu vermitteln sind.

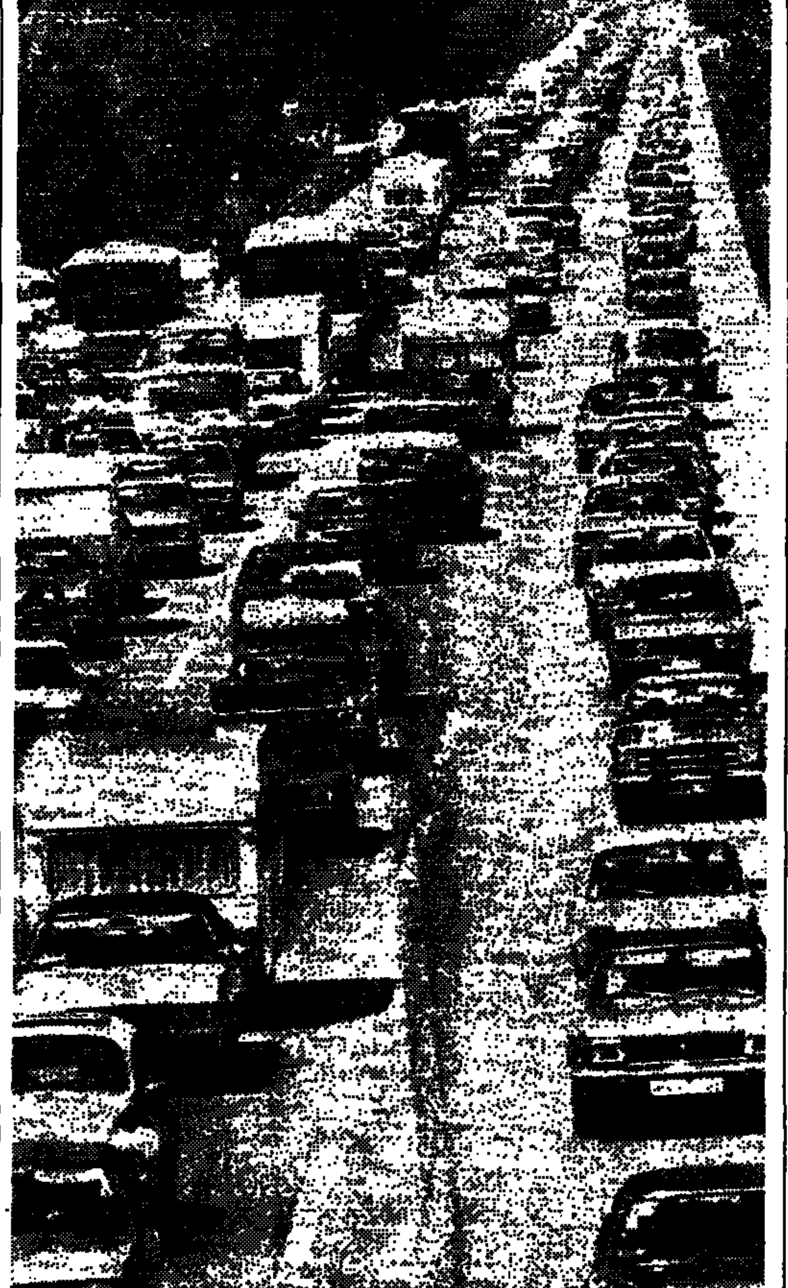
In den Justizministerien Hessens und Nordrhein-Westfalens ist man ungeachtet dieser Einwände optimistisch. Über den offenen Vollzug hofft man, die bruchlose Wiedereingliederung Gefangener in die Gesellschaft besser bewerkstelligen zu können. Die sozialen Bindungen am Arbeitsplatz blieben erhalten, „eine drohende Arbeitslosigkeit nach Strafverbüßung werde vermieden", umreißt Justizministerin Inge Donnepp das Ziel.

Bei soviel Reformfreudigkeit überrascht der späte Zeitpunkt der Neuerung. Ein geändertes Strafvollzugsrecht, das den Akzent von der bloßen Sicherungsverwahrung auf eine verbesserte Betreuung der Gefangenen verschiebt, liegt schließlich seit 1977 vor. Innerhalb dieses, vom Bund vorgegebenen Rahmens entfaltete sich die Aktivität der Länder aber erst in den vergangenen zwei Jahren. Dafür gibt es handfeste materielle Gründe.

Seit geraumer Zeit reichen die Gefängnisse der Länder nicht mehr aus, um die steigende Zahl der Verurteilten zu bewältigen. Jeder zusätzliche Häftling kostet zudem 60 bis 100 Mark pro Tag. In Bayern beliefen sich die Ausgaben der Justizanstalt bei 4,5 Prozent mehr Gefangenen 1982 auf 289 Millionen Mark (plus 1,5 Prozent).

Auch in Nordrhein-Westfalen reißt der Zustrom nicht ab, sind die Gefängnisse brechend voll. 1982 mußten 18 049 Gefangene in 17 477 Zellen untergebracht werden. Das Düsseldorfer Justizministerium sieht sich einer „unverändert angespannten" Lage ausgesetzt. Um zu einer Entlastung der Gefängnisse zu kommen, hatte Inge Donnepp auf der Justizminister-Konferenz der Länder im Juni vorgeschlagen, die Obergrenze für Bewährungsstrafen kurzerhand auf drei Jahre anzuheben. Dieses Anliegen stieß bei der Mehrheit ihrer Kollegen angesichts der steigenden Kriminalität auf wenig Verständnis und wurde nicht einmal beraten.

So suchte die Ministerin nach anderen Wegen und fand sie auch – in Hessen. Dort bezahlen Freigänger Haftunterbringung und Verpflegung selbst. 1981 nahmen Hessens Justizanstalten aus diesen „Halbpensionen" eine beachtliche Summe ein. Auf diese Weise sollen nun auch in Nordrhein-Westfalen weitere Gefängnisse finanziert werden. Was letztlich die Justizminister Hessens und Nordrhein-Westfalens dazu bewogen haben mag, ihre Freigängertrakte zügig zu erweitern – ob leere Kassen oder eine soziale Grundeinstellung – den Freigängern dürfte es gleich sein.



Autoblech, soweit das Auge reicht. 100 Kilometer lang war der Stau bei Biebelried, 60 Grad Celsius maßen die Innentemperaturen. FOTO: AP

Vom Norden bis zum Süden – stop-and-go auf den Straßen

Verkehrschaos in ganz Deutschland, wie vorhergesagt

dpa, Hamburg

Das war der Höhepunkt der Reisewelle und des Verkehrschaos in diesem Jahr. Es kam, wie vorausgesagt: Der Ferienbeginn in Bayern sowie das Ferienende in Berlin, Bremen, Hessen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein sorgten an diesem Wochenende für streckenweise katastrophale Zustände auf den Autobahnen. Auch in Frankreich, in Italien und in der Schweiz waren viele Fernstraßen dicht.

Vor allem am Samstag ging es auf vielen Straßen nur langsam oder gar nicht voran. Auch die Nebenstrecken waren zum Teil völlig überlastet. Es kam zu vielen Unfällen. Urlaubs-Starter und Rückkehrer begegneten sich in langen Kolonnen, die Heimkehrer wurden einen Teil ihrer Ferienerholung im zähen Verkehr wieder los. Die längste Autoschlange meldete die Polizei vom Autobahndreieck Biebelried bei Würzburg. Dort ging es nach einem Unfall auf 100 Kilometern nur im Schritt-Tempo voran.

Einen Stau von 30 Kilometern gab es auf der Autobahn Basel–Karlsruhe, 20 Kilometer auf der Autobahn Stuttgart–München. Vor der letzten Tankstelle Richtung Salzburg stauten sich die Wagenkolonnen am Samstag auf 20 Kilometer. Wartezeiten von rund einer Stunde gab es an der Grenze nach Dänemark, von zwei Stunden für Autoreisende, die ihre Wagen mit der Bundesbahn auf die Nordseeinsel Sylt bringen lassen wollten.

Während es gestern fast überall auf den Straßen besser lief, blieb es in Bayern dicht: Von Nürnberg bis zur österreichischen Grenze registrierten die Einsatzzentralen der Polizei dichten, zähflüssigen bis stehenden Verkehr.

Mit Sonnenschein und sommerlichen Temperaturen zwischen 24 Grad im Norden und 35 Grad im Südwesten verabschiedete sich am Sonntag der Rekord-Juli, der in Süddeutschland Spitzenwerte bis an die 40-Grad-Grenze gebracht hatte. In Stuttgart war es der wärmste Juli seit Beginn der Wetteraufzeichnungen 1851. Mit elf Tagen über 30 Grad war es in München so warm wie seit 200 Jahren nicht mehr.

Das traditionelle „schwarze Wochenende" auf Frankreichs Straßen zur Monatswende Juli/August ist seinem Ruf auch in diesem Jahr treu geblieben. Ein Großteil der neun Millionen Franzosen, die sich zum Ende oder zum Beginn ihres Urlaubs auf den Straßen begegneten, mußten sich durch lange Staus quälen.

Das bisher schlimmste Wochenende meldet die Polizei auch von den Straßen der Schweiz. Bereits am Freitag quälten sich bis zu 40 Kilometer lange Autoschlangen von der Südseite der Alpen Richtung Norden.

Rachel war Zufallsopfer zweier Arbeitsloser

Glückliches Ende einer Entführung / Nachbar gab Tip

AP, Dortmund

Die neunjährige Rachel Danczak, die am späten Freitagabend in Duisburg mit einer überraschenden Polizeiaktion nach zweitägiger Gefangenschaft aus der Gewalt ihrer Entführer befreit wurde, ist rein zufällig das Opfer der beiden verhafteten Kidnapper geworden. Wie der Einsatzleiter des Sonderkommandos der Dortmunder Kriminalpolizei, Hubert Proczek, am Wochenende in Dortmund mitteilte, waren der 35jährige ehemalige Berufssoldat Dieter Blechmann und der 20 Jahre alte arbeitslose Elektriker Bernhard Grigat seit vergangenen Montag ziellos durch Nordrhein-Westfalen bis in den niedersächsischen Raum gefahren, um „nach einem geeigneten Mädchen bis zu zehn Jahren" Ausschau zu halten. Erst am Mittwoch hatten sie Rachel entführt, die von einer Ferienkinderparty in der Dortmunder Westfalenhalle kam und allein an einer Bushaltestelle wartete.

Die glückliche Befreiung verdankt das Mädchen einem 40jährigen Duisburger. Der Bewohner des von Blechmann angemieteten Hauses im Duisburger Stadtteil Wanheimerort, in dem Rachel gefangen gehalten wurde, gab der Polizei den entscheidenden Hinweis. Der Mann hatte im Lokalfernsehen einen Fahndungsaufruf mit dem Bild des Mädchens gesehen. Er schöpfte Verdacht, da ein Fenster in der Wohnung von Blechmann und das Schlüsselloch an der Wohnungstür zugehängt waren. Unter einem Vorwand verschaffte er sich für einen Augenblick Einlaß in die Wohnung, wo er Grigat antraf und das entführte Mädchen von der Tür aus sah. Daraufhin verständigte er die Polizei. Zehn Kriminalbeamte der Polizei Duisburg gelangten dann ebenfalls unter einem Vorwand in die Wohnung und trafen auf die kleine Rachel, die nicht gefesselt war, aber die Augen verbunden hatte, und auf Grigat, der sich widerstandslos festnehmen ließ.

Blechmann, der gerade von einer öffentlichen Telefonzelle aus mit einer Zeitung wegen der Lösegeldforderung telefonierte, kam etwa 30 Minuten später in die Wohnung zurück. Die Dortmunder Staatsanwaltschaft erließ Haftbefehl wegen erpresserischen Menschenraubes und gefährlicher Körperverletzung. Das Mädchen wurde sofort medizinisch untersucht und war nach Angaben der Ärzte „psychisch und körperlich in einer gesunden Verfassung".

Zum Tathergang erklärte Proczek, die beiden Männer seien ziellos durch die Gegend gefahren mit der Absicht, irgendein Kind zu entführen und Lösegeld zu erpressen. Am Mittwochmittag sahen sie Rachel an der Bushaltestelle. Grigat habe dem Kind „Reizgas" ins Gesicht gesprüht und es auf den Rücksitz des Mietwagens gezerrt.

Rund dreizehn Stunden seien die beiden Männer mit dem Kind, das sie inzwischen mit Klebeband gefesselt im Kofferraum des Wagens eingeschlossen hatten, wahllos herumgefahren, ehe sie es gegen Mitternacht in die Wohnung von Blechmann gebracht haben.

Blechmann, der als Haupttäter gilt, hat zweimal bei einer Zeitung angerufen und die Entführung des Mädchens, beziehungsweise Hinweise auf weitere Instruktionen bekanntgegeben. Das Lösegeld – eine Million Mark – sollte in 8000 Scheinen zu 100 Mark und 4000 Scheinen zu 50 Mark gebracht werden. Die Eltern, die in bescheidenen Verhältnissen leben, wären nicht in der Lage gewesen, diese Summe aufzubringen. Die Täter rechneten damit, daß „irgendjemand" das Lösegeld zur Verfügung stellen würde. Die beiden Männer waren Zufallsbekanntschaften. Blechmann, der rund 40 000 Mark Schulden hat, war nach 15 Jahren aus der Bundeswehr ausgeschieden.

Überlebende des Busunglücks wieder zu Hause

dpa, Frankfurt

35 Überlebende des schweren Busunglücks nahe der sowjetischen Stadt Orel sind am Freitagabend an Bord einer Linienmaschine der Lufthansa in die Bundesrepublik zurückgekehrt. Nicht mit ausreisen durften die beiden Busfahrer des Unglücksfahrzeugs. Sie werden zumindest noch bis zum Abschluß des Ermittlungsverfahrens in der UdSSR festgehalten. Ein Schwerverletzter liegt noch in einem sowjetischen Krankenhaus. In der Lufthansa-Maschine befanden sich auch die Särge mit den sterblichen Überresten von zehn der bei dem Unglück ums Leben gekommenen Teilnehmer der Reisegruppe aus Morbach (Kreis Bernkastel-Wittlich). Ein seinen Verletzungen in einem Krankenhaus bei Orel erlegener elfter Reiseteilnehmer wird später in die Bundesrepublik gebracht.

Die 35 – zum Teil noch verletzten – Teilnehmer der Reisegruppe waren vor dem Abflug in einem Moskauer Krankenhaus untersucht worden. Drei der Verletzten wurden liegend in dem Lufthansa-Airbus transportiert. Auf ärztliche Anordnung wurde die Presse bei der Ankunft der Maschine von der Reisegruppe ferngehalten. Zwei Hubschrauber standen bereit, um die drei Schwerverletzten bereits auf dem Vorfeld in Empfang zu nehmen und in ein Bundeswehrkrankenhaus zu bringen.

Knapp 100 000 Hektar Wald verbrannt

dpa, Rom/Ajaccio

Die verheerenden Waldbrände auf der italienischen Mittelmeerinsel Sardinien und auf dem italienischen Festland konnten bis gestern noch nicht unter Kontrolle gebracht werden. Nachdem es Samstag vormittag auf Sardinien so schien, als sei das Schlimmste überstanden, loderten am Abend neue Brände in bisher nicht betroffenen Gebieten auf. Auch in der süditalienischen Region Kalabrien breiteten sich die Feuer in gefährlicher Weise aus. Brände unterschiedlichen Ausmaßes wurden ferner aus der Toskana, aus dem Aosta-Tal, Ligurien, der Lombardei und Friaul gemeldet.

Sieben Freiwillige, die am Freitag beim Versuch umgekommen waren, ein Übergreifen des Feuers auf die sardische Ortschaft Tempio Pausania zu verhindern, wurden am Samstag beigesetzt. Neben Freiwilligen sind 1100 Soldaten auf Sardinien im Einsatz. Die Bundesluftwaffe hat zwei „Transall"-Transportmaschinen als „Wasserbomber" zur Verfügung gestellt.

In Kalabrien wurde bis Samstag die gesamte Altstadt der Ortschaft Santa Catarina dello Ionio mit historisch wertvollen Gebäuden ein Raub der Flammen. In der Nähe von Catanzaro wurde am Samstag die verkohlte Leiche eines Bauern auf seinem Feld gefunden.

Schätzungen gehen davon aus, daß auf Sardinien in den vergangenen Tagen bis zu 40 000 Hektar Wald zerstört wurden. Auf der nördlich gelegenen französischen Insel Korsika sind es nach offiziellen Angaben 40 000 bis 50 000 Hektar Wald und Buschland. Es ist damit die größte Brandkatastrophe auf Korsika seit 1957, als 55 000 Hektar vernichtet wurden. Die wirtschaftlichen und ökologischen Folgen werden als dramatisch beschrieben. Außer auf Fahrlässigkeit werden viele Brände auf vorsätzliche Brandstiftung sowie auf Streitigkeiten zwischen Jagdvereinen oder die Profitsucht von Immobiliengesellschaften zurückgeführt. Als mutmaßliche Brandstifterin wurde inzwischen die 39jährige Deutsche Eva-Maria Diefenbach verhaftet. Im Norden Korsikas erlag am Samstag ein alter Mann einem Herzinfarkt, als er in seinem von Flammen eingeschlossenen Haus in Panik geriet. Gestern entspannte sich die Lage etwas, nachdem Feuerwehren und Soldaten die meisten Brände unter Kontrolle bekamen. Die Gefahren sind aber noch nicht vorüber. Auch gestern stiegen die Temperaturen wieder auf 40 Grad Celsius.

Ein großer Waldbrand, der in der Nacht zu gestern nördlich der jugoslawischen Hafenstadt Dubrovnik wütete, ist inzwischen unter Kontrolle gebracht worden. Einzelne Glutnester sollen von Löschflugzeugen bekämpft werden. Mehr als 2000 Feuerwehrmänner aus der ganzen Umgebung von Dubrovnik standen seit Samstag nachmittag ununterbrochen im Einsatz.

In Dubrovnik halten sich zur Zeit mehr als 50 000 Touristen, davon 30 000 Ausländer, auf. Die amtliche Nachrichtenagentur Tanjug bezeichnet die vergangene Nacht als „dramatisch", da das Feuer, begünstigt durch starken Nordwind, immer näher an die Villenviertel der Stadt herankam. Bei Sonnenaufgang drehte jedoch der Wind.

In den USA raffte die Hitzewelle inzwischen 187 Menschen hin. Die Temperaturen waren am Wochenende wieder bis auf 39 Grad Celsius angestiegen.

Gelähmter nach neuer Methode geheilt

AP, Berlin

Erstmals in der Medizin ist es gelungen, eine nach einem Tauchunfall erlittene Querschnittslähmung zu heilen. An der Lehr- und Forschungsstätte der Deutschen Lebensrettungsgesellschaft (DLRG) in Berlin-Spandau wurde ein 18jähriger Berliner durch eine Überdruck-Helium-Therapie nahezu vollständig geheilt. Nach acht Tagen durfte der Patient zum Wochenende die Druckkammer verlassen, in der er unter einem einer Wassertiefe von 80 Metern entsprechenden Druck in einer zeitweise fast 100prozentigen Helium-Atmosphäre behandelt wurde. Der Leiter der Forschungsstätte, Siegfrid John, bezeichnete die Methode als ein „völlig neues Heilverfahren". Bisher war es von Medizinern für unmöglich gehalten worden, einen derartigen Fall zu heilen, zumal der Patient erst fünf Tage nach Auftreten der Lähmung behandelt wurde. Der Berliner Gymnasiast war vor 15 Tagen bei einem Tauchunfall auf Sardinien verunglückt. Nach dem Auftauchen aus einer Tiefe von etwa 30 Metern wurde der Mann noch im Wasser bewußtlos. Er wurde sofort in einer Druckkammer der italienischen Marine behandelt und nach Besserung seines Zustandes von seinem Vater mit dem Auto nach Hause gefahren. In Berlin wurde die Behandlung fortgesetzt. Die Kosten der Behandlungen bezifferte John auf etwa 40 000 Mark.

13 Tote in Südafrika

AFP, Kapstadt

Bei einem Verkehrsunfall in der Nähe von Kapstadt sind am Samstag 13 Menschen getötet und 41 verletzt worden. Ein Bus fuhr mit vollem Tempo auf einen auf einem Seitenstreifen geparkten Lastwagen auf. Bei den Businsassen handelte es sich um eine Gruppe Mischlinge, die von einem in der Umgebung von Kapstadt veranstalteten Picknick zurückkamen. Der wegen einer Panne schon länger am Straßenrand geparkte Lastwagen hatte zuvor schon einen weiteren Unfall verursacht, bei dem fünf Menschen getötet worden waren.

Fälscherring gesprengt

rtr, Stuttgart

Einen weitverzweigten Geldfälscherring hat die Polizei in Baden-Württemberg gesprengt. Sechs Verdächtige wurden verhaftet und der Andruck von einer Million falscher US-Dollar in einer Ravensburger Werkstatt sichergestellt. Die Fälscher planten offenbar, ihre „Blüten" international zu verbreiten.

Chance für Epileptiker

SAD, New York

Mehr als zwei Millionen Amerikaner leiden an Epilepsie, einer Störung des Hirns, die krampfartige Anfälle verursacht. 200 von ihnen unterzogen sich im letzten Jahr einer erfolgreichen Operation. Mindestens zehnmal soviel Epileptiker könnten mit ähnlich guten Chancen Heilung durch einen operativen Eingriff finden. Jedoch ist die Zahl der Krankenhäuser auf dem nordamerikanischen Kontinent, die solch komplizierte Chirurgie betreiben, auf etwa ein Dutzend begrenzt. 90 Prozent der Operationen verliefen erfolgreich.

Betrug gescheitert

SAD, San Jose

Robert Paul Yarrington aus Kalifornien ließ sich von seiner Freundin den linken Fuß abhacken. Dann täuschte er einen Motorradunfall vor und kassierte 205 000 Dollar von der Versicherung. Jetzt muß er wegen Versicherungsbetrugs ins Gefängnis. Ein Geschworenengericht sprach ihn schuldig. Das Strafmaß wird noch verkündet.

LEUTE HEUTE

Indiskret

Greta Garbo (77) will ihr Millionenvermögen, darunter eine kostbare Kunstsammlung, mangels direkter Erben einer US-Universität oder einem Museum vermachen, erfuhr die Gesellschaftskolumnistin **Lady Olga Maitland**. Derlei Neuigkeiten gelten als Sensation. Die „Göttliche" haßt Klatsch über sich.

Amüsement verärgert

„Onkel Ernest würde sich im Grabe umdrehen", meinte **Hilary Hemingway** über die „Hemingway-Tage", die in Key West zu Ehren ihres Onkels, Ernest Hemingway veranstaltet wurden. Der gleichen Meinung waren wohl auch Hemingways Witwe Mary und seine Kinder, die ebenfalls wegblieben. Doch die etwa 100 Leute, die sich zu dem Ereignis auf dieser der Südspitze Floridas vorgelagerten Insel versammelten, schienen sich mit Spielen königlich zu amüsieren. Dabei ging es u.a. darum, sich als eine Figur aus Hemingways Romanen zu verkleiden. Den ersten Preis dabei gewann die Sekretärin **Rhonda Rennenbaum**, die sich ein Röckchen aus Silberpapier-Streifen anzog und einen blauen Ballon auf den Rücken band. Auf die Frage, wen sie darstelle, erwiderte sie: „Eine Qualle aus ‚Der alte Mann und das Meer'."



Blindes Vertrauen

Ausgerüstet mit Seekarten in Blindenschrift und sprechendem Navigationsmaterial ist ein blinder amerikanischer Seemann in San Francisco aufgebrochen, um nach Hawaii zu segeln. Der 42jährige **Hank Dekker** hat sich mit seiner Segelyacht „Dunkler Stern" allein auf die 5000 Kilometer lange Reise gemacht, um zu beweisen, daß auch Sehbehinderte zu außerordentlichen sportlichen Leistungen fähig sind. Dekker erblindete vor zehn Jahren.

WETTER: Freundlich und warm

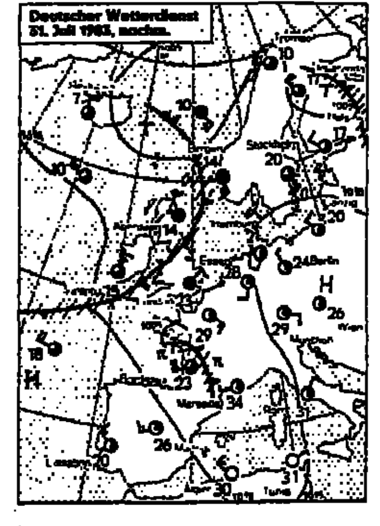
Wetterlage: Ein Gewittertief zieht vom Raum Benelux nach Südskandinavien. An seiner Rückseite dringt eine Kaltfront von Nordwesten her ein, die bis zum Abend den Südosten erreicht.

Vorhersage für Montag:

Für das Bundesgebiet: Zunächst im Südosten noch heiter, später hier, wie im übrigen Bundesgebiet wechselnd, vielfach stark bewölkt und gewittrige Schauer. Tageshöchsttemperaturen im Südosten nahe 30 Grad, sonst um 25 Grad. Schwacher bis mäßiger, in Gewitternähe böiger Wind von Süd auf Nordwest drehend.

Weitere Aussichten:

Freundlich, mäßig warm.



Stationen: 12 bedeckt, West Stärke 5, 15°C, ● bedeckt, ≡ Nebel, ● Sprühregen, ● Regen, ✱ Schneefall, ▼ Schauer. Gebiete: Regen, Schnee, Nebel, Frostgrenze. H=Hoch-, T=Tiefdruckgebiete. Luftströmung: ⇒ warm, ⇒ kalt. Fronten: Warmfront, Kaltfront, Okklusion. Isobaren: Linien gleichen Luftdruckes (1000mb=750mm)

Temperaturen am Sonntag, 13 Uhr:

Berlin	24°	Kairo	36°
Bonn	29°	Kopenh.	19°
Dresden	24°	Las Palmas	23°
Essen	28°	London	23°
Frankfurt	29°	Madrid	26°
Hamburg	21°	Mailand	30°
List/Sylt	18°	Mallorca	39°
München	29°	Moskau	19°
Stuttgart	29°	Nizza	32°
Algier	30°	Oslo	20°
Amsterdam	27°	Paris	29°
Athen	29°	Prag	26°
Barcelona	32°	Rom	31°
Brüssel	27°	Stockholm	20°
Budapest	27°	Tel Aviv	33°
Bukarest	27°	Tunis	31°
Helsinki	17°	Wien	26°
Istanbul	27°	Zürich	29°

*Sonnenaufgang am Dienstag: 5.46, Uhr, Untergang: 21.09 Uhr, Mondaufgang: 0.37 Uhr, Untergang: 14.45 Uhr.
* in MEZ, zentraler Ort Kassel

Vor 25 Jahren: Ein Kampf in der Tiefe

dpa, Washington

An Bord des ersten atomgetriebenen amerikanischen U-Bootes, der „Nautilus", erstarb fast jegliches Geräusch. Nur die Echolote, die den Meeresboden und die Eisdecke über dem Schiff unermüdlich abtasteten, ließen ihr pfeifendes Geräusch hören. Dann zählte Kapitän William Anderson laut: „Drei, zwei, eins. Jetzt!"

Es war der 3. August 1958, 23.15 Uhr östlicher Zeit. Zum ersten Mal in der Geschichte der Schiffahrt hatte ein U-Boot von der Beringstraße aus nach 62 Stunden Fahrt unter dem ewigen Eis den Nordpol erreicht und damit eine Pionierleistung vollbracht.

Unter strengster Geheimhaltung setzte die „Nautilus" ihre Reise fort, ehe sie nach insgesamt 96 Stunden und 3400 Unter-Eis-Kilometern nordöstlich von Grönland wieder auftauchte und schließlich am 5. August Island erreichte. Sie hatte die Passage vom Pazifik in den Atlantik unter dem Packeis geschafft.

Begonnen hatte die 12 000 Kilometer lange Fahrt der „Nautilus" am 23. Juli in Pearl Harbor auf Hawaii. Kurz nach Mitternacht stahl sich das graue, 97 Meter lange Boot aus dem Hafen. Es war bereits der zweite Versuch. Fünf Wochen zuvor hatte die „Nautilus" schon einmal heimlich versucht, bis zum Nordpol vorzudringen. Dabei wäre es fast zu einer Katastrophe gekommen.

Zunächst war alles nach Plan verlaufen. Von Seattle im Nordwesten der USA aus stach die „Nautilus" am 9. Juni in See. Bis in die Nähe der Beringstraße ging alles glatt. Am 15. Juni mußte das Boot hinter der St.-Lorenz-Insel umkehren, weil die westliche, Sibirien zugewandte Meeresseite von tiefgehenden Eisschollen verstopft war. Die „Nautilus" umfuhr die Insel im Osten und folgte dann der Küste Alaskas.

Acht Tage nach dem Auslaufen, am 17. Juni, wurde es dramatisch. Das Boot geriet unversehens unter eine Eisscholle, die einen Tiefgang von 19 Metern hatte. Zwischen dem Eisblock, dessen Unterseite auf Fernsehmonitoren klar zu erkennen war, und dem U-Boot-Turm, lagen gerade noch 2,5 Meter.

Anderson schrieb später, daß alle wie gebannt auf den Schreiber starrten, der die Linien der beiden gewaltigen Eisschollen aufzeichnete. „Jetzt würde es gleich eintreten, der Anprall und das Kratzen von Stahl auf hartem Eis. ... Wie gelähmt standen wir jeder auf seinem Posten."

Nach qualvollen Minuten erreichte die „Nautilus" wieder tieferes Wasser. Zwischen dem Eisblock und dem Turm hatten die Meßgeräte noch gerade 1,50 Meter angezeigt. Der Kapitän gab den Befehl zur Umkehr.

Die „Nautilus" ist im März 1980 nach 25 Jahren außer Dienst gestellt worden. Die Sowjetunion hat ihr erstes Atom-U-Boot erst fünf Jahre nach der „Nautilus" zu Wasser gebracht, inzwischen aber stark aufgeholt, obwohl sie in der Technologie immer noch hinterherhinkt. Nach westlichen Quellen verfügt sie heute über 62 nuklear angetriebene Boote mit Langstrecken-Raketen an Bord.

Die U-Boote spielen in der atomaren Strategie beider Supermächte eine unterschiedliche Rolle. Während die UdSSR auf 950 U-Boot-Langstrecken-Raketen etwa 1500 Sprengköpfe montiert hat, sind es auf den amerikanischen Boote 520 Raketen, die allerdings 5000 Sprengköpfe tragen. Die USA haben somit zwei Drittel ihrer Raketensprengkraft auf U-Booten untergebracht, die Sowjetunion dagegen nur ein Fünftel.

Die Atomraketen auf U-Booten sind weitaus mobiler als jene zu Lande, weil sie sehr nahe an das Territorium des potentiellen Gegners herangebracht werden können. Die Flugzeit von auf Land stationierten Interkontinentalraketen beträgt rund eine halbe Stunde, die von U-Booten in Küstennähe dagegen nur sechs bis acht Minuten. Das Aufspüren und Belauern von U-Booten ist deshalb für beide Seiten lebenswichtig.

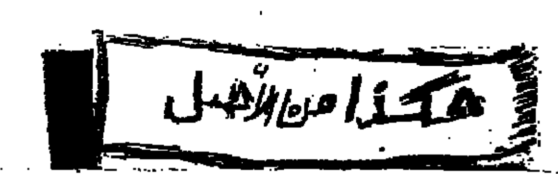
ARNOLD MAYER



Wieder aufgetaucht: Die „Nautilus" im August '58 vor der Skyline New Yorks. 22 Jahre tat das atomgetriebene U-Boot noch Dienst, ehe es 1980 verschrottet wurde. FOTO: AP

ZU GUTER LETZT

„Witzige musikalische Bedienung, Hauptsache männl. oder weibl., f. Musikkneipe im Schanzenviertel ges. Tel ...". Stellenanzeige der „Bild"-Hamburg.



Pankraz, Homer und der Ruhm des Kriegers

Eine interessante Auseinandersetzung wird zur Zeit in der Ostberliner Literaturzeitschrift „Sinn und Form" geführt. In einem der letzten Hefte hatte der Kritiker Erich Köhler mit keinem Geringeren als Homer abgerechnet, hatte ihn als Vater aller Kriegsliteratur hingestellt und gegen den „Vater des Friedens und der Landwirtschaft" Hesiod ausgespielt. „Homerisch ist", schrieb Köhler, „wenn Fäuste auf Kinnbacken krachen, Stahl gegen Stahl fetzt, wenn die Wumme losgeht, der Ballermann ballert." Die Griechen vor Troja bezeichnete er als „asoziale Bande" und Homer als willfährigen Lohnschreiber griechischer Kolonialisten, der auch noch Spaß an der „Verherrlichung kriegerischer Abenteuer" und an der „genußvoll ausgemalten Technik des Tötens" gehabt habe.

In der jüngsten Ausgabe von „Sinn und Form" nun bekommt der Oberassistent für Romanistik an der Humboldt-Universität, Botho Wiele, Gelegenheit, seinerseits mit Köhler abzurechnen. Er bezichtigt ihn der Ignoranz, weist ihm mangelhafte Kenntnis Homers und der marxistischen Klassiker nach und erklärt den griechischen Epiker zum „unveräußerlichen Bestandteil des weltliterarischen Erbes, das sich die sozialistische Gesellschaft umfassend aneignet". Der arme Köhler wird regelrecht abgebügelt und muß eine schwere Einbuße an kritischer Reputation hinnehmen.

Wieles Polemik, hinter der ganz offensichtlich die altphilologische Professorenschaft der Humboldt-Universität steht, liest sich gut, macht es sich aber ein bißchen allzu leicht. Mit dem Hinweis, daß Karl Marx die „heitern, kräftigen und totalen Gestalten" Homers liebte und auch Goethe ein lebenslanger und begeisterter „Homeride" war, ist ja zur Sache selbst noch gar nichts gesagt, und auch die Behauptung, daß Homer neben dem Krieger auch den Handwerker und den Landmann feiert, drückt sich um den Kern der Affäre herum.

Der Kern der Affäre aber ist: Homers „Ilias" liefert wirklich eine gewaltige Poetisierung des Krieges, nicht einmal nur des „gerechten Krieges", sondern des Krieges überhaupt; Griechen und Trojaner kommen bei ihm gleich gut weg, jede Seite besitzt gleichermaßen Helden und erwirbt dadurch des Sängers Gunst und Ruhmrede. Die tödliche Spur, die die Helden pflügen, mindert ihre poetische Attraktivität nicht im geringsten, und Homers Klage über die Gefallenen wird an keiner Stelle zur Anklage. Um es mit Köhlers Worten zu sagen: Die Wumme geht los, und Homer findet das nicht nur in Ordnung, sondern verklärt den Vorgang sogar noch, kann sich nicht genug tun in der Beschreibung blitzender Waffen, feiert den Kampf, das agonale Geschehen, als Inbegriff höchster Menschlichkeit und Lebenserfüllung.

Dagegen vermag auch Wieles abwiegelnder Hinweis nichts, daß die Gesellschaft Homers eine „frühe Gentilgesellschaft" gewesen sei, in der der Krieg etwas völlig Normales war. „Gentilgesellschaft" ist keine ästhetische Kategorie, erklärt nicht, weshalb wir fast 3000 Jahre nach Homer noch immer ein sinnliches Vergnügen bei der Lektüre seiner „Ilias" haben. Außerdem ist die Genugtuung über die positive Darstellung herausragender Kriegergestalten nicht auf die „Ilias" beschränkt. Unzählige Werke der Literatur und Kunst ließen sich nennen, in denen die Tradition der „Ilias" fortgesetzt wird, bis weit ins zwanzigste Jahrhundert hinein.

Im Vergleich dazu waren pazifistische Gegenliteratur und Gegenkunst immer ein dünner Strom, der zudem sein Ziel selten erreichte. Man begnügte sich, den Tod und das Elend zu zeigen, das der Krieg hinterließ; das Bild des Kämpfers selbst wurde dadurch kaum verdunkelt. Aristophanes hat in seinen Komödien die Krieger nur sanft durch den Kakao gezogen, Brecht verulkte Sokrates, der in Wirklichkeit ein tapferer Soldat war, ließ ihn während der Perserschlacht feige in ein Distelfeld hineinlaufen – eine trübe Satire, die ohne Folgen geblieben ist. Berühmte Anti-Kriegsromane des zwanzigsten Jahrhunderts, „Das Feuer" von Barbusse, Remarques „Im Westen nichts Neues" oder Zweigs „Grischa", sparen die Tapferkeit des Einzelkämpfers ausdrücklich aus der Kritik aus, stellen sie oft sogar positiv heraus, um die Sinnlosigkeit des Krieges um so besser brandmarken zu können.

Es besteht also offenbar ein tiefes soziales Bedürfnis nach dem Bild des Kriegers, vielleicht sogar nach seiner Gegenwart, und die Literatur befriedigt dieses Bedürfnis. Der moderne Krieg ist nicht nur deshalb so verächtlich geworden, weil er so ungeheuerliche Möglichkeiten der Zerstörung bereitstellt, sondern vor allem auch deshalb, weil er den Krieger aus seinem Mechanismus verabschiedet, ihn durch Ingenieur, Wissenschaftler und Druckknopf-Stratege ersetzt. Das ist es, was Ernst Jünger meint, wenn er – unter Hinweis auf Homer – vom einstigen Glanz und vom heutigen Untergang des Kriegers spricht und wenn er den Untergang des Kriegers als eine der großen Gefahren der Gegenwart bezeichnet.

Daß die Gefahr da ist, beweisen nicht zuletzt die vielen Surrogate, mit denen sich die Gesellschaft über den realen Verlust des Kriegers hinwegzutrösten versucht, die Westernfilme, die alle in der agonalen Tradition Homers stehen, die versteckte Gewaltliebe in den Medien und im modernen Alltag, die heimtückischen Bombenleger und politischen Mordspezialisten, die sich in ihren Bekennerbriefen durch die Bank als „Krieger" oder „Kämpfer" deklarieren. Es ist noch lange nicht ausgemacht, ob es einer „Friedenserziehung" je gelingen wird, dieser brodelnden Gewalttätigkeit beizukommen, und von welcher Art diese Erziehung sein muß. Nur eines läßt sich mit Sicherheit sagen: Ein Verbot Homers würde die Dinge nur verschlimmern.

Pankraz

Zum Tode des Filmregisseurs Luis Buñuel

Im Ohr stets die Trommel aus Calanda

Wenn es etwas gebe, wovor er Angst habe, hat Luis Buñuel einmal gesagt, so sei es dies: mit dem Kopf zuerst sterben zu müssen, während er physisch noch existiere. Das nämlich war das Schicksal seiner Mutter gewesen. In seinem Memoirenband „Mein letzter Seufzer", der letztes Jahr in Paris publiziert wurde und der unlängst auch deutsch erschienen ist, berichtet er wie unter einem Zwang von diesem schrecklichen Schicksal der Mutter. Auch an sich selbst hatte er in den letzten Jahren erste Anzeichen jener unseligen Veranlagung festgestellt. Jetzt ist er, 83jährig und durchaus im Vollbesitz seiner geistigen Kräfte, nach kurzem Krankenhausaufenthalt in Mexiko-City gestorben. Ironisch stellte er sich auf dem Krankenbett selbst die Diagnose: „Sie ist einfach: Ich bin eben alt!"

Geboren wurde Buñuel in Calanda, in der spanischen Provinz Aragon. Es ist ein erzkatholisches Städtchen, in dem das Mittelalter stehengeblieben zu sein scheint. Die Trommeln von Calanda, auf denen sich die Männer des Ortes noch heute in der Karfreitagnacht die Fäuste blutig schlagen, hat Buñuel schon in der Wiege gehört. Er hat sie ein Leben lang im Ohr gehabt. „Ich hatte das Glück", schrieb er später, „meine Kindheit im Mittelalter zu verbringen, einer ebenso schmerzvollen wie köstlichen Epoche."

In Saragossa ging er, der Sohn eines Militärs und Gutsbesitzers, zu den Jesuiten ins Kolleg. Die strenge, ja eisige Erziehung in Schule und Elternhaus sind wahrscheinlich der Grund für sein zeitlebens kritisches, ja oft zynisches Verhältnis zu allen „Ordnungsmächten": zur „Bourgeoisie", zur Kirche, zum Militär. Kein Wunder, daß er in Spanien wieder und wieder angeeckt ist.

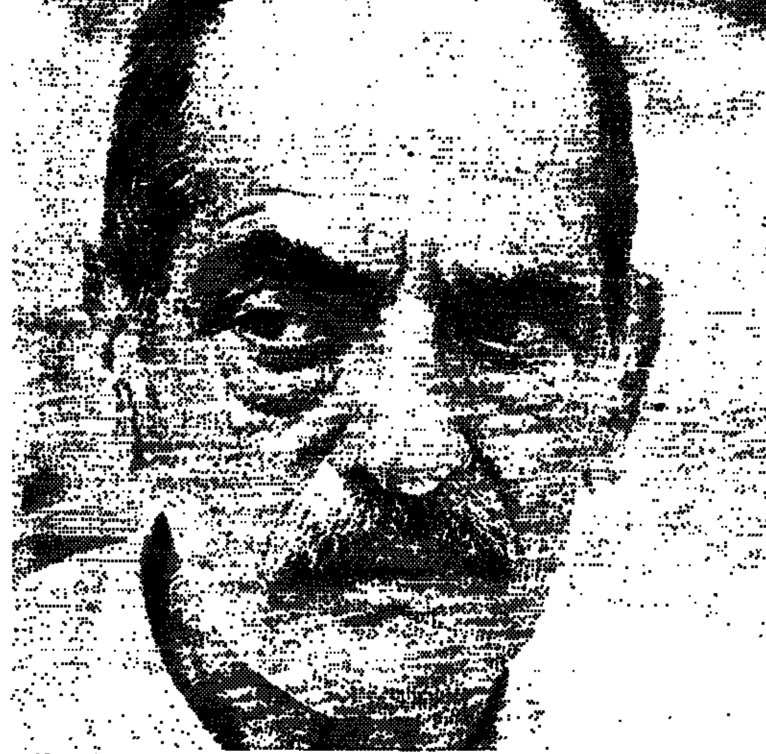
Seine Karriere begann in Frankreich, wo er als Assistent von Jean Epstein debütierte. Die surrealistische Freundesgruppe um Dali, Max Ernst, Breton und Paul Eluard wurde ihm im Paris der zwanziger Jahre zur Offenbarung. Besonders die Hinwendung der Surrealisten zum Traum faszinierte ihn, „wenngleich" – so Buñuel – „die Träume bei mir fast immer zu Alpträumen geraten". Gleich der erste seiner rund dreißig Filme, „Der andalusische Hund", ein schockierendes, poetisches Bildrätsel in Schwarzweiß, das er 1928 gemeinsam mit Dali entwarf, war ein solcher Alptraum, der monatelang für Skandal sorgte.

Die Surrealisten requirierten das kleine Opus sofort für sich. Jene berühmt gewordene Metapher, in der eine Rasierklinge in Großaufnahme das Auge eines jungen Mädchens zerschneidet, schien ihnen ein Inbegriff ihrer Bewegung zu sein. Und stolz rief Buñuel aus: „Ich bin ein Surrealist!" Das ist er dann im Grunde – trotz mancher Metamorphose – auch geblieben.

Das „Goldene Zeitalter", das erste filmische Meisterwerk des Surrealisten Buñuel und damit des Surrealismus überhaupt, die Parabel einer alle Konventionen verachtenden Liebe, war nicht weniger skandalumwittert als der „Andalusische Hund" und wurde schließlich sogar verboten. Fast immer hat Buñuel gesellschaftliche Fehlentwicklungen und soziale Mißstände geschildert, und immer durchbrechen beklemmende Traumvisionen den reportagehaften Charakter der Filme.

In den dreißiger Jahren ist Buñuel noch einmal nach Spanien zurückgekehrt; nach Francos Sieg aber emigrierte er. Er ging zunächst nach New York und 1946 nach Mexiko, wo er wenigstens seine geliebte spanische Sprache wiederfand. Er ließ sich für filmische Kommerzware einspannen, um über die Runden zu kommen, bis er 1950 mit „Die Vergessenen", einer traurigen Ballade von einer Handvoll verwahrloster Jugendlicher aus den Slums von Mexiko, wieder einen enormen künstlerischen Erfolg einheimste.

1958 illustriert „Nazarin", eine Art Don Quichote im Priesterrock, wie kaum ein anderer Held Buñuels die oft wiederholte These des Regisseurs, daß auch die bestgemeinte Caritas nicht hilft, wenn die sozialen Verhältnisse miserabel sind. „Nazarin" zeigt Buñuel auf dem Höhepunkt seiner mexikanischen Periode. 1962 kehrt er für kurze Zeit nach Spanien zurück, wo er die Erlaubnis erhält, „Viridiana" zu drehen. Aber der fertige Film wird in Madrid sehr rasch verboten, vor allem wegen jener „gotteslästerlichen" Szene, in der Clochards und kleine Gauner das Abendmahl parodieren.



Von einem Traum in den anderen gefallen: Luis Buñuel (1900–1983) FOTO: STUDIO X

Buñuels letzte Schaffenszeit in Frankreich ist bestimmt durch die intime Zusammenarbeit mit dem Drehbuchautor Jean-Claude Carrière. Es entstehen Filme klassisch einfachen Zuschnitts, scheinbar wie flüchtige Skizzen hingeworfen, durchsetzt mit einer Reihe unvergeßlicher, scharf pointierter Sketche. Noch immer attackieren sie gesellschaftliche und religiöse Heuchelei, aber ein unübersehbares Augenzwinkern schließt nun eine mögliche Veränderung nicht mehr aus und zeugt von einer langsam sich anbahnenden gelassenen Altersweisheit Buñuels. Es gelingen ihm jetzt Arbeiten, die sogar zu populären Publikumsrennern werden.

In „Tagebuch einer Kammerzofe" (1963) ist Jeanne Moreau ein Dienstmädchen, das die perverse Erotik ihrer reichen Herrschaft schrankenlos für sich nutzt. In „Belle de Jour" (1966) verliert sich Cathérine Deneuve als angeblich unbescholtene Hausfrau heimlich in erotischen Wunschträumen. In „Tristana" (1970), wiederum mit der Deneuve, gelingt es einem jungen Mädchen, sich in genüßlich brutalen Eskapaden aus den Zwängen der gesellschaftlichen Tradition zu befreien. Buñuels letztes Werk von 1977, „Dieses obskure Objekt der Begierde" (kürzlich auch im Fernsehen gezeigt) schildert süffisant, aber nicht ohne Charme, die demütigende Beziehung eines alternden Geschäftsmannes zu einem hochsinnlichen Mädchen.

Der Höhepunkt im Schaffen dieses großen Regisseurs war aber zweifellos der 1973 entstandene und mittlerweile schon sprichwörtlich gewordene Film „Der diskrete Charme der Bourgeoisie"; er brachte ihm 1973 einen Oscar ein. Es ist ein brilliantes Kabinettstück aus dem bürgerlichen Heldenleben, fast im Stil einer Boulevardkomödie inszeniert und dennoch von höchstem cineastischem Niveau. „Man geht von einem Traum aus, man fällt in einen anderen Traum, man glaubt sich in der Wirklichkeit und steckt doch in tiefster Irrealität", hat Buñuel über diese kühnste Ausgeburt seiner Fantasie gesagt. Der Ausspruch könnte cum grano salis für alle seine Filme stehen. Kaum ein anderes Lebenswerk zeigt soviel Konsequenz und Kontinuität wie das von Buñuel. Mit ihm ist ein großes Kapitel europäischer Kinogeschichte zu Ende gegangen.

DORIS BLUM

Solti/Halls Bayreuther „Ring" ist jetzt komplett – Imposante Aufführung der „Götterdämmerung"

Die Nibelungen als ein Stück Naturgeschichte

Als sich Sir Peter Hall und sein Ausstatter William Dudley am Schluß der „Götterdämmerung" endlich auf der Bühne des Bayreuther Festspielhauses zeigen, um das Publikumsvotum für oder gegen ihren „Ring des Nibelungen" entgegenzunehmen, schrillt das Buh laut durch die geweihten Hallen. Der Aufschrei ist fast so laut wie vor sieben Jahren bei Chéreau an gleicher Stelle. Bayreuth bleibt gespalten. Man hat es nur einer Hälfte des Publikums recht machen können.

Das nimmt nicht wunder. Der Konflikt zwischen den Verfechtern einer einseitig interpretierenden, ja kommentierenden Regie und einer einfach erzählenden, vorzeigenden Inszenierung beherrscht die Oper allerorten. Bayreuth kann diesem Spannungsfeld nicht entfliehen. Es hat den Mut zur Rückkehr gehabt nach Patrice Chéreau und Harry Kupfer. Daß es damit den Zorn von deren Befürwortern auf sich ziehen mußte, war abzusehen. Es sollte sich nicht irremachen lassen davon. Es hat den besseren Weg der Auseinandersetzung mit dem Werk Wagners wieder eingeschlagen.

Der laute Protest nach der „Götterdämmerung" wundert allerdings dennoch, weil er ausgerechnet dem theatralisch geglücktesten Abend der Tetralogie folgt. Zumindest im letzten Akt ist diese „Götterdämmerung" grandioses Theater. Siegfrieds Tod, sein Trauermarsch und die Sühneszene am Rhein läßt Peter Hall mit einer zwingenden Intensität spielen, einer niederdrückenden Bildkraft, die im Theater ihresgleichen sucht. Wer davon nicht in seinen Emotionen gerüttelt wird, dem ist nicht zu helfen.

Siegfried kniet auf dem Boden eines herbstlichen Waldes, singt seine Todesvisionen aus, ringt ein letztes Mal nach Atem, sinkt in sich zusammen. Da stirbt fürwahr ein Mensch. Die aufwühlende Schmerzlichkeit dieser Szene wird noch gesteigert durch den langsam sich entfernenden Trauerkondukt. Ein großer Mann wird hier zu Grabe getragen. Das hat deutlich mit Pathos zu tun. Mit Größe. Hall zeigt sich hier auf der Höhe seines Könnens in einem ganz und gar nicht kleinmütigen realistischen Theater.

Man wundert sich in der Rückschau über die vier Abende, daß Hall Szenen wie diese so selten gelungen sind. Sie werden schmerzlich vermißt. Gerade Halls Scheu vor einseitig auslegenden Konzeptionen verlangt nämlich dieses brennend intensive Theater in jeder Szene. Wagners lange Stücke können nicht anders auf der Bühne lebendig gemacht werden. Für Peter Hall bleibt viel zu tun in den nächsten Jahren.

Vielfach war aus und in Bayreuth der Vorwurf zu hören, es ermangele diesem „Ring" ganz und gar an einer Konzeption. Das muß ein Mißverständnis sein. Nichts anderes als Wagners Werk, und dies in allen seinen Facetten, auf die Bühne zu bringen ist durchaus ein Konzept, allerdings ein schwerer zu realisierendes als die forsche Auslegung in eine Richtung.

Vieles ist ja bei Wagner zusammengekommen: Gewiß politisch Revolutionäres, aber auch das Thema der Erlösung durch Liebe, Schopenhauers Nirwana-Gedanken, Märchen und Moralitätenspiel fließen ineinander, werden eingebracht in einen Mythos. Nur um den ist es Hall zu tun.

Sein Bühnenbildner William Dudley scheint diese Dimension nicht ganz zu ermessen. Vor allem in den realistisch angegangenen Szenenbildern verliert er sich manchmal in den schieren Plunder. Die Gibichungenhalle der „Götterdämmerung" ist ein letztes schlechtes Beispiel dafür.

Weniger störend ist, wie sich Dudley und Hall in ihr eigens für diese Inszenierung installiertes hydraulisches Riesenspielzeug verliebt haben. Das Stück Erdkruste, das als Spielfläche immer wiederkehrt, läßt sich hochfahren, umdrehen, stürzen. Das hat neben dem Effekt auch Hintersinn. In diesem Drama über Weltanfang und Weltende gerät die Erde aus dem Lot, kehrt sich Unterwelt nach oben, versinkt der Himmel im Magma. In solcher Totalität ist diese Dimension des „Rings" noch nicht auf der Bühne gezeigt worden. Feuer, Wasser, Erde und Luft spielen dabei zwangsläufig mit. Die Luft wird zu ausdauernd in Dampf- und Nebelschwaden visualisiert. Das nutzt sich ab und stört. Weniger wäre hier mehr gewesen. Dennoch: Die entfesselten Elemente als eine der Triebkräfte dieses Weltendramas werden von Hall ganz richtig berücksichtigt. Der „Ring" ist nicht nur Menschenwerk, sondern auch ein Stück Naturgeschichte. Das hatte Chéreau völlig übersehen.

Georg Solti, der Dirigent, kam mit langer „Ring"-Erfahrung nach Bayreuth. Er hat sich dennoch nicht gescheut, die klangliche Gestalt von Grund auf neu zu erarbeiten, den Eigenheiten des Hauses anzupassen. Er hat dazu ein Segment aus der Orchesterabdeckung ausbauen lassen, und zwar über den Holzbläsern. Das führt zu einem lichteren, direkteren Klangbild, auch zu einem musikalisch glanzvolleren. An Soltis geschmeidiger „Ring"-Deutung fasziniert nicht nur der schiere Schönklang der Musik und ihre tonmalerische Ausdruckskraft, sondern auch das stetige, aus dem Wortfall abgeleitete Rubato. Die sonst oft banal klingende Reihung der Leitmotive ist hier völlig integriert in den musikalisch-gedanklichen Fluß. Die Architektur des Werks gewinnt unter Solti Takt für Takt zwingende Gestalt. Solti gibt diesem „Ring" das sichere Fundament.

Die Sänger können dies leider nicht. Wäre da nicht die Brünnhilde der Hildegard Behrens, man müßte von einem gesanglichen Desaster sprechen, aus dem sonst nur der kraftvolle Hagen von Aage Haugland herauszuhalten wäre. Die Behrens steigert sich von Abend zu Abend und kann in der „Götterdämmerung" wahrhaft triumphieren. Zwar fehlt ihrer Stimme die hochdramatische Substanz, aber die Größe ihrer Tonprojektion macht das wett. Sie schleudert die gefürchteten Spitzentöne ihrer Partie grandios heraus, aber sie formt auch weiche Linien, in denen der Stimme eine noch mädchenhafte Zartheit erblüht. Sie ist eine stimmlich ganz junge Brünnhilde. Das ist ein Idealfall.

Manfred Jung ist ein stimmlich alter und grauer Siegfried – damit kann man sich nicht abfinden. Man kann es auch nicht mit der aufgeregten Stimme von Josephine Barstow als Gutrune, mit dem kaum Profil gewinnenden Gunther von Bent Norup. Man registriert ungläubig, wieviel Wärme und Durchschlagkraft Brigitte Fassbaender, die Waltraute, verloren hat. Man ist verstimmt über den harschen Zusammenklang der Nornen und der Rheintöchter. Bayreuths große Zukunftsaufgabe muß es sein, wieder Wagnerstimmen zu rekrutieren. Gerade in den kleinen und mittleren Partien könnte damit ein Anfang gemacht werden.

REINHARD BEUTH

Florenz: G. Severini

Heiterkeit eines Futuristen

Die futuristischen Bilder von Gino Severini (1883–1966) sind kostspielige Raritäten auf dem Kunstmarkt. Die erste Ausstellung seines Gesamtwerks im Florenzer Palazzo Pitti ist also kein Wiedergutmachungsakt, wie so oft Jubiläumsschauen zum 100. Geburtstag eines fast vergessenen Künstlers.

Aber ein wenig Wiedergutmachung ist schon dabei, denn nur die futuristischen und kubistischen Werke aus Severinis 60jähriger Schaffenszeit sind berühmt geworden. Seine übrigen Arbeiten in ständig wechselnden Stilen und Techniken waren bisher so gut wie vergessen.

Als junger Autodidakt war Gino Severini nach Paris gekommen. Hier fand er Anregung und Freundschaft bei Braque und Picasso, Utrillo und Modigliani und wie sie alle hießen. Mit Boccioni, Russolo, Balla und Carrà unterzeichnete er 1909 das „Manifest der futuristischen Malerei" und brachte seinen ganz persönlichen Beitrag: heitere Bilder, in denen Fragmente der Wirklichkeit in ungewohnten Farb- und Lichteffekten leuchteten.

Aus den Jahren 1910–1915 stammen seine bekanntesten Werke: „Die Tänzerinnen", „La Danse du Pan-pan à Monico", der „Bärentanz" etc. Dann folgten eine anscheinend unmotivierte Rückkehr zur konventionellen figurativen Kunst und eine kubistische Periode mit mathematisch konstruierten Bildern. Nach der Begegnung mit Jacques Maritain malte Severini jahrelang fast nur heilige Motive.

In den letzten beiden Jahrzehnten seines Schaffens kehrte der toskanische Künstler zum heiteren Optimismus seiner Jugend zurück. Es ist ein offenes Geheimnis, daß die chronische Geldnot ihn zum Kopieren seiner futuristischen Werke trieb. Der „Neofuturismus" begann nämlich mit dem Verkauf eines seiner Bilder aus der Periode 1910–15 an Rockefeller. Der Preis war so schwindelnd, daß Gino Severini von Stund an ein bißchen zu schwindeln begann.



Meister der Stilvielfalt: Gino Severinis „Stilleads" (1916), aus der Florenzer Ausstellung FOTO: KATALOG

Er kopierte nicht nur seine eigenen verlorenen oder verloren gewähnten Bilder aus der Glanzzeit, er datierte sie auch in sie zurück. So entstand auch sein berühmtes „Danse du Pan-pan à Monico", das 1936 auf Hitlers Befehl als entartete Kunst verbrannt worden war, 1959 identisch getreu aufs Neue. Den Markt hat das kräftig durcheinander gebracht, denn natürlich ist ein 1915 datiertes Bild kostbarer als ein Severini mit dem Datum 1951.

Das Resultat der kritischen Neubewertung ist jedoch bereits spürbar: bisher kaum beachtete Bilder, wie die Serie der „Pulcinella", sind heute zu beachtlichen Preisen gefragt (bis 25. September; Katalog 25 000 Lire).

MONIKA von ZITZEWITZ

Kalkulierender Brausekopf des deutschen Kinos: Artur Brauner wird 65

Das Atelier aus der Giftgasfabrik

Es ist ihm kurz vor Kriegsende gelungen, dem KZ in Ostpolen zu entkommen. Er war geflohen. Er tauchte 1946 im zertrümmerten Berlin auf mit geringfügigen Sprachkenntnissen, noch geringfügigerem Kapital im Fluchtgepäck, aber mit einem langgehegten Jugendtraum im Herzen: Er wollte Filme machen um jeden Preis.

Inzwischen hat er rund zweihundertzwanzig Kinostücke produziert oder ko-produziert. Er hat bei Spandau seine eigenen Filmateliers der „CCC-Film" aus dem Boden einer zertrümmerten Giftgasfabrik gestampft. Er hat Regisseure wie Fritz Lang und Robert Siodmak aus Hollywood heimgeführt und für sich arbeiten lassen.

Er hat in den fünfziger und sechziger Jahren die meisten der großen Schnulzen mit der Schell, mit O. W. Fischer und Curd Jürgens in den Erfolg gehen lassen. Er hat Ehrgeiz bewiesen, als er „Morituri", den ersten Film über die deutschen KZ, wagte. Das brach ihm geschäftlich fast das Genick. Er hat weitergemacht. Sein Mut und seine Regsamkeit, sein Durchhaltevermögen sind branchenbekannt und gefürchtet. Sie beruhen auf einer guten Portion Optimismus.

Er gilt für extrem geizig. Das hört er gern. Man nennt ihn gemeinhin „Atze". Auch das ist ihm nicht unlieb. Er ist ein kalkulierender Brausekopf. Er hat Romy Schneiders allerletzten Film, wie fast alle ihre früheren, herausgebracht. Er hat fleißig und einträglich Karl May verfilmt. Aber er hat auch Heinz Rühmann den Schweijk spielen lassen und dafür den „Goldenen Globus" in Hollywood gewonnen.

Er hat mehrfach Gerhart-Hauptmann-Stoffe an die Leinwand gebracht, so „Die Ratten" und „Vor Sonnenuntergang". Und immer wieder, soviel Erfolg ihm auch die fleißigen Schnulzen in der Epoche des florierenden Schnulzenkinos einbrachten, hat er den großen Stoff und den wagemutigen Zeitfilm riskiert. Erinnert sei an „Mädchen hinter Gittern", „Die Spur führt nach Berlin", „Der 20. Juli" und „Hotel Adlon". Mehr als 500 Filme entstanden bisher in den CCC-Studios, darunter 230 eigene.

Brauner hat seine Memoiren längst geschrieben. Ihr Titel ist „Mich gibt's nur einmal!" Da hat er wieder recht. Er ist der letzte deutsche Produzent mit Pfiff, Kinosinn und fast rappelköpfigem Ehrgeiz. Jetzt plant er einen Film, in dessen Mittelpunkt der Hellseher Hanussen steht. Es wird eine aufwendige CCC-Produktion mit französischer und amerikanischer Beteiligung sein. In Polen stellt Brauner jetzt gerade das Kinostück „Freiwild" fertig. Er ist nicht zu halten. Wir gratulieren!

F.L.



Voll von rappelköpfigem Ehrgeiz: Artur („Atze") Brauner FOTO: SVEN SIMON

JOURNAL

Mozart-Gedenkstätte im Land Salzburg

dpa, Salzburg

Eine neue Mozart-Gedenkstätte ist im Land Salzburg eröffnet worden. Sie ist in dem Haus in Sankt Gilgen untergebracht, wo Mozarts Mutter Anna Maria als Tochter eines Beamten am 25. Dezember 1720 geboren wurde. Die Einrichtung entspricht der heute häufiger anzutreffenden Meinung, daß die Musikalität des Komponisten offenbar auch von der Mutter gekommen ist. Bisher war die Wissenschaft überwiegend der Ansicht, daß die musikalische Begabung des Wolfgang Amadeus von seinem Vater Leopold, dem Buchbindersohn aus Augsburg, stamme. Schon 1929 hat aber der Musikwissenschaftler Erich Schenk darauf hingewiesen, daß der Großvater mütterlicherseits, Wolfgang Nikolaus Pertl, ein hochgebildeter und musikalischer Mann war. Diese Erkenntnis hat sich erst in letzter Zeit durchgesetzt.

Aufruf zur Rettung der Corbusier-Anlage

dpa, Paris

International bekannte Architekten und Städteplaner haben in einem Appell an den französischen Staatspräsidenten François Mitterrand auf die drohende „Verschandelung" der Grünen Stadt von Le Corbusier in Firminy aufmerksam gemacht. Die Anlage soll eine Turnhalle erhalten. Le Corbusier (1887–1965) hatte in den fünfziger Jahren in der Bergarbeiterstadt Firminy bei Saint-Etienne diese Anlage mit Stadion und Kulturhaus geschaffen. Zu den Unterzeichnern des Appells zählen Oscar Niemeyer (Brasilia) und Richard Rogers, einer der Architekten des Pompidou-Zentrums in Paris.

Bachwoche 1983 – Neue Akzente und Tradition

dpa, Ansbach

Mit einem Gottesdienst in der historischen Johanniskirche in Ansbach und einem Orchesterkonzert in der Orangerie des Hofgartens ist die bis zum 7. August dauernde Bachwoche 1983 eröffnet worden. Beim Eröffnungskonzert wirkten Kurt Guntner (Violine), Aurele und Christiane Nicolet (Flöte), das Trompetenensemble Guy Touvron und die Solistengemeinschaft der Bachwoche unter Leitung des aus Litauen stammenden Dirigenten Saulus Sondeckis mit. Neben der Tradition weist die diesjährige Bachwoche auch neue Akzente auf. Erstmals wurde der schwedische Rundfunkchor mit seinem Dirigenten Eric Ericson verpflichtet. Auch der Münchner Bachchor ist nach langen Jahren wieder vertreten.

Naive Malerei aus Kolumbien in Koblenz

dpa, Koblenz

Arbeiten des kolumbianischen Künstlers Luis Fonseca aus Bogota zeigt das Landesmuseum Koblenz vom 4. bis zum 28. August zum ersten Mal für die Bundesrepublik. Fonseca zählt in seinem Land zu den angesehenen „primitivistas", den naiven Malern, die in den lateinamerikanischen Ländern eine anerkannte und vielfältig geförderte Stellung haben. Er begann erst mit 40 Jahren zu malen, nachdem er Zöllner, Taxiunternehmer und Milchverkäufer war.

Raymond Massey †

dpa, Port Hope/Ontario

Der aus Kanada gebürtige US-amerikanische Bühnen- und Filmschauspieler, Regisseur und Produzent Raymond Massey ist im Alter von 86 Jahren in Los Angeles gestorben. Massey trat unter anderem in elf Broadway-Produktionen auf und wirkte in über 60 Filmen mit, darunter „Jenseits von Eden", „Arsen und Spitzenhäubchen" und „Hotel Berlin".

David Niven †

Einer der besten britischen Schauspieler zu sein – diesen Ruf hat er sich im Laufe von 50 Jahren in mehr als 90 Filmen wohlerworben. Er verkörperte „Britain at its best": gutaussehend, intelligent, mit spöttischem Humor, vermischt mit einer leisen Melancholie, und mit vorbildlichen Manieren; kurz, ein Gentleman, der geradewegs von einer Offiziersschule gekommen war. Eine solche hat er tatsächlich besucht und eine der feinsten obendrein: die Militärakademie in Sandhurst.

Der am 1. März 1910 als Sohn eines britischen Offiziers geborene James David Niven eiferte zunächst seinem Vater nach. Das Leben im bunten Rock sagte ihm jedoch bald nicht mehr zu; er ging nach Amerika, wo er sich mit Gelegenheitsjobs durchschlug, bis er dem Filmzaren Samuel Goldwyn auffiel, der ihn unter Vertrag nahm.

Der Krieg unterbrach zunächst seine 1938 begonnene Hollywood-Laufbahn, aber mit der Rolle des Phileas Fogg in Jules Vernes „In 80 Tagen um die Erde" ging es dann, bis zur Mitte der sechziger Jahre, rasant nach oben. „Der rosarote Panther" (1964) und „Casino Royale" (1967), eine überdrehte James-Bond-Parodie, setzten glanzvolle Schlußpunkte. Jetzt ist David Niven 73jährig nach längerer Krankheit in der Schweiz gestorben. Und schon wuchert die Legendenbildung. „Als letztes Zeichen hob er vor seinem Tod die Daumen", heißt es in einem Bericht vom Sterbelager – eine Geste, die des Gentlemans würdig war.

no

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Marschall Stentor

Von Herbert Kremp

Der sowjetische Verteidigungsminister Ustinow hat im jüngsten Tass-Interview die Verhandlungsposition seines Landes hinsichtlich der Mittelstrecken-Raketen unmißverständlich klar geschildert: Moskau denkt nicht daran, auf eine Einbeziehung der entsprechenden französischen und britischen Potentiale bei den Genfer Gesprächen über Waffen mittlerer Reichweite zu verzichten. „Warum sollen wir hier nachgiebig sein?" fragt Ustinow.

Es bleibt also dabei: Moskau will weiterhin auf jeden Fall so viele SS-20-Sprengköpfe (Reichweite 5000 Kilometer, große Treffsicherheit, kurze Vorwarnzeit) gegen Westeuropa gerichtet lassen, wie Frankreich und Großbritannien besitzen. Wirklich moderne Gegenwaffen wie die Pershing 2 und Marschflugkörper dürfen nach diesem Verhandlungskonzept in Westeuropa nicht stationiert werden, denn mit der SS 20 hat die Sowjetunion nach Ustinows erleuchteter Darlegung nichts anderes getan, als das Gegengewicht zu dem bereits vorhandenen Nato-Potential in Europa herzustellen.

Genau diese Position haben die sowjetischen Führer den deutschen Besuchern in Moskau, Kohl und Genscher, dargelegt. Sie haben bei dieser Gelegenheit auch das sagenumwobene „Waldspaziergang-Modell" für nicht existent erklärt, bei dem seinerzeit weder von den britisch-französischen Systemen noch aber auch von der Pershing 2 die Rede gewesen sein soll. Was Außenminister Genscher daraufhin veranlassen konnte, seinerseits noch einmal in den Wald zu rufen, ist unerfindlich. Ustinows neue, so klare Stellungnahme macht es nun auch unwiederholbar.

Aber die Sowjets können so klar sprechen, wie sie wollen – der Wille zur Illusion macht in Deutschland selbst aus Stentor ein delphisches Orakel. So entnimmt die „Frankfurter Rundschau" dem unmißverständlichen Ustinow ein „Signal des Entgegenkommens". Diese Leute ignorieren einfach, was ihnen nicht paßt. Oder sie kapieren es nicht.

Natürliche Umweltpolitik

Von Heinz Heck

Man kann ohne Übertreibung von einem Durchbruch sprechen. Umweltpolitik ist bisher in der Marktwirtschaft der Bundesrepublik ein Fremdkörper. Sie gehorcht noch, wie BDI-Hauptgeschäftsführer Siegfried Mann es treffend formuliert, dem polizeistaatlichen Denken des 19. Jahrhunderts. Damit aber ist heute kein Staat mehr zu machen.

Die Kritik setzt nicht an der Festsetzung strenger Umweltnormen durch den Staat an. Denn es ist inzwischen allen Einsichtigen klar, daß Wachstum nicht mit Umweltzerstörung erkauft werden darf. Die Kritik gilt vielmehr dem Umstand, daß Regierungen – zum Beispiel die alte wie die neue Bundesregierung – auch den Ehrgeiz haben, bis ins Detail vorzuschreiben, wie diese Normen erfüllt werden sollen.

Ausgangspunkt dieser „Strategie" ist ein abgrundtiefes Mißtrauen gegen Unternehmer, denen man nicht zutraut, Gesetze – in diesem Fall Umweltgesetze – zu befolgen. Der Vergleich mit sozialistischen Regimen drängt sich auf, wo man aus diesem Mißtrauen vorsichtshalber Unternehmer gar nicht erst zuläßt.

Die Bundesregierung sollte das Angebot der Wirtschaft nicht ausschlagen. Der Bundeskanzler selbst hat mit seiner Regierungserklärung Hoffnungen geweckt, als er sagte: „Das Eigeninteresse der Wirtschaft am Umweltschutz muß gestärkt werden. Umweltfeindliche Produktionsverfahren dürfen sich nicht lohnen. Umweltfreundliches Verhalten muß sich auch wirtschaftlich auszahlen."

Damit ist der Rahmen abgesteckt, den der federführend zuständige Innenminister jetzt ausfüllen muß. Bisher verharrt er in den „alten Gleisen", wie Siegfried Mann kritisch bemerkt. Wenn wirklich irgendwo die „Wende" deutlich gemacht werden soll, wo könnte dies eindrucksvoller als hier geschehen?

Serben und Kroaten

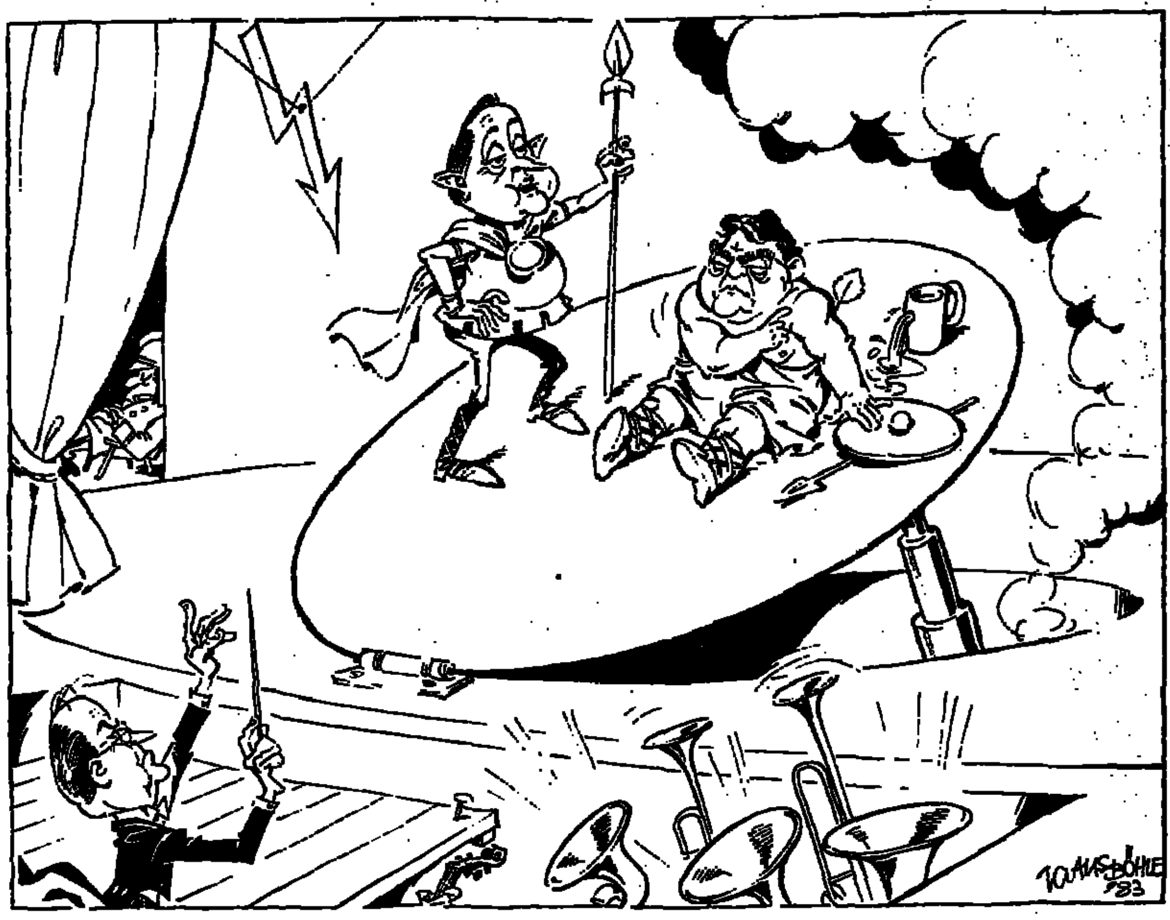
Von Carl Gustaf Ströhm

Daß es in der politischen Emigration aus Jugoslawien bewegt zugeht, ist den Sicherheitsbehörden westlicher Staaten seit langem besser bekannt als der breiten westlichen und deutschen Öffentlichkeit. Nun aber ist besonders im kroatisch-nationalistischen Exil ein wahrer Untergrundkrieg von gedruckten Fälschungen ausgebrochen.

So verteilten offenbar kroatische Exilkreise ein angebliches Flugblatt des „Fremdenverkehrsamtes Belgrad/Jugoslawien", in dem deutsche Touristen darauf hingewiesen wurden, daß es in Jugoslawien nur schwer Benzin, so gut wie keine Medikamente und keinen Kaffee zu kaufen gebe. Die Touristen wurden in dieser Fälschung aufgefordert, Streitigkeiten mit „gereizten Einheimischen" zu vermeiden, weil diese „manchmal unberechenbar" seien und die Polizei nicht überall die Sicherheit gewährleisten könne.

Gewissermaßen als „Antwort" tauchte ein gleichfalls gefälschtes Exemplar der Londoner kroatisch-nationalistischen Exilzeitschrift „Nova Hrvatska" (Neues Kroatien) auf. Die Fälschung verfolgt offenkundig den Zweck, die kroatische und serbische Emigration aus Jugoslawien als miteinander verfeindet, unfähig und korrupt darzustellen. Als „Beweis" wird u. a. ein angeblicher WELT-Artikel zitiert, den es nie gegeben hat.

Ist es bloßer Zufall, daß einer der umstrittensten jugoslawischen und kroatischen Emigranten der jüngsten Zeit – der aus Jugoslawien in die Bundesrepublik geflüchtete ehemalige titoistische Erdöl-Manager Stjepan Djurekovic – in der gefälschten Zeitschrift als „Kämpfer gegen den Kommunismus für Kroatien" besonders herausgestrichen wurde? Wenige Tage, nachdem das falsche „Neue Kroatien" aufgetaucht war, fand man die von Kugeln durchlöcherte Leiche des Mannes in der Nähe von München.



Bayreuth sein ist alles

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Das Verstummen der Mandarine

Von Günter Zehm

Allmählich wird es doch sehr komisch mit dem Gerede von der politisch-kulturellen Wende. Jetzt soll es also schon ein untrügliches Indiz für „Reaktion" und gewandelten Zeitgeist sein, daß der neue Bayreuther Wotan nicht mehr Bratenrock und Zylinder trägt und sich nicht mehr als Vertreter des Großkapitals zu erkennen gibt. Wotan schlicht als Wotan – so etwas ist völlig undenkbar für die Gralshüter des kritischen Bewußtseins. Argwöhnisch fragen sie: Was hat der Regisseur, dieser Halunke, damit gemeint?

Und ganz ähnlich verhalten sie sich auf anderen Feldern der Politik und Kultur. Man nimmt die Erlasse und Kundgaben der neuen Regierung nicht zum Nennwert, sondern fragt inquisitorisch, was denn „dahintersteckt". Die Subventions-Verweigerung für einen umstrittenen Zielgruppenfilm wird so zum „Großangriff auf die künstlerische Freiheit", das in Aussicht genommene Vermummungsverbot bei Demonstrationen zum „Großangriff auf die Meinungsfreiheit". Bunkermentalität macht sich breit. Die Gralshüter ziehen den Sturmriemen fester und wappnen sich zum letzten Gefecht.

Dabei ist in Wirklichkeit überhaupt nichts passiert. Nach wie vor sitzt das „kritische Bewußtsein" überall unangefochten an den Schalthebeln der medialen Macht. In Frankreich ist diese Position in den letzten beiden Jahren sogar noch beträchtlich ausgebaut und gegen eventuelle Änderungen abgesichert worden. Und trotzdem kam die mitterrandfreundliche Pariser Zeitung „Le Monde" jetzt mit einer ellenlangen Jeremiade heraus, in der über das Verstummen der linken Intelligentsia geklagt wurde. „Warum dieses Schweigen?" fragt das Blatt verzweifelt, „warum diese bloße Abwehrhaltung? Warum?"

Die Antwort auf solche Fragen ist verhältnismäßig einfach. Die Leute schweigen deshalb, weil ihnen definitiv nichts mehr einfällt. Sie verfügen zwar noch über ein großes Verhinderungs- und Einschüchterungspotential, aber zu eigenen kreativen Aufschwüngen sind sie nicht mehr fähig. Alle ihre linken Ideen sind bis auf die Knochen blamiert. Sie haben die Chance gehabt, sich an der Wirklichkeit zu messen, und sie sind daran gescheitert. Was jetzt noch übrig ist, sind leere, verschlissene Gesten, Phrasen von vorgestern, müde Tricks, die keinen Hund mehr hinter dem Ofen hervorlocken.

Man blicke zum Beispiel auf das von Mitterrand wie von Jack Lang einst propagierte Projekt des „lateinischen, mittelmeerischen Sozialismus". Wenn demnächst Bettino Craxi in Rom zum italienischen Regierungschef gewählt wird, gibt es am Mittelmeer, von Portugal und Spanien bis nach Griechenland, nur noch sozialistische Führer. Rein äußerlich betrachtet, wäre das Projekt damit perfekt. Aber kein Mensch in den betreffenden Ländern ist mehr bereit, dieser Konstellation irgendwelchen Enthusiasmus abzugewinnen; im Gegenteil, man richtet sich auf neue Schwierigkeiten ein. Spaniens Sozialisten kooperieren viel lieber mit dem christdemokratischen Bonn als mit dem sozialistischen Paris, Craxi hält wenig von Papandreou, und alle zusammen haben nichts weiter anzubieten, als den Gürtel enger zu schnallen und auf bessere Zeiten zu vertrösten.



Götterdämmerung – in Bayreuth *und in vielen Medien*
FOTO: FESTSPIELE BAYREUTH

Die Wahrheit ist: Man erwartet die besseren Zeiten nicht mehr als Resultat eigener linker Anstrengungen, sondern erhofft sie sich als Wende von außen. Einerseits fürchtet man die Wende, andererseits sehnt man sie herbei. Die Augen richten sich auf Washington, auch auf Bonn. Reagan soll die Zinsen senken, Helmut Kohl soll die Pershings verhindern, zumindest soll er „Zeichen setzen", nicht zuletzt im Kulturellen. Doch weder billige Zinsen noch kulturelle Zeichen sind wohlfeil zu haben.

Was die Kultur betrifft, so kann eine Wende weder regierungsamtlich verordnet noch angstbibbernd herbeigeredet werden. Die Künstler selber müssen sie leisten, und je weniger sie dabei auf Verordnungen, Theorien und kritische Leitlinien hören, um so besser. Das von „Le Monde" so bitter beklagte Verstummen der linken Mandarine ist eine große Chance für die Kultur. Es verschafft den wirklich kreativen Geistern Gelegenheit, sich ungestört auf sich selber zu konzentrieren, sich nicht mehr durch Moden und Tagesaktualitäten ablenken zu lassen, sich auf verschüttete oder tabuisierte Traditionen zu besinnen, kurzum: zu den Sachen selbst vorzustoßen und sich nicht darum zu kümmern, was sie eventuell „bedeuten" und was für ein „Konzept" dahintersteht.

Insofern scheint der neue Bayreuther „Ring" vielleicht doch irgendwie paradigmatisch zu sein, deutet er vielleicht auf eine neue Ära hin. Indem Georg Solti und Peter Hall für ihre Inszenierung ausdrücklich auf jede „Konzeption" verzichteten, indem sie „einfach" farbiges, werktreues und theatergemäßes Musiktheater machen wollten, gaben sie immerhin ein Beispiel für künstlerische Unabhängigkeit und ideologische Unbefangenheit; beides wird aber in der Kultur, ob nun Wende oder nicht, dringend gebraucht. Mag sein, daß in Bayreuth manches danebenging; das Zetern der Ideologen, denen die Felle wegschwammen, war jedenfalls ein gutes Zeichen.

IM GESPRÄCH Hansjörg Sinn

Abschied von Dohnanyi

Von Herbert Schütte

Der Hamburger Senat muß ein halbes Jahr nach einem umfangreichen Revirement mit allein fünf Neuzugängen schon wieder umgebaut werden: Der parteilose Wissenschafts-Senator Hansjörg Sinn hat seinen Rücktritt erklärt. Der international renommierte Forscher auf dem Gebiet der technischen und der angewandten Chemie will zur Wissenschaft zurückkehren. Nach dem Rücktritt von Finanzsenator Jürgen Steinert verliert Bürgermeister Klaus von Dohnanyi damit die zweite profilierte Figur aus der Mannschaft, mit der er im letzten Winter der SPD die absolute Mehrheit zurückeroberte.



„Starker Drang" zum Lehrstuhl zurück: Sinn FOTO: HEINZ WIESELER/DPA

Der Rücktrittsbrief ist zwar schon von Anfang Juni datiert, doch führende Genossen des rechten Parteiflügels wie Fraktionschef Henning Voscherau bemühten sich, Sinn umzustimmen. Der 54jährige Wissenschaftler aber blieb bei seinem Entschluß. Ob aus Protest gegen den Führungsstil des Bürgermeisters oder vor dem Hintergrund seines lang gehegten Wunsches, an die Universität zurückzukehren – darüber konnte gestern in Hamburg nur spekuliert werden. Sinn und Dohnanyi befinden sich noch in Urlaub, Senatssprecher Thomas Mirow – seit gestern wieder in seinem Büro – versuchte abzuwiegeln: Der Senator habe einen „starken Drang" verspürt, sich wieder der Forschung zu widmen. Nach Rückkehr aus seinem Dänemark-Urlaub werde Dohnanyi über die Konsequenzen „mit den zuständigen Gremien beraten".

Sinn genoß in der Partei hohes Ansehen und im Senat Respekt – aber er war für das Regierungskollegium trotz seiner fehlenden Hausmacht als Parteiloser alles andere als ein Leichtgewicht. Zwar unterstützte der Chemiker, der seit 1978 der Stadtstaat-Regierung angehört, den damaligen Bürgermeister Hans-Ulrich Klose bei seiner energiepolitischen Kurswende mit dem Ziel „Raus aus Brokdorf": Sinns Stimme gab bei der Senatsabstimmung sogar den Ausschlag für die Klose-Mehrheit. Doch der ehemalige Rektor der Universität Hamburg, später erster Vizepräsident der Universität, gehörte zu den Politikern, die einen Mann wie Dohnanyi, der den Senat am liebsten in ein Kabinett mit Richtlinienbefugnis umwandeln möchte, ihre Unabhängigkeit und Souveränität spüren ließen. In dem vierzehnköpfigen Kollegium findet der Rathaus-Regent jetzt nur noch in Innensenator Alfons Pawelczyk, Wirtschaftssenator Volker Lange und Bausenator Eugen Wagner Kontrahenten mit innerparteilicher Rückendeckung.

Die Nachfolgefrage ist geeignet, die Exponenten der Parteiflügel zu alarmieren. Auf den Bürgermeister, dem durch den Antrag der GAL, Hamburg zur atomwaffenfreien Zone zu erklären, ohnehin innerparteiliche Auseinandersetzungen bevorstehen, wartet ein Balanceakt.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

RHEINISCHE POST

Wen, außer Verbrechern, kann der neue Personalausweis stören? – fragt das Blatt:

Der geplante fälschungssichere Personalausweis wird als neuer Angstmacher gehandelt – so als ob wir auf dem Weg in den Überwachungsstaat nach sozialistischem oder faschistischem Vorbild wären. Die Kritiker nehmen Anstoß daran, daß der Ausweis bei Kontrollen maschinell gelesen werden kann. Bis jetzt muß mühsam und zeitraubend die Hilfe eines Fahndungsbuchs in Anspruch genommen werden. Die Computer-Überprüfung ginge sehr viel schneller über die Bühne und wäre stets auf dem neuesten Stand. Wen – außer Verbrechern – kann das stören?

AUGSBURGER ALLGEMEINE

Die Zeitung beobachtet das Verhalten der SPD in der Abrüstungsfrage:

Man erinnert sich: Erst sprang die SPD auf die Null-Lösung, dann hüpfte sie zur Zwischenlösung. Kaum dort angekommen, verabschiedete sie sich auch schon wieder mit einem Satz zum „Waldspaziergang". Die tiefere Ursache dieses Heupferd-Verhaltens ist, daß die SPD überhaupt keine US-Raketen haben will, weder Pershing noch Marschflugkörper noch eine Mischung aus beidem. Sie befindet sich eindeutig auf der Flucht vor der Politik Helmut Schmidts, und kein Spaziergänger wird sie einholen.

Frankfurter Allgemeine

Zum fälschungssicheren Personalausweis meint das Blatt:

Über die Volkszählung ist das letzte Wort nocht nicht gesprochen (am 18. Oktober soll in der Hauptsache vor dem Bundesverfassungsgericht verhandelt werden), da gibt es schon wieder etwas Neues. Der *fälschungssichere Personalausweis* sei, das verkündet kein Geringerer als der frühere Datenschutzbeauftragte, Professor Bull, was die Überwachungstotalität angehe, noch schlimmer als das Unternehmen mit den Fragebögen. Nun hat zwar die Diskussion über den fälschungssicheren Personalausweis längst stattgefunden, aber das war auch bei der Volksbefragung so. Der „liberale Geist" nach einer bestimmten Definition diskutiert nicht gern. Lieber wartet er ab, ob sich eine „Bewegung" findet. Sie soll gegen den fälschungssicheren Personalausweis jetzt in Gang gebracht werden. Füllt sie erst die Straße und ist sie laut genug geworden, stellen sich die „liberalen" Argumente fast von selbst ein – dieser Liberalismus in Deutschland hat seine Tradition: Er wird auch diesmal nicht enttäuschen.

Münchner Merkur

Zu Kohl-Strauß bemerkt das Blatt:

Kohl scheint zu gefallen, was Strauß sich da mit seiner ausdrücklichen Billigung eingefädelt und eingebrockt hat. „Ihr werdet euch über den Franz Josef noch wundern", hatte er schon vor Wochen zu einigen Abgeordneten der CSU-Landesregierung mit vieldeutigem Lächeln gesagt. Kohl wundert sich bestimmt nicht. Er scheint auch nicht gerade zu zittern bei dem Gedanken, Honecker könne sich mit der Gegenleistung zu viel Zeit lassen oder eine solche überhaupt verweigern. Einiges deutet darauf hin, daß der Kanzler ganz andere Vorstellungen von dieser Gegenleistung hat als die aufgeregten Auguren in der Umgebung des CSU-Chefs. Nach allem, was zwischen Kohl und Strauß in den vergangenen Jahren gewesen ist, können wir uns leicht vorstellen, daß es ihm eine Milliarde Mark wert ist, den unerbittlichen, unbequemen, unberechenbaren Bayern endlich als Kritiker seiner Ost- und *Deutschlandpolitik ausgeschaltet* zu haben. Und dies hat er ja wohl.

Die neue Klasse und die gewöhnliche Bereicherung

Bruno Kreisky zum Thema der siebzehn astronomischen Gehälter / Von Enno v. Loewenstern

Der König ist tot, noch lebt der König. Das lehrt der alte Bruno Kreisky seine mehr oder weniger Getreuen, die er im Zorn verließ und denen er noch einiges zu sagen hat. Tennysons Odysseus, der sein Reich seinem Sohn Telemachos übergibt und selber wieder in die Ferne zieht, „zu müh'n, zu suchen, finden; nicht zu weichen" – das ist Kreiskys Art nicht.

Der verflossene Beinahe-Telemachos namens Androsch bekommt sein Fett ab, auch ein Thersites namens Gratz. Dem auf Trojas sturmumtosten Höhen besiegten Feind zollt er Respekt, unter Nennung von Mock und anderen; er hat halt Stil. Dieser Stil aber inspiriert ihn zu einer Aussage über ungenannte Genossen, die seine Klage zeitlos über die Niederungen bloßen Austrags-Granteln erhebt:

„Ich konnte doch gar nicht annehmen, daß diese führenden Leute sich derartige Privilegien und Gehälter selber konzediert haben ... Die führenden Persönlichkeiten müßten selbstkritisch genug sein und können sich doch net siebzehn Gehälter auszahlen lassen mit astronomischen Beträgen ... Also daß sich da Leute ununterbrochen bereichert haben und daß da eine ganz neue Klasse entstanden ist, das ist für mich wirklich eine bittere Enttäuschung."

Das ist wohl das erste Mal, daß ein führender Politiker den Begriff des Milovan Djilas „Die neue Klasse" ganz bewußt auf die eigene Partei anwendet. Es wäre schade, bliebe die Überlegung an den Spezialfällen hängen. Denn das Problem der „neuen Klasse" ist nicht die ungewöhnliche, sondern die gewöhnliche Bereicherung: Im Westen wie im Osten wachsen ganze Schichten von Funktionären heran, die im Staatsdienst groß werden und denen daher jedes Gefühl für die Wirklichkeit abhanden kommt. Auch in den bürgerlichen Parteien, aber denen bleibt der Einfluß der Wirtschaft erhalten. Und die steht nun einmal im scharfen Wind des Risikos. Die SPD aber, als Arbeiterpartei angetreten, zur Arbeitnehmerpartei erweitert, wird zunehmend zur Bürokraten- und Funktionärspartei.

Es ist vordergründig, *nur danach zu fragen,* wieviele Beamte heute im Parlament sitzen. Der berühmte Dialog zwischen Annemarie Renger und Marie Schlei über die Protestgeneration: „Die wollen ja eine Räterepublik!" – „Nein, eine Studienräterepublik!" trifft den Kern schon eher. Der einzelne Beamte kann ein überaus tüchtiger und verantwortungsbewußter Mensch sein, den jeder Unternehmer gern als Mitarbeiter hätte. Aber das Phänomen der „neuen Klasse" im Westen zeigt sich in ganzen Generationsschüben über den Staatsdienst in die Politik. Wieviele Arbeiter – ach, verlangen wir nicht zu viel, fragen wir: wieviele im Risiko der freien Wirtschaft stehende Menschen haben heute noch Einfluß auf die Führung der SPD, auf die sozialistischen Parteien irgendwo? Wer ist da nicht Professor, nicht Lehrer, Verbandsfunktionär oder Vergleichbares?

Die „neue Klasse" *hat ein* gesichertes Einkommen und lebt in der Gewißheit, daß es Jahr für Jahr wächst, ob nun die Wirtschaft wächst oder nicht. Da kann man mit der Wirtschaft dann Spielchen treiben und ihre „Belastbarkeit erproben". Hat man dann glücklich die von den anderen geschaffene Vollbeschäftigung zerstört, so kehrt man nicht zur Vernunft zurück, sondern fordert „jetzt erst recht konsequent linke Politik" und „Programme", die der Wirtschaft den Rest geben würden. Denn man weiß: wie gründlich auch die Wirtschaft ruiniert wird, den Funktionären geht es immer gut. Die Beispiele sind um uns, quer durch die Kontinente.

Der noble alte Herrscher donnerte den Genossen etwas ins Stammbuch, daß „wir im Parlament" die höhere Moral zu vertreten hätten und daß es Hegel zu widerlegen gelte, der gesagt hat, daß die Menschen nichts aus der Geschichte lernen. Warum so weit zurückgreifen? Wenn sie aus der Gegenwart lernten, wäre es schon viel. Aber die neue Klasse, in den Schulen und den staatsmonopolistischen Medien am Ruder, wird es zu verhindern wissen. Denn die anderen, die verlassen sich halt immer noch auf die Selbstkritik der Menschen und nicht auf deren Selbstsucht.

